

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 42 (1908)**

52 (22.2.1908)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-739135](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-739135)

Die „Nachrichten“ erscheinen täglich, auch an den Sonntagen. — Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 M 50 P., durch die Post bezogen inkl. Postgebühren 1 M 92 P. Man abonniere bei allen Postanstalten, in Oldenburg in der Expedition Peterstraße 6. Fernsprech-Anschluss: Redaktion Nr. 196, Exped. Nr. 46.

# Nachrichten

## für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 52.

Oldenburg, Sonnabend, 22. Februar 1908.

XXXVII. Jahrgang.

### Hierzu fünf Beilagen.

#### Tagesrundschau.

Der Kaiser beabsichtigt im Herbst dieses Jahres wieder München zu besuchen, zur Einweihung der neuen preussischen Gesundheits- und der Schladagerie, die damit verbunden sein wird, sowie zum Besuch der Ausstellung, die in dieser Jahre in München stattfindet.

Der österreichisch-ungarischen Regierung ist eine Mitteilung der deutschen Reichsregierung zugegangen, aus der auch formell klipp und klar in der Frage der Selbstbestimmung der völkerrätigen Deutschlands gegenüber Oesterreich-Ungarn hervorgeht.

Zu akademischen Kreisen Münchens besteht die Ansicht, die jüngsten Vorkommnisse zu einem prinzipiellen Proteste gegen die katholische Fakultät zu benutzen, die in ihrer kirchlichen Autonomie eine Trennungsgesfahr im Organ der deutschen Universitäten darstelle.

Die bayerische Abgeordnetenkammer nahm den Antrag auf Verleihung der Berechtigung zum juristischen Studium an die Realgymnasial-Abiturienten an.

Zwischen dem neuen japanischen Vorkonsul in Washington und Präsident Roosevelt wurden sehr freundliche Begrüßungen ausgetauscht.

General B'Amade fehrte mit seinen Truppen nach Caba blanca zurück.

In Petersburg wurden 35 bombentragende Anarchisten verhaftet, die sich, als anscheinend harmlose Spaziergänger auf der Straße bewegten. Von der Polizei umstellt, schloßerten die der Bande angehörigen Damen Bomben, die sie in den Muffen verborgen hatten, und verwundeten mehrere Schutzleute.

### Die oldenburgische Wahlrechtsreform.

Mit einer hellen Freude und einem berechtigten Stolz können wir Oldenburger auf die gestrige Landtagsstimmung schauen: Die alte liberale Forderung, die unmittelbare Wahl der Abgeordneten zum Landtage, kann nun nicht mehr lange bloß auf dem Papier stehen bleiben, sie ist dem Gesetzgeber bedeutend näher gerückt, und wir gewinnen damit dem großen Preußen gegenüber einen Vorsprung, der nicht einzuholen ist. Wir haben es immer dankbar empfunden: Hier steht eine freiere Luft, als drüben in Preußen; aber nun braucht es nicht mehr besonders bewiesen zu werden, wie weit wir in der liberalen Gesetzgebung Preußen voraus sind und manchen anderen Bundesstaaten. Die von unseren Liberalen vorgeschlagene, im freilich gekennzeichnete preussische Wahlrechtsreform Wilows tut das ihre, um den Gegensatz zwischen Oldenburg und Preußen noch schärfer zu charakterisieren und uns das Recht zu verleihen, uns Preußen gegenüber gewaltig überlegen zu fühlen. Nun kann und wird man in der weiten Welt auch einmal Gutes, recht Gutes von Oldenburg sagen, und das wurde Zeit; Bitteres haben wir genug schlucken müssen.

Ueber die Vorzüge der direkten Wahl noch etwas auszuführen, das halten wir für ebenso überflüssig, wie Minister Willich und der Berichterstatter, Abg. Danzen, in der gestrigen, hochinteressanten Verhandlung. Wir dürfen darauf hinweisen, daß unser Blatt seit Jahren den Kampf um das freie Wahlrecht an erster Stelle mitgeföhrt und immer wieder alles ins Treffen geführt hat, was die unmittelbare Wahl der Abgeordneten gebietet, vor allem die Notwendigkeit einer allgemeinen Wahlbeteiligung und die Möglichkeit einer klareren Willensäußerung des Volkes. Das ist vom Abg. Althorn, dem Vater der Vorlage, auch immer wieder in den Vordergrund gehoben worden.

Auf alle Einzelheiten der gestrigen Sitzung geht unser vollständiger Verhandlungsbericht in der heutigen Nummer näher ein. Wir greifen hier nur die Hauptzüge heraus. In der Hauptsache zeigte sich der Landtag einig; die fruchtigen Punkte, auf die wir weiter unten kommen, hofft man bis zur zweiten Lesung auszugleichen, so daß über die ganze Vorlage hoffentlich Einigkeit zwischen Regierung und Landtag hergestellt wird. Da der vom Landtag gefasste Beschluß der Einführung der direkten Wahl zum Landtage eine Abänderung des Staatsgrundgesetzes enthält, ist auf mehr nach Artikel 212 des St.-G.-G. dieser Beschluß auf zwei nacheinander folgenden Landtagen, zwischen denen eine Abgeordneten-Neuwahl stattgefunden hat, gefasst werden. Wenn also die Staatsre-

gung den jetzigen Landtag nicht auflöst, was wohl aus diesem Anlaß nicht zu erwarten ist, so muß der in diesem Herbst für die Jahre 1909—11 neu zu wählende Landtag über diese Aenderung des Staatsgrundgesetzes nochmals Beschluß fassen. Nach dem neuen Wahlrecht könnte somit zum erstenmale im Herbst 1911 gewählt werden.

Im Verbesserung bringt der Gesetzentwurf außer der Unmittelbarkeit der Wahl folgende:

Zur Wahlfähigkeit und Wählbarkeit bedarf es nicht mehr der Staatsangehörigkeit, sondern einer dreijährigen ununterbrochenen Wohndauer im Großherzogtum.

Künftig besitzen auch diejenigen das Wahlrecht, die, ohne eigenen Erbd, bei anderen in Kost und Logis stehen, wenn sie im übrigen die staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen.

Das Wahlrecht ruht auch nicht bei denen, die wegen entehrender Verfehlungen verurteilt sind, weil über den Begriff „entehrend“ die Urteile auseinander gehen.

Abgelehnt hat der Landtag folgende in der Hauptsache sozialdemokratischen Anträge:

Eine Fassung des Gesetzes, die das Frauenwahlrecht ermöglicht. Die Mehrheit schloß diese Möglichkeit im Gegenteil völlig aus, dadurch, daß sie über die Regierungsvorlage hinausging und hinter dem Satz „Wahlberechtigt und wählbar ist jeder Deutsche“ besonders einfügte „männlichen Geschlechts“, während die Minderheit „ohne Unterschied des Geschlechts“ setzen wollte. Ob diese Beschränkung angebracht und weislich ist, muß die Zukunft lehren! Wir fürchten, wir fürchten —

Ferner lehnte die Mehrheit die sozialdemokratischen Forderungen: Gebührende Wohndauer von 3 auf 1 Jahr und des wahlfähigen Alters von 25 auf 21 Jahre ab.

Des weiteren fiel der Antrag, das Wahlrecht nicht ruhen zu lassen bei Armenunterstützung und im Konkursverfahren. Beides bleibt also auch in Zukunft ein Wahlhindernis.

Diese Mehrheitsentscheidungen stimmen natürlich mit der Regierungsvorlage überein. Aber in einigen Punkten weicht auch die Mehrheit mit ihren Beschließen von der Regierung ab, obwohl sie bestimmt erklärte, gerade auf diese Kompensationen der direkten Wahl nicht verzichten zu können, und das bildet den springenden Punkt der weiteren Entwicklung.

Die fruchtigen Punkte sind folgende:

Die Landtagsmehrheit verlangte die Beibehaltung der dreijährigen Wahlperiode, während die Regierung die fünfjährige für notwendig hält, worin die Mehrheit eine Wahlrechtsverschlechterung erblickt.

Die Mehrheit beschloß, daß auf je 10 000 Einwohner nach der jetzigen Bevölkerungsziffer ein Abgeordneter in einem besonderen Wahlkreise zu wählen sei, während die Regierung statt der jetzigen 13 nimmere 18 Wahlkreise mit 44 oder 45 (statt jetzt 40) Abgeordneten für alle Zeit festgelegt wissen will.

Die Mehrheit wachte ferner den Beschluß, daß alle 20 Jahre geprüft werde, ob die Zahl der Abgeordneten abzuändern sei. Die Regierung will diese Aenderungsmöglichkeit gerade vermeiden, und die Minderheit wollte den Fortschritt nach der Bevölkerungsziffer für alle 20 Jahre gesetzlich festgelegt wissen.

Abg. Danzen machte dabei darauf aufmerksam, daß bei Festlegung der Einnahmewahlkreise das Wachstum der Abgeordnetenzahl mit der Bevölkerung, entsprechend liberalen Anschauungen, ausgeschlossen sei, denn man könne doch nicht jedesmal die Wahlkreise neu einteilen. Das scheint uns ein sehr wichtiger Einwand!

Weniger bedeutend fällt ins Gewicht, daß die Mehrheit die Regierung ermahnt, die Frage der Wahlpflicht zu prüfen. Es handelt sich nur um die drei Punkte: Drei- oder fünfjährige Wahlperiode, Einnahmewahlkreise und Wachstum der Abgeordnetenzahl mit der Einwohnerzahl. Abg. Müller glaubte nicht, daß die Regierung in der Frage der Wahlperiode nachgeben, andere hielten es für möglich; aber die ruhige Haltung der Minister und die ganze Stimmung klang doch so frohlockend aus, und so wollten auch wir nicht Trübsal blasen, sondern froh ins Horn stoßen.

In dem Wesentlichen herrscht Uebereinstimmung, dann findet sich für die Nebenfragen ein Verhängnisweg!

Die erregte Fraüendebatte zeigte eine wohlwollende Haltung des Landtages in dieser Frage; wenn auch nicht alle Abgeordnete für das Frauenrecht so ins Zeug gingen, wie der bereite Abg. Vohs-Eutin. Die Frage bedarf hier auch der allmählichen Klärung, und daran wird es ja wohl nicht fehlen.

Die starke Spannung, die sich in der stundenständigen Sitzung aufgeschicht hatte (natürgemäß, weil die Parteileidenchaften aufgewühlt wurden!), entlud sich in einem Kreuzfeuer von persönlichen Bemerkungen.

in denen sich liberale, agrarische und sozialdemokratische Pfeile kreuzten. Es wäre schlecht bestellt um das Temperament unserer Abgeordneten, wenn so wichtige Ergründungen, wie das liberale Wahlrecht, ohne Blut und Donner erworben würden. Der Kampf reinigt die Luft, und nach dem Gewitter ziehen Ruhe und Frieden ein. Wir sind überzeugt, daß die begeisterte Stimmung aus dem ersten Teil der gestrigen Sitzung weiterwirken wird, die große Zufriedenheit mit der Regierung und ihrer wahrhaft liberalen Tat. Die muß zur Einigkeit führen, und es werden nur noch Wochen ins Land gehen, bis wir sagen können: Wir haben das unserer liberalen Verfassung und unsern liberalen Wölfe entsprechende Landtagswahlrecht sicher.

### Politischer Tagesbericht.

#### Deutsches Reich.

##### Preußen ist jetzt Trumpf.

##### Schönbach-Meinungen.

Mit dem Tode v. Stengel ist das einzige süd-deutsche Mitglied aus dem Kabinett Bälou geschieden. Preussisch ist jetzt auf der ganzen Linie „Trumpf“. Dieses Moment wurde in den parlamentarischen Besprechungen über den Wechsel im Reichskanzleramt begriffenweise miterörtert. Man warf die Frage auf, ob nunmehr finanzpolitisch das Reich auf den Preußen oder Preußen auf das Reich „abfärben“, ob die Vera Schönbach ein Programm bedeuten oder ob ihr unbedingtes Wort zum „Schönbach“ für das System Rheinbaben werden würde? Abgeordnete, die den neuen Reichskanzlermeister näher zu kennen glauben, sind der Meinung, daß die Interessen Süddeutschlands bei Dr. Schönbach nicht schlechterer Part sein werden, als beim Bayern Schönbach. Jedenfalls vorzuziehen ist es nicht so ausgedrückt das Preuentum, wie Schönbach, als Rheinbaben, dessen Gebirgsfesten an die altpreussischen Traditionen nicht im mindesten erschüttert worden ist durch seine mehromoniale Studienreise im freien Amerika. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß über kurz oder lang zwischen Dr. Schönbach und Schönbach-Meinungen „Unstimmigkeiten“ sich herausbilden.

##### Ganze Arbeit, d. h. 300 Millionen Reichsteuern mehr.

Fürst Bälou liegt seit seiner Wiedererhellung Tag für Tag Finanzminister bei sich. Es gehört keine besondere Kombination dazu, um zu vermuten, daß der Kanzler, dem die Finanzpolitik nicht „liegt“, in vertrautem Gespräch mit dem Finanzminister sich zu unterrichten sucht. Erliebt darüber, welche Pläne mit zu Buch schlagenden Wirkungen nach der Meinung des verehrten Sachverständigen zu empfehlen sind, zweitens darüber, ob und inwiefern dafür Stimmung in den bundesstaatlichen Regierungen vorhanden ist. Fürst Bälou hätte beispielsweise persönlich nichts dagegen, die Erbschaftsteuer auszubauen. Aber auch er muß nach allen Seiten hin Rücksicht nehmen. Die grundsätzlichen Widerstände gegen jedes neue „Büchelchen“ an die Befürworter direkter Reichsteuern sind am schwersten zu überwinden. Vor der Reichsreformsteuer gar schlägt jeder Finanzminister das Kreuz. Herr Schönbach soll, wie man erzählt, erklärt haben, er nehme den Reichsreformsteuerposten unter der Bedingung an, daß „ganze Arbeit“ getan werde. Die ganze Arbeit bedeutete für schlecht gerechnet 300 Millionen neue Steuern. Mit diesem Zuflus kann das Reich „bis auf weiteres“ auskommen. Der Nachfolger des Fürst v. Stengel braucht nicht in die Zeitungen zu flüchten, um zu wissen, welche Rathschläge ihm von rechts und von links mit wohlwollender Unterstützung erteilt werden. Die Programme sind gänzlich unverändert geblieben. Nur das, angeragt durch die Position eines ausserordentlichen Rats, eines Ritters in Hannover, die Zündhölzchen neuer hinzugekommen und einmütig von der Petitionskommission dem Reichskanzler als Material überwiehen worden ist. Die Zündhölzchensteuer spulte schon in den neunziger Jahren, ward aber damals als zu kleinlich behunden. Das ist sie aber nicht, und wenn die Fahrartensteuer wirklich in die Volksfurcht geworden wird, kann man sich als Erlas einen wichtigen Vorschlag auf Zündhölzchen gefallen lassen.

##### Der Kaiser und der Hardenprozeß.

Der Kaiser wohnte einem Vortrage des Geheimen Justizrats Prof. Dr. Wahl im Justizministerium bei. Der Vortrag behandelte die seit dem Hardenprozeß besonders akut gewordene Frage der Deffektivität im Strafverfahren. Der Kaiser, der sich für dieses aktuelle Thema lebhaft interessiert, bewies sein Interesse auch dadurch, daß er den Vortragenden nach seinem Referat über die Hauptpunkte in ein eingehendes Gespräch zog. Wie Prof. Wahl mittel, wird der Vortrag in aller-nächster Zeit im Druck erscheinen.

##### Gardesalallerie und Adel.

Die letzte Ausgabe des Militärwochenblattes meldet u. a. die Beförderung des Fähnrichs Corp vom 2. Garde-Dragoon-Regiment Kaiserin Alexandra zum Hauptmann. Der neuernannte Leutnant Corp ist der erste Offizier ohne Adelsprädikat, den die Gardesalallerie seit Jahre nicht mehr erbist. Dabei

ist zu berücksichtigen, daß er ein Ausländer, ein Rumäne, ein Sohn des bekannten Staatsmannes Petrosche Garp ist, der im Zeitraum von drei Jahrzehnten verschiedene Male ein Ministerpräsident in Rumänien in den Händen gehalten, und auch als Ministerpräsident an der Spitze der verantwortlichen Regierung des rumänischen Reiches gestanden hat. Die rumänischen Staatsanstellungen kennen keinen Adel, aber nach den bei uns geltenden Anschauungen würde man die Familie Garp, eine der angesehensten Rumänien, ohne Zweifel dem Adel zuzurechnen haben. Immerhin ist die Tatsache bemerkenswert, daß, wie gesagt, die nächste Rangliste des preussischen Heeres diesmal wieder unter den Offizieren der Gardebatterie einen zu verzeichnen haben wird, vor dessen Namen kein oblicher Titel steht. — Nach der letzten Rangliste zählt das Offizierskorps der 3 preussischen Gardebatterie-Regimenter im Jahre 1907 (ohne die à la suite geführten Offiziere) im ganzen 27 Offiziere, von denen 20 fürstlichen Standes, 6 Grafen, 40 Freiherren und die übrigen 111 einfach adlig waren. In den letzten fünfzig Jahren haben ungefähr ein Dutzend bürgerliche Offiziere den Rang eines der Gardebatterie-Regimenter getragen; die Mehrzahl von ihnen erhielt später den Adel verliehen.

**Älteste Zahnärzte in der Armee.**

Nach einer Meldung der „Köln. Volksztg.“ beschäftigen sich die maßgebenden Kreise mit Erwägungen, die auf die Anstellung aktiver Zahnärzte in der Armee hinstellen. Die Anregung dazu ist durch eine Denkschrift gegeben, die aus Jahrzehnten an den Kriegsminister gerichtet war. Diese wird umso ernster geprüft, als sich herausgestellt hat, daß alle auf dem Gebiete der Zahnpflege in der Armee bisher ergriffenen Maßnahmen erfolglos geblieben sind.

**Erhöhung der Mannschaftsgebühren.**

Eine Erhöhung werden die Mannschaftsgebühren nach Annahme der Besoldungsgelei erfahren. Die von der Geeresverwaltung hierzu angeforderten 3 Millionen Mark sollen zum Ankauf von Pulv- und Gewehreinstellungsmaterial dienen, das die Mannschaften bisher selbst beziehen mußte. Der einzelne Mann kann also diesen Betrag der Lösung, den er künftig spart, für seine allgemeine Lebenshaltung aufwenden.

**Ein Gnadenakt des Kaisers.**

Der 33jährige frühere Barbier und Heilgehilfe, jetzige Schneider Jakob Schumacher aus Frielenheim, seit 15 Jahren in Mainz wohnend, diente von 1887 bis 1890 im Leibregiment Nr. 115 in Darmstadt. Im Oktober 1889 erhielt er Urlaub nach Birstadt bei Worms, und dort kam es zwischen zwei Arbeitern und einem Gendarmen wegen Mißbehörung zu einem Zusammenstoß. Der Gendarm zog blank und hieb auf einen der Erzbedienten ein. Da sagte Schumacher dem Beamten am Arm und sagte ihm: „Herr Wachmeister, hören Sie doch auf!“ Für dieses Vergehen wurde Sch. wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten vom Kriegsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Während der Unternehmung des Falles wurde Sch. krank und mußte sieben Monat im Lazarett zubringen, worauf die Vollstreckung des Urteils aufgeschoben und Sch. einstellend in seine Heimat entlassen wurde. Die sieben Monate, die der Verurteilte im Lazarett zubrachte, sind von der Strafe abgerechnet worden und jetzt hat der Kaiser infolge fortgesetzter guter Führung des Sch. ihm den Rest von drei Jahren und fünf Monaten im Gnadenwege erlassen.

**Hauptversammlung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.**

**Landesesperdezeitung. — Düngungslehre.**  
S. u. H. Berlin, 21. Febr. Reichstagsabgeordneter Georg Pring zu Schönau-Carolath-Saabor referierte über „Reinblut der Landesesperdezeitung“. Der Referent stellte folgende Leitsätze auf: 1. Was ist Landesesperdezeitung? Landesesperdezeitung im engeren Sinne ist eine a) über einen größeren Landstrich gleichmäßig verbreitete, b) auf dessen eigenste Anzuchtverhältnisse aufgebaute, c) gleichartig entwickelte, d) den örtlichen Bedürfnissen vollauf Rechnung tragende Esperdezeitung. 2. Was ist Reinblut? Reinblut hat ein Tier, für welches der Nachweis erbracht ist, daß es von gleichartig beschaffenen, zielbewußt gepaarten Vorfahren durch eine so lange Reihe von Generationen abstammt, daß die Folgerung berechtigt ist, in ihm seien: a) für Gebrauchszwecke diejenigen bekannten Eigenschaften, welche der betreffenden Rucht in hervorragendem Maße innewohnen, b) für Zuchtzwecke eine hohe Fähigkeit, diese Eigenschaften sicher zu vererben, zu finden. — Der Referent erörterte zunächst den Begriff Landesesperdezeitung; man müsse unterscheiden zwischen Landesesperdezeitung im weiteren und im engeren Sinne. Man könne allgemein sprechen von einer guten Landesesperdezeitung in Frankreich, Ungarn usw. Landesesperdezeitung im engeren Sinne bedeute dagegen etwas anderes, und basiere auf den verschiedenen Eigenlichkeiten der einzelnen Landesrassen und deren Bedürfnisse. Der Redner gibt dann einen Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte der Esperdezeitung in Oldenburg, Ostpreußen usw. Der bekannte Esperdezeitler Stielde habe sich jederzeit eine Definition über den Begriff reinblütiger Esperdezeitung enthalten, er (Redner) habe sich aber entschlossen, die Frage an den aufgestellten Leitätzen zu beantworten. Unter Hinweis auf die Erfolge der Landesesperdezeitung in Oldenburg, Ostpreußen, Schleswig-Vollstein, Hannover und Ostpreußen kommt der Referent zu dem Schluß, daß wir um die Zukunft der deutschen Landesesperdezeitung nicht zu verzagen brauchen. Das Zusammengehen der Regierung mit den betr. Zuchtvereinen und die Mitarbeit erfolgreicher Einzelzüchter läßt erhoffen, daß wir bald in der Lage sein werden, der Not in der deutschen Esperdezeitung ein Ende zu machen. (Lebhafter Beifall.) Eine Besprechung wird nicht gewünscht, und die aufgestellten Leitätze werden gutgeheißen.

Hierauf referierte Geh. Hofrat Prof. Dr. Wagner-Darmstadt über das Thema: Die Düngungslehre im Licht der Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Der Referent gibt einen Rückblick auf die ungenügenden sorgfältigen und vielseitigen Arbeiten der Versuchsanstalten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, durch deren Veröffentlichungen tatsächlich ein praktischer Führer zum Ziele einer maßgebenden Düngung gegeben sei, wenigstens zur sicheren Grundlage für eine Entscheidung der Düngerfrage je nach der Bodenbeschaffenheit, der Art der eigenen Pflanzen usw., und zwar zur Steigerung des Ertrages und des Gewinnes.

Hohe Erträge und hohe Gewinne sind aber nicht möglich ohne reichliche Stickstoffernährung. Diese ist aber nicht möglich ohne hohe Kosten. Die billige Stickstoffherstellung muß daher die nächste Aufgabe sein. — Auch dieser Vortrag fand lebhaften Beifall.

**Das unpolitische Schulbuch.**

Zu dem Artikel, den die „Köln. Ztg.“ vor einigen Tagen unter dieser Überschrift brachte, geht der Zentralratsanstellung in Koblenz vom katholischen Pfarrrat Bonn-Boppelsdorf eine Zuschrift an, in der u. a. ausgeführt wird, daß der Oberbeamte in Kessenich bei Bonn keine Zellen enthält, sondern daß die Kinder, auf Wägen einander gegenüber sitzend, sich an- und auskleiden müssen.

„Mehrere Kinder, so heißt es in der Zuschrift weiter, weigerten sich aus Scham, sich zu entkleiden, auch beschwerten sich Eltern bei den Geistlichen der Pfarrei, und ist es sogar vorgekommen, daß eine Lehrerin Mädchen ohne Badehülle hatte baden lassen. Daraufhin hat sich der Pfarrrat mit dem Herrn Stadtschulinspektor in Verbindung gesetzt und von demselben die Forderung erhalten, daß Vorhänge angebracht werden sollten; die das Kind beim An- und Auskleiden vor den Augen anderer schützen sollten. Da mittlerweile den Eltern gedruckte Erklärungen zur Unterstufung zugesandt worden waren, wonach sie ihren Kindern das Baden gestatten möchten, haben die Pfarrratgeistlichen, gefügt auf das mündliche Versprechen des Herrn Stadtschulinspektors — zumal die Benutzung des Bades völlig freigestellt ist — Eltern und Kindern den Rat gegeben, zu warten, bis die schwebenden Vorhänge angebracht seien. Das ist der Sachverhalt. Von einem direkten Verbot des Kommuns überhaupt, von der Drohung, die Mädchen von der Kommunion auszuscheiden, ist nie die Rede gewesen.“

Die „Köln. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Die Erweiterung des Pfarrrates ist eine unrentable Beschäftigung dessen, was in dem Artikel gerügt worden ist, nämlich des durchaus unpädagogischen Geistes, der selbst bei den Kleinsten schon das Nackte als etwas Schandhaftes ansieht und das gesunde natürliche Empfinden der Kinder durch Anregung von Geboten, die diesem Alter ganz fern liegen, in eine ungesundem Gegenteil verkehrt. Kinder, die sich aus Scham nicht entkleiden wollen, sind weit über ihre Jahre hinaus, sind Wissende geworden, wie das erste Paar im Paradies. Etwas sittliche Abhärtung und Gebantenreinheit könnte auch im Kessenicher Schulbuch nicht schaden, oder wollte man mittels der Schwimmbäder die konfessionelle Absperrung lösen bei den Kessenicher Schulkindern besprechen? In Nürnberg ist das der Fall gewesen, wie folgende niedliche Badeschickse beweist, die von dort erzählt wird: Ein katholischer Geistlicher in Nürnberg mußte seine ganze Autorität aufbieten, um zu verhindern, daß siebenjährige Knaben im Brausebad der Volksschulen ohne Schwimmbüchsen gemeinschaftlich badeten. Auf seine Verwendung hin wurde dieser „Schamlosigkeit“ ein Ziel gesetzt. Er begibt sich zur Schule, um nachzugehen, ob der Vorbericht Folge geleistet werde. Zu seiner Genugung sind alle kleinen Jungen mit Schwimmbüchsen besetzt bis auf einen. Ergrünnt fährt er diesen an, wie er sich erdreisten könne, so schamlos herumzulaufen. Aber kein Antwortete ihm der Junge: „Brauch ta Schwimmbüchsen, bin protestantisch!“

**Husland.**

**Die terroristische Verschwörung in Petersburg.**

Die Petersburger Geheimpolizei hat 32 Mitglieder der fliegenden Kampforganisation verhaftet. Zwei Personen wurden vor dem Palast des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch festgenommen, und zwar eine, die auf dem Seibe ein Messer mit fünf Pfund Dynamit trug, sowie eine Dame, die in einem Wuff eine große Menge Dynamit aufbewahrt. Beide hatten augenscheinlich ein Atentat auf den Großfürsten beabsichtigt. Im Nachbargasse des Palats wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei man eine Kiste hoher Wertgegenstände fand, über die „das Todesurteil verhängt“ war. Auf der großen Moskwa wurde eine Dame verhaftet, die bei ihrer Festnahme auf dem Schutmann feuerte und ihn leicht verwundete. Sämtliche Verhaftete wurden in strengsten Gewahrsam untergebracht. Die Verhafteten, die meist auf belebten Straßen gefaßt wurden, lieferten mit Schußwaffen Widerstand, wobei acht Wokisten schwer verwundet wurden. Von autoritativer Seite wird mitgeteilt, daß die Verhaftungen mit zwei Atentaten zusammenhängen, die gegen einen Minister und eine andere hochstehende Persönlichkeit (den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch) geplant waren.

**Unpolitisches.**

**Wäterschen wird sich überleben.**

(Kusland und die Türkei.)

Die feierliche Deklaration der friedlichen Gesinnung des offiziellen Kusland kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß am Petersburger Hofe eine Kriegspartei existiert, deren Bestrebungen von Ausland her begünstigt werden, und zwar aus jenen Staaten, die von der panislamitischen Gefahr eine Schädigung ihrer Interessen für eine nähere oder fernere Zukunft befürchten. Deshalb möchten sie, England natürlich nicht an letzter Stelle, Kusland gegen das Oberhaupt der mohammedanischen Welt, den Großkhalifen, aufwiegen. Zum Kriegführen gehört indessen Geld. Bei der Türkei ist der Geldmangel drückend; Kusland ist kaum besser gestellt, es hat aber noch eine in die Hunderte von Millionen gehende Forderung an die Türkei, den feinerseit gekündeten Rest der Kriegsschuld aus dem russisch-türkischen Kriege. Die Abschlagraten sollen zwar immer prompt entrichtet worden sein, doch sie sind noch für viele Jahrzehnte weiter zu zahlen. Kusland wird es schwerlich darauf ankommen lassen, dieses für seine Interessen angenehme Verhältnis zur Türkei über den Haufen zu werfen und sich — bei der Kriegslage der türkischen Armee — der bedrücklichen Möglichkeit auszuliefern, daß der Spieß umgedreht und die Türkei der Gläubiger Auslands wird.

Kaiser Wilhelm und ein afrikanisches Ballet. Aus Berlin wird berichtet: Die Meldung der „Daily Mail“, daß Kaiser Wilhelm ein in Ägypten spielendes Ballett im Berliner königlichen Opernhaus einstudieren läßt, und daß bei der Einstudierung auch die afrikanologische Wissenschaft berücksichtigt wird, ist im wesentlichen richtig. Offiziell wird berichtet: Es handelt sich um eine Neueinstudierung des bekannten tagionischen Ballets „Sardanapal“, das im königlichen Opernhaus vor Jahren wiederholt in Szene gegangen ist. Der Kaiser nimmt an der Einstudierung den lebhaftesten Anteil. Das Ballett wird auf Grund der neuesten afrikanologischen Forschungen umgearbeitet. Es soll bei die-

ser Neuaufführung der künstlerisch-ethnographische Charakter des Wertes durch ein wissenschaftliches und historisches Relief ergänzt werden.

Edison und Tolstoi. Dieser Tage sandte Edison einen seiner neuesten phonographischen Apparate dem Grafen Leo Tolstoi. In einem Begleitschreiben drückte er seine Hochachtung vor dem großen Schriftsteller aus und bat ihn, einige seiner Erfindungen zu dem Evangelientext in den Apparaten hineinzusprechen. Tolstoi hat diese Bitte erfüllt.

Leo Tolstoi und Carnegie. Der amerikanische Milliardär hat sich erboten, aus Anlaß des achtzigsten Geburtstages Leo Tolstois das Verlagsrecht sämtlicher Tolstoischen Schriften von den einzelnen Verlegern aufzukaufen, um Tolstois Werke auf diese Weise zum Gemeingut aller Nationen zu machen. Einer überschläglichen Rechnung zufolge wäre hierzu etwa eine Million Rubel erforderlich. Andere Verehrer geben mit der Absicht an, Tolstois Ranquett Tschnaja Poljana anzukaufen, um dort eine Bildungsanstalt einzurichten. Auch soll aus dem Dorfe Dolgovo Tolstois Geburtshaus nach Tschnaja Poljana übergeführt werden.

Ein Räuber auf dem Postamt. Auf dem Postamt in der Petersburger Straße in Berlin sollte Donnerstagsabend ein Schüler im Auftrag seines Vaters die Summe von 160 A. einzahlen. Er hatte den Betrag in zwei Zwanzig- und einem Fünfundzwanzig-Rubel in Gold auf einem Zehnmarkzettel, der sich von der Kassa in Arnsdober getrennt hat und sich seit drei Wochen in Berlin wohnungslos umtrieb.

Verurteilung wegen Unterschlagung. Der Telephonbedienter Walter Reiche aus dem Weinrestaurant „Rheingold“ in Berlin, der mit dem inzwischen verstorbenen Kassierer Michel deselben Restaurants im Oktober 1907 nach Unterschlagung von 30 000 A. flüchtig geworden war, wurde vom Berliner Landgericht I zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Reiche war nach der Tat wochenlang im Automobil in Deutschland umhergeirrt und stellte sich schließlich in Leipzig der Polizei, da er einsah, daß er der Verhaftung doch nicht entgehen konnte.

Sturz eines Oberleutnants. Der Oberleutnant v. Auer von der Potsdamer Unteroffizierschule ist in Potsdam schwer gestürzt. Als er einen Spazierritt unternahm, wurde sein Pferd plötzlich scheu und rannte an der Gde der Spandauer- und Allee-straße gegen einen Trägermast der elektrischen Straßenbahn. Es stürzte und begrub seinen Reiter unter sich. Oberleutnant v. Auer erlitt bei dem Falle eine schwere Gehirnerschütterung; er wurde bewußtlos unter dem Pferde herangezogen und in das Garnisonlazarett gebracht. Das Pferd, das sich den ganzen Brustkasten aufgerissen hatte, mußte auf der Stelle erschossen werden.

Ein Millionenfahel gebohen. Aus Kamenez-Podolsk wird gemeldet, daß in einem Eisenbruch bei Rudnowa in ein dreizehn Tönnchen verpackter Schatz von Goldmünzen aufgefunden wurde, dessen Wert auf anderthalb Millionen Rubel geschätzt wird.

**Aus dem Großherzogtum.**

Der Nachdruck unserer mit Anzeigen versehenen Originalberichte ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet. Mitteilungen und Berichte über letzte Veranlassungen sind der Redaktion stets willkommen.

**Odenburg, 22. Februar.**

\* Eine Unabänderlichkeit des Februars ist, daß er als der kürzeste der zwölf Monate dennoch 5 Sonnabende hat, ein Vorkommnis, das nur alle 28 Jahre zu verzeichnen ist. Es ist nur dann der Fall, wenn der erste Februartag auf einen Sonnabend fällt.

\* Der Wirte-Verein für Odenburg und Umgegend hielt gestern Abend im Restaurant „Zum Prinzen Etzel Friedrich“ eine Versammlung ab, an der auch die Herren Kampe, Strauß und Ahlen des Bremer Wirte-Vereins, sowie die Herren Goyer, Diege, Gaslinde und Becker von hier und Sermanns aus Wedda als Vertreter der Nordwestdeutschen Brauereivereinigung (Sektion VII) teilnahmen. Die Sitzung leitete der Vorsitzende des Vereins, Hofrat Herr Judenan. Er widmete den verstorbenen Ehefrauen der Herren Wittkop und v. Komen einen warmen Nachruf. Das Ansehen der Entschlafenen ehrte die Anwesenden durch Erheben von den Sitzen. Die Beschlussfassung über den Beitritt der Ehefrauen der Vereinsmitglieder zur Sterbegeldvereinigung des Deutschen Gastwirtsverbandes wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Sodann erhielt Herr Ahnen (Bremen) das Wort. Er führte aus, daß von den Bremer Wirten eine Brauerei unter dem Namen „Alte Union-Brauerei“ gegründet worden sei. Nachdem dem seitdem der Brauereien die Bierpreise erhöht worden wären, habe man zu dieser Selbsthilfe greifen müssen. Inmänglich hätte die Gründung einer eigenen Brauerei Schwierigkeiten verursacht, die hauptsächlich auf Schaffung des Kapitals zurückzuführen gewesen wären. Aus Mitgliederfreisen sei aber ein Fonds von 600 000 A. aufgebracht, der durch Aufnahme von Hypotheken auf 900 000 A. angewachsen sei. Das Werk der Selbsthilfe, so führte der Redner aus, ist vollendet, und nun ist es an der Zeit, daß die Wirte zusammenhalten und das Fortbestehen der „Union-Brauerei“ sichern. Herr Ahnen forderte die Mitglieder der Odenburger Wirte-Vereinigung auf, das Bier für den früheren Kreis von der neugegründeten „Union-Brauerei“ zu beziehen. Redner ging auf die im Jahre 1906 eingeführte Reichsbiersteuer ein und erklärte, daß die Brauereien die Steuer sehr gut hätten tragen können. Herr Goyer, Vertreter der Nordwestdeutschen Brauereivereinigung (Sektion VII), trat den Anwesenden den Berechnungen des Vorredners auf falscher Grundlage entgegen. Er warnte, Bier aus Bremen zu beziehen, da man das selbe nicht kenne. Die Bremer Vertreter forderten die Mitglieder der Odenburger Wirte-Vereinigung auf, der „Union-Brauerei“ beizutreten, um eine Niederlage hier zu vermeiden. Die Kritik ihres Bieres scheuten sie nicht. Eine Probe davon solle auf dem am 9. April in Odenburg stattfindenden 10. Jontentage den Verbandsmitgliedern des Herzogtums überreicht werden. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen berichteten die Herren Silgen und Brunken über die kürzlich in Berlin stattgefundene Protokollversammlung gegen das Branntweinmonopol. Zum 10. Sonntag stellt der Odenburger Verein folgende Anträge: 1. Den Stellvertretern der Vollmitgliedern zum Gastwirtsverbande sind ebenso wie den Vollmitgliedern selbst die Verbandsberichte regelmäßig zuzusenden. Begründung: „Der



# Aug. Bruhn Nachfolger

Inhaber: **Hinr. Eilers.**

Haarenstraße 54.

## Ausverkauf

Haarenstraße 54.

vom 24. Februar bis 1. März.

Bitte zu beachten, daß nur bekannt beste Qualitäten zu äußerst billigen, streng realen Preisen zum Verkauf kommen.

Keine sogenannte Gelegenheitskäufe.

### Schwarze und farbige wollene Kleiderstoffe

für die Konfirmation.

### Reste aller Art.

hemdentuche, Dowlas, Linon, Leinen u. Halbleinen in 80, 140 und 160 cm Breite.

Tischtücher, Servietten, Handtücher in Gerstenkorn und Dress.

Bettdamaste u. gestreifte Satins in 80, 140 und 160 cm Breite.

In nur bester Verarbeitung

Damenhemden, Beinkleider, Nachtjacken, Zwischenröcke u. Schürzen, ferner Gardinen in allen Breiten.

Einen Posten Damen-Schürzen und Röcke

stammend billig.

Herren-Unterzeuge, Herren-Wäsche, Socken usw.

Keine Partieware.

Keine gemachte Reste.

Bitte meine Schaufenster zu beachten.

**Neuenfelde** bei Glasfeth. Zu besichtigen  
**3 1/2 Süd Weideland.**  
D. Ostendorf.  
Eletere Dame sucht französisch. Unterricht, wöch. 2 St. Off. m. Fr. unt. V. 108 Bittale, Langestr.

**Osternburg.**  
Zur Teilnahme an der Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliebes

**Herrn Heinrich Uhlhorn**  
am Dienstag, den 25. Februar, versammeln sich die Mitglieder der unterzeichneten Vereine präz. 1/2 Uhr nachm. in ihrem Vereinslokale (L. Koopmann, Bremer Ch.).  
Zahlreiche Beteiligung dringend erwünscht.  
**Turn-Verein Glück auf.**  
**Saalschiess-Verein Tell.**  
**Junggesellenklub Einigkeit.**

**Großherzogl. Theater.**  
Sonntag, den 23. Febr. 1908. 79. Vorstellung im Abonnement. Freiplätze haben keine Gültigkeit. „Die lustige Witwe“  
Operette in 3 Akt. von Lehar. Kassenöffnung 6, Einlaß 6 1/2, Anfang 7 Uhr.

Dienstag, d. 25. Febr. 1908  
81. Vorstellung im Abonnement. Freiplätze haben keine Gültigkeit. Die lustige Witwe.  
Operette in 3 Akt. v. Lehar. Kassenöffnung 7, Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Bremer Stadttheater.**  
Sonntag, 23. Febr.: „Ranne“  
Anfang 7 Uhr.  
Montag, 24. Febr.: Einmaliges Gastspiel Rita Sacchetto: Lyrisch dramatische Tanzszenen. Anfang 8 Uhr.  
Dienstag, 25. Febr.: „Ranne“  
Anfang 7 Uhr.  
Mittwoch, 26. Febr.: Unbestimmt.  
Donnerstag, 27. Febr.: Einmaliges Gastspiel Erika Weckfink: „Mignon“  
Anf. 7 Uhr.

### Familien-Nachrichten.

**Verlobungs-Anzeigen.**  
Die Verlobung unserer Tochter **Maly** mit Herrn **Otto Podhalsky** aus St.-Georgenthal, Böhmen, beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.  
**Friedrich André** und Frau.  
Oldenburg i. Gr., 1. Febr. 1908.  
**Maly Andrée Otto Podhalsky**  
Verlobte.  
Oldenburg i. Gr., 1. Febr. 1908.

**Statt besonderer Anzeige.**  
Die Verlobung unserer Tochter **Anna** mit Herrn **August Zeigler**, Hamburg, zeigen wir hierdurch an.  
Oldenburg, im Februar 1908.  
**August Blatt** und Frau geb. Ehrig.  
Meine Verlobung mit Heidelein **Anna Blatt** zeige ich hierdurch ergebenst an.  
Hamburg, im Februar 1908.  
**August Zeigler.**  
Das Brautpaar wird am Sonntag, den 23. Februar, im älterlichen Hause, Roonstraße 18, anweilend sein.  
**Geburts-Anzeigen.**  
**Berne**, 21. Febr. 1908.  
Durch die Geburt einer **gejunden Tochter** wurden hoch erfreut  
**B. Witte** und Frau **Johanne** geb. Doffen.  
**Todes-Anzeigen.**

**Osternburg.** Am 20. Febr., morgens 4 1/2 Uhr, starb plötzlich und unerwartet unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Enkel und Brautgamm der **Polstschaffner H. Uhlhorn** in seinem taum vollendeten 29. Lebensjahre.  
Dies bringen tiefbetrübt zur Anzeige  
**H. Uhlhorn** u. Frau nebst Kindern.  
**Anna Berent.**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 25. Februar, 2 1/2 Uhr nachm. vom Sterbehause, Bremer Chaussee 46, aus statt.

**Statt besonderer Anzeige.**  
**Eversten**, 21. Febr. 1908.  
Heute morgen 1 1/2 Uhr entschlief sanft und ruhig nach längerem Kränkeln unsere liebe Schwägerin, Tante u. Grosstante Fräulein  
**Anna Henke** geb. Böling im 59. Lebensjahre, welches tiefbetrübt zur Anzeige bringen  
**Niedrich Henke**, Kinder und Kindesfinder.  
Die Beerdigung findet am 25. Febr., nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Kirchhof zu Eversten statt.

Heute vormittag wurde meine liebe Frau, unsere liebe Tochter, Schwester u. Schwägerin,  
**Auguste Wedl**, geb. **Sonnewald**, von ihrem langen Leiden durch einen sanften Tod erlöst.  
In tiefer Trauer  
**Anton Wedl** nebst Angehörigen.  
**Hewyorch, Oldenburg, Abbehausen, Bremen, Kiel, Gaarden**, den 21. Febr. 08.  
Die Trauerfeier findet statt Montag, 24. Februar, 10 1/2 Uhr im Krematorium zu Bremen.

**Oldenburg i. Gr.**, 21. Februar 1908.  
Gestern, den 20. Februar, entschlief sanft und ruhig nach längerem Kränkeln unsere liebe Schwägerin, Tante u. Grosstante Fräulein  
**Emilie Schmedes** im 81. Lebensjahre.  
Die trauernden Hinterbliebenen Frau Obersteuerrat **Schmedes**, Esens, Hauptmann **Schmedes**, Frau und Kinder, Osnabrück.  
Die Beerdigung findet am Montagmorgen, den 24. ds., um 9 Uhr vom Evangelischen Krankenhaus aus statt.  
Trauerfeier 8 1/2 Uhr das.

**Danksaamen.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, Schwiegers und Großvaters, des Steinlegers  
**Georg Janssen** sagen wir Herrn Pastor Gerhardt für die trostreichen Worte am Grabe sowie allen, die ihm das letzte Geleit gaben, unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Angehörigen.  
**Großenmeer.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem uns herbeigeführten Trauerfalle sagen wir unsern  
**innigsten Dank.**  
Familie **Hullmann**.

**Jewege**, den 21. Febr. 1908.  
Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter sagen wir allen, die ihren Schmerz mit Kränzen schmückten und ihr die letzte Ehre erwiesen, sowie für die trostreichen Worte am Grabe u. Grabe unserer innigsten Dank.  
Familie **Eilers.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Witwe **Sophie Stieshen** geb. Schradter, sagen wir auf diesem Wege allen unsern tiefgefühltesten Dank.  
**Vietrauernden Bin erbliebenen.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels, des **Her- Post-assistenten Gerhard Altkemann**, sagen wir allen unsern  
**tiefgefühltesten Dank.**  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Weitere Familien-Nachrichten.  
Geboren (Töchter): Ferdinand Langen, Hohenbüttel.  
Verlobt: Josephine Vietrauernden, mit Gottfried Zehlig, Landrup. Mathilde Altkemann, mit Richard Langen, mit Landwirt Gustav Dr. Hebel, Wollsch bei Gfien. Jeannette Koller, Loga, mit Adolf Walsheim, Stadtsanaia (Holland).  
Westorben: Union Willms, Canbe, 18 J. Wm. Rathbar mit Cloustein geb. Holtzhuier, Friedrich Hansen, 67 J. Friedrich Zehlig, Daffum. Hermann Landrup, Daffum, selbst. Marie-Christiane Dr. med. Paul Vietrauernden, 64 J. Frau. Imke Gertrude Remmers geb. Janssen, Schönborn, 73 J.

# I. Beilage

zu Nr. 52 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Sonnabend, 22. Februar 1908.

## Deutscher Reichstag.

107. Sitzung.

Berlin, 21. Februar.

### Schedegesetz. — Justizetat.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg, Bismarck. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Entwurfs eines Schedegesetzes.

Es liegt hierzu ein von allen Parteien unterzeichneter Antrag vor, nach dem auch die unter amtlicher Aufsicht stehenden Sparkassen unter die „Bezogenen“ genommen werden sollen, wenn sie die nach Landesrecht für sie geltenden Aufsichtsbefimmungen erfüllen.

Abg. Wasserhagen (natlib.) empfiehlt diesen Antrag zur Annahme.

Abg. Raken (Zentr.) wünscht eine Erklärung darüber, ob den Sparkassen die ihnen zugesprochene Schedefähigkeit nicht illusorisch gemacht werde.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Befürchtung, daß den Sparkassen die Schedefähigkeit bestritten werden könnte, ist überflüssig. Die positive Schedefähigkeit der Sparkassen, welche nach ihren Geschäftsbefimmungen dazu berufen sind, Kontoforrentverkehr zu betreiben, ist unbestreitbar. (Bravo!) Es ist nicht unbedingt nötig, dies im Gesetz auszusprechen. Wenn der Reichstag aber Wert darauf legt, so haben die verbündeten Regierungen keine Bedenken. Von einer generellen Autoritätsmachung der Schedefähigkeit kann keine Rede sein. Im Interesse der Sparrer soll aber solchen Sparkassen, die die nötige Sicherheit nicht bieten, die Schedefähigkeit im Einzelfalle verweigert werden können. (Bravo!)

Nach weiteren Erörterungen der Abg. v. Brockhausen (konsf.), Mommsen (frei. Vag.), Singer (Soz.) und Raken (Zentr.) wird der Kompromißantrag und der so gestaltete § 2 angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird mit der Bestimmung, daß die Inkraftsetzung des Gesetzes am 1. April 1908 erfolgen soll, einstimmig angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Justizetats fortgesetzt.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.): Die Klassenjustiz ist sogar schon auf die freiwillige Gerichtsbarkeit übergegangen. Wie mehrere Beispiele vor dem Vormundschaftsgericht beweisen. Die Trennung zwischen Richtern und Bevölkerung ergibt sich aus dem ungläublichen Juristendeutsch. (Wiedererkenntnis) Einmal, aus einem einzigen Satz bestehendes Erkenntnis. Besonders Vertrauen zur Justiz konnte auch durch die Verlegung des Vorsitzenden im ersten Garden-Prozess nicht erweckt werden. Jetzt hat er nur Offenbarungsbeide abzunehmen. Die Polizeiaufsicht, durch die entlassene Straßengänge wie wilde Tiere gehetzt werden, ist auch nach dem Falle des Hauptmanns von Köpenick nicht besser geworden. Diese Bestimmungen beruhen auf Gesetzen aus dem Jahre 1842, über die längst Spinnweben gezogen sind. Die Kriminalität der Jugend Berlins ist besser geworden, dagegen ist die in den agrarischen Provinzen gewachsen. Die sozialdemokratische Jugendbewegung ist also nicht schuld an der verschlechterten Zustände. Redner geht darauf auf die einzelnen Resolutionen ein. Besonders wichtig ist die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. Der Abg. Ludolf v. Malzhan, v. Wartenberg und Benzlin (Seiterkeit) hat vom Abg. Arthur Stadthagen gesprochen und schnoddrige Bemerkungen ihm gegenüber gemacht. Herr Ludolf v. Malzhan —

Vizepräsident Dr. Paasche: Bitte nicht die Vornamen der Abgeordneten.

Abg. Dr. Frank (fortfahrend): Dann kann also ein adiger Abgeordneter etwas sagen, was ein Bürgerlicher nicht darf. Freiheitsliebend wie die Rede des Herrn v. Malzhan, ritterlich war sie aber nicht. Die unangenehme Schlussfolgerung im Falle der Fürstin Wrede beruht darauf, daß sie Geld hatte, sich ein Privatgutachten zu verschaffen. Was würde einem armen Menschen geschehen, wenn er einen solchen Silberbesitz verlor, und nun einen Arzt verlangte, weil er krank sei. Da sieht das Volk eine Zurücksetzung und eine Unterwürdigkeit in der Rechtsprechung.

Abg. Schirmer (Zentr.): Schuld an der Klassenjustiz ist meines Erachtens sowohl die Regierung, als auch die Gesetzgebung. Menschen erster und zweiter Klasse werden schon durch die Wahlrechte kontrastiert. Das Koalitionsrecht der Arbeiter muß weiter ausgebaut werden. Die Arbeiter werden sehr schroff beurteilt. In Schlesien wurde ein Arbeiter wegen einer harmlosen Bemerkung dem Kollegen gegenüber zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, und das nur, weil der Schuldige gesagt hat: Wir werden uns in der Veranlassung noch mit Ihnen beschäftigen. Ähnliche scharfe Urteile sind auch aus anderen Gegenden zu berichten, die auf der Auslegung des Koalitionsrechts beruhen und wegen Berufs-Erklärungen und Scheitpostenlebens gefällt worden sind. Koalitionsfreiheit — nicht Koalitionszwang — sollte erreicht werden.

Abg. Dr. Müller-Meinings (Frs. Vp.): Wir stehen unter einer Resolutionsflut. Da sollte man ein interparteiliches Abkommen treffen, um dieser ulerlosen Resolutionsflut zu begegnen. In der Errichtung von Sondergerichten sollte man vorichtig sein, sonst erwacht man schließlich in einer fürchterlichen Materiummung. Jetzt wünscht man Bureaugehilfen, Landarbeiter, Gefinde, Patienten, Autoren- und zwar literarischer, musikalischer, photographischer, künstlerischer, Frauengerichte usw. Wo soll das hin führen? Der Strafvollzug muß reformiert werden. Scham- und Bohnröte muß aufsteigen, wenn man von der Behandlung von Frauen im Gefängnis hört. Der Resolution auf Errichtung einer Straffolle in Neupommern stimmen wir nicht zu. Da ist in der Rineburger Seide oder auch in unterm Kommen noch Arbeit genug zu tun. Die Verurteilung von Kindern ist viel zu scharf. Da wurde ein Knabe, der beim Indianerpiel einem andern eine Kindertrumpete stahl, wegen Straßenraubes zu einer schweren Gefängnisstrafe verurteilt. Das sind doch weiter nichts als Raubhundenfrevler. (Sehr gut!) Das Vorstrafenregister

sollte nach gewisser Frist gelöscht werden. Von ungeheurer Bedeutung für die betroffene Person ist die Wenderung in der Fassung später legitimierter vordelich geborener Kinder. Wird ein solches Kind eine Stunde nach der Eheschließung geboren, so ist es etwas ganz anderes, als wenn es eine Stunde vor der Eheschließung geboren würde, dann „läuft ihm diese Geburt Zeit seines Lebens nach“. (Große Seiterkeit.) Ich bin ein ausgesprochener Feind des künstlichen Potentums, auch der Rechtfertigung aus „Sittlichkeitsgründen“, durch die sogar Denkmäler aus „Sittlichkeitsgründen“ verfertigt worden sind und das Baden der Jugend in Brausebädern verboten wurde. Zur Gehung der Sittlichkeit sollte die Regierung viel mehr für die körperliche Ausbildung tun. Der Antrag hierzu im preussischen Abgeordnetenhaus ist erfreulich. Bedauerlich ist die neuerdings aufgetauchte Auffassung des Janders von Modernisten. Der Geist im preussischen Landtag in dieser Beziehung war wenig erfreulich! Ob Stadt, ob Hofe, „Schwarz“ ist der „Kopff“ bis in die Wölle! (Schallende Seiterkeit.) Unsere kaiserlichen Kultusminister können wir getrost mit dem preussischen austauschen. (Seiterkeit.) Beide sind gleichen Grades. Auf dem Gebiete der Kulturpolitik gibt es keinen Geist und kein Kompromiß für uns. Die Diktatoren leisten dem Zentrum nur Vorhandenleistungen. (Ahl im Zentrum.) Diese tierischen Raute, die Sie von sich geben, bin ich aus Bayern gewöhnt. Diese Kulturpolitik, wie sie jetzt betrieben wird, werden wir stets bekämpfen. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Malzhan (konsf.) bedauert, daß er den Abg. Stadthagen mit Vornamen genannt habe, eine Beleidigung habe er nicht geplant. Unrichtig sei es, daß das landesgerichtliche Urteil gegen Herrn Stadthagen im „Vorwärts“ gestanden habe, da sei nur eine von Stadthagen verfasste Darstellung erschienen, die nicht mit dem Urteil übereinstimme. Stadthagen sei wegen Verschleierung und Gehörlosüberzeugung (Hört, hört!) aus dem Anwaltsstande entfernt worden. Solcher Mann sei nicht berufen, den deutschen Richtern ihre Moral zu predigen. (Bravo! recht, lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Berner (Deutsch. Reformp.) bepricht den Fall der Fürstin Wrede. Aus dem Falle des Hauptmanns von Köpenick habe man leider noch nicht die Lehren gezogen.

Abg. Göring (Ztr.) wünscht weitere Einschränkung der Gefängnisarbeit, durch die dem Handwerker schwerer Konkurrenz gemacht werde. Dazu sei die Beilegung des Maschinenbetriebes in den Gefängniswerkstätten notwendig, zumal die Gefangenen doch den Wert der persönlichen Arbeit kennen lernen sollen.

Abg. Stadthagen (Soz.) mit großer Unruhe empfangen: Herr v. Malzhan sollte entweder das von ihm Gesagte zurücknehmen oder betonen, daß er das Wahre vom Unwahren nicht zu unterscheiden vermag. Die Reichstagsakten enthalten das gesamte Material in meiner Sache vor dem Obergerichtshof. Der ganze Reichstag, einschließlich der Konservative, hat damals seine Verantwortung über das Vorgehen des Obergerichtshofes angebetet. In dem Vorwärtsartikel sind alle einzelnen Punkte des Urteils veröffentlicht worden. Eine Verschleierung eines Rechtsverhältnisses ist niemals Gegenstand der Anklage gewesen, wenn auch der Obergerichtshof dies für die Aufklärung als richtig angesehen habe. Ebenso ist eine Gehörlosüberhebung nicht in der Anklage mit vorgehalten. Ein Vorgehen der Staatsanwaltschaft ist nicht erfolgt, trotzdem durch Reichstagsbeschluss die Erlaubnis zur Strafverfolgung gegen mich erteilt worden ist. Der Abg. v. Malzhan hat die Unwahrheit gesagt, wenn er sagt, das Erkenntnis sei nicht veröffentlicht. Jemand, der nicht lüdenlos so etwas verbreitet, ist ein ganz gemeiner Verläumder.

Vizepräsident Kämpf: Haben Sie damit Herrn Abg. v. Malzhan gemeint?

Abg. Stadthagen: Das überlasse ich dem Urteile des Hauses.

Vizepräsident Kämpf: Nein, das überlasse ich meinem Urteil und rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Frhr. v. Malzhan (konsf.): Ich habe nicht behauptet, daß Herr Stadthagen eine kriminell strafbare Handlung begangen hat. Ich habe nur gesagt, daß er die Hauptsache nicht gesagt hat; ich halte meine Ausführungen in allen Punkten aufrecht und nehme kein Wort davon zurück. Seine eigenen Standesgenossen haben ihn in erster Instanz mit einer Geldstrafe von 2000 M. und einem Verweis bestraft.

Darauf teilt Vizepräsident Kämpf mit, daß ein Vertagungsantrag vorliege. Sämtliche Parteien ziehen jedoch angesichts der persönlich zugefügten Debatte ihre Unterschriften zurück. Die Debatte wird fortgesetzt.

Abg. Stadthagen (Soz.) bleibt dabei, daß eine Anklage wegen dieser Punkte nicht erhoben sei, die Behauptung des Abgeordneten v. Malzhan tiefe also mit der Wahrheit in Widerspruch. Das Urteil darüber überlasse er dem Hause.

Abg. Frhr. v. Malzhan (konsf.) verliest darauf das umfangreiche Urteil des Obergerichtshofes, durch das der Abgeordnete Stadthagen aus dem Rechtsanwaltsstande ausgeschlossen wurde. Auf Grund dieses Urteils überläßt er die Angelegenheit dem Urteile des Hauses.

Abg. Stadthagen: Wäre das Urteil richtig, so hätte Anklage gegen mich erhoben werden müssen.

Darauf tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Dritte Lesung des Telephongesetzes, Schedegesetz, Fortsetzung des Justizetats.

Schluss 7/4 Uhr.

## Handelsteil.

### Vom Wertpapier-, Waren- und Geldmarkt.

Südafrikanische Goldminen. An der Londoner Börse verlautete gestern, daß das Projekt, gelegentlich der Schaffung eines neuen Gesetzes für den Transvaal die Besteuerung der Minen, die sogen. Goldsteuern, zu erhöhen, fallen gelassen worden sei.

Königs- und Laurabütte. In der gestrigen Aufsichtsrats-sitzung wurde über das Ergebnis des ersten Halbjahres des laufenden Geschäftsjahres mitgeteilt, daß für diese Zeit der Gewinn des Wertes, abzüglich sämtlicher Verwaltungskosten und Zinsen, 3895 094 M. betrug. Die Sütten seien mit reichlicher U-b-e-i-t bis über den Schluss des Geschäftsjahres hinaus vertrieben.

Das Kohlengeschäft sei flott und verprüge nicht geringere Ergebnisse als bisher.

Zum Rückgang des Kupferpreises. Auf den Hochstand, den der Kupferpreis in der ersten Hälfte des Monats März (ca. 110 Pf. pro Tonne in London) innegehabt hatte, ist im Oktober, als die Stürme über das Wirtschaftsleben in der Union zogen, ein Rückgang bis 66 1/2 Pf. erfolgt. Mit der Verbilligung, die dann in den nächsten Monaten in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen der Vereinigten Staaten eintrat, erfolgte auch am Kupfermarkt eine leichte Erholung, die Mitte Januar des laufenden Jahres das Preisniveau wieder auf 64 Pf. hob. Seitdem bröckelte der Kupferpreis aber wieder ab, und im laufenden Monat hat der Rückgang neuerdings größere Dimensionen angenommen. Ein noch weiterer empfindlicher Rückschlag des Kupferpreises ist insofern nicht wahrscheinlich, als die Produktionskosten aus der besten amerikanischen Minen von dem gegenwärtigen Preisniveau nicht mehr sehr verschieden sind.

Zu den Jahresabschlüssen der Berliner Großbanken. Als zweite in der Zeitsfolge erscheint von den Berliner Großbanken die Berliner Handelsgesellschaft mit ihrem Abschluss auf dem Plan. Derselbe läßt erkennen, daß auch dieses Institut von den Unbilden des Jahres 1907 nicht verschont geblieben ist. Der Nettogewinn beträgt 10,9 Mill. Mark gegen 12,3 Mill. Mark gegen 1. B.; der Minusgewinn resultiert aus bei dieser Bank aus dem erheblichen Ertragsrückgang des Wertpapierportfolios (um 1,4 Mill. Mark). Trotz des Rückganges des Nettogewinnes sollen aber wieder 9 Proz. Dividende wie für 1906 und 1905 vorgeschlagen werden. Die Liquidität der Bank ist eine befriedigende.

Charakter des deutschen Wirtschaftsjahres 1907. Ueber den Charakter des deutschen Wirtschaftsjahres 1907 finden wir in dem vor kurzer Zeit erschienenen Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie u. a. folgende bemerkenswerte Ausführungen: Wenn jeder schnelle wirtschaftliche Aufschwung und namentlich jede schnelle Durchführung sozialpolitischer technischer Veränderungen mit einer gewissen Notwendigkeit bis an einen Punkt heranzuführt, auf dem die hohen Anforderungen an den Geldmarkt und die damit verbundene Geldverknäuerung drückend empfunden werden, so wurde im Berichtsjahre dieses Moment durch ein zweites in ganz außerordentlichem Maße verfräht: Durch die preisvernieuernden Wirkungen der Kartelle und Syndikate. Während in gewöhnlichen Zeiten der Dinge eine Geldverknäuerung geeignet ist, und dementsprechend jede Geldverknäuerung für einen Teil der drückenden Wirkungen, die von ihr ausgehen, ein Korrektiv in sich trägt, zeigte sich im Berichtsjahre, daß die in festgelegten Verbänden angeschlossene wirtschaftliche Macht vielfach stark genug war, diesem Korrektiv entgegenzuwirken und also teures Geld und hohe Warenpreise nebeneinander in voller Macht bestehen zu lassen. Da diese Gegenwirkungen sich nicht gleichmäßig über das ganze Wirtschaftsleben erstreckten, sondern nur da in Erscheinung traten, wo die Organisation und die Macht der wirtschaftlichen Verbände stark genug war, sie zu erzwingen, so gerieten eine Reihe von Erwerbszweigen in die schwierigere Lage, daß bei ihren Fabrikaten sich bereits preismindernde Einflüsse geltend machten, während ihnen die synthetisierten Rohprodukte nur zu fortgesetzt teuren Preisen geliefert wurden; eine Spannung, die frühere Perioden des Wirtschaftslebens entweder garnicht oder doch nicht annähernd in diesem Maße gekannt haben. Zu diesen Momenten, die schon an und für sich auf dem deutschen Geldmarkt einen Druck herbeiführten, trat noch die amerikanische Geldkrise als erhebliche Verschärfung. Diese drei Momente haben zusammen gewirkt, um in dem abgelaufenen Berichtsjahre noch mehr als sonst das wirtschaftliche Interesse vor allen Seiten her auf den Geldmarkt zu konzentrieren und diesem ein Gepräge zu geben, wie er es seit Menschengedenken nicht gesehen hat. (Schluss folgt.)

Zur Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten. Seine Eindrücke, die ein deutscher Großindustrieller, der kürzlich aus den Vereinigten Staaten zurückkehrte, wofolst er sich zum Studium der derzeitigen Wirtschaftsverhältnisse einige Zeit aufgehalten hatte, dort empfing, fasste er dahin zusammen, daß auf ein gutes Geschäft in den Vereinigten Staaten vorerst und auch wohl in der ganzen ersten Jahreshälfte 1908 nicht zu rechnen sein dürfte. Eine durchgreifende Besserung dürfte vielmehr erst das zweite Semester bringen, und besonders, wenn es feststeht, welche Kandidaten für die Präsidentenwahl in Aussicht zu nehmen sind. Bis dahin dürfte der Zustand, der sich schon jetzt in sehr minutiösen Grenzen wahrnehmen läßt, andauern, nämlich ein allmähliches Er-wachen des realen Konjunks. Zu Hilfe kommt dabei dem Gesamtwirtschaftsleben in der Union der reiche Weiten der Vereinigten Staaten, der unter den krisenhaften Vorgängen in den letzten Monaten 1907 nicht im entferntesten in solche Mitleidenschaft gezogen war, wie der Osten.

Neue russische Anleihe. Aus Paris wird gemeldet, daß die Commission der neuen russischen Anleihe auf September d. J. verschoben ist. Die Anleihe dürfte mindestens 500 Mill. Franks betragen.

Berlin, 21. Febr. Börse heute in fester Haltung.

### Neueste Schlusskurse:

	20. Febr.	21. Febr.
Disconto	174,50	174,62
Deutsche Handels	236,25	237,40
Bochum	158,25	158,25
Laura	197,75	197,75
Harpen	212	212,75
Gelsen	184	185
Kanada	142,25	142,25
Rafet	117,50	116,62
Lloyd	105,50	105
4% Russen	81,50	81,50
Nordd. Woll	132	131,25
London	ruhig	fest.



# Danckwardt's Kaffeehaus, Oldenburg.

Kaffee-Großrösterei mit elektrischem Betrieb und großes Lager in Hoch-Kaffee.  
Täglich frische Röstung in allen Preislagen von 80 Pfg. bis zu 2 Mk. à Pfund.

Telephon 177.

Paul Danckwardt, Hoflieferant.

Telephon 177.



## Ballschuhe

In modernen Ausführungen,  
Lack, Chevreau, Gold, Bronze usw.  
Größtes Spezial-Geschäft am Plage.

## Rössers Schuhhaus,

Ritterstr. 1.



Erhielt heute einen Transport  
junger Ostfries. bester  
1- u. 2-jähriger Pferde  
darunter auch beste Zuchtpferde;  
dieselben werden unter voller Garantie verkauft.

Joh. Detjengerdes,  
Sophienstraße am Pferdemarktplaz.

**Oldenburger Konzert-Haus.**  
Neues Programm! Neues Programm!  
Jeden Abend Auftreten erstklassigen  
Künstlerpersonals.

Anfangs abends 8 Uhr.  
Hierzu werden alle Freunde und Gönner höflich eingeladen.  
Entrée frei.

Kaffede. Das von meinem verstorbenen Manne, Zimmermeister  
Friedr. Meyer, in Kaffede gestiftete Geschäft.

**Zimmerei u. Holzhandlung,**  
wird von mir unter Leitung meines Sohnes Carl in unüberänderter  
Weise fortgeführt.

**Friedr. Meyer Ww.**  
Erhielt heute wieder  
einen großen Transport  
junger hiesiger, ostfriesischer  
und dänischer



Sämtliche Pferde werden mit voller Garantie verkauft und  
auch auf Zahlungsfrist.

**Bamberger & Wiechmann,**  
Jägerstr. 3 (beim Ziegelhof). Fernspr. 218.

**Westerburg.**  
Am Sonntag, den 1. März 08:

**Abtanzball.**  
Nächster:  
**Ball**  
für Erwachsene.

Es laden freundlichst ein  
Joh. Evers, Tanzlehrer.  
G. Heuns.

Solmar. Verkauf von  
**8 Stuten**  
(4 tragend, 4 gült) nach Wahl.  
Georg Onken.

**Schmiede**  
zu kaufen oder pachten gesucht.  
Offerten unter N. B. 101 post-  
lagernd Berne.

Radorff II. Zu verp. zwei  
trächt. Ziegen und 2 Kaffee-  
hühner (Orpington).  
Billig. Gehen bei H. Danneboom.

Kaffede. Zu verkaufen ein  
Kuhkalb und eine trächt. Ziege.  
Aug. Niebuhr.

Billig zu verp. **Fliesen-Boh-**  
Schleibeweg 1.  
Wegen elektrischer Anlage billig  
zu verkaufen:

1 Zuggaslampe und  
2 Bronze-Gaslyren.  
Paul Danckwardt.

**Gefunden.**  
Schwarzer Jagdhund zuge-  
laufen. Hermannstr. 31.  
Gefunden in Wiefendorf eine  
Fahrradlaterna.

**D. Heilmeyer, Metzlerhof**  
Gefunden 1 Portemonnaie  
m. etwas Kleingeld und 1 Los.  
Staufstraße 17.

**Verloren.**  
Verloren ein Keramik Göt-  
terbild nach dem Bahnhof. Geg.  
Belohnung abzugeben.  
H. Nielsen, Schüttingstr.

Beim Wohlfühlgeschäft - Bazar  
des Tierpark-Bereichs am  
Sonntag, den 10. Febr., wurden  
einige Schilffellei gesucht. Ich  
bitte dieselben im Rahmen  
unzulässig.

Aufhand. gel. am Sonntag ein  
Fahrad (Larktopf) bei Polze,  
Geestien. Dem Auskunfts. gute  
Bel. Näh. Wert Polze, Geestien.

Die Dame, die im Café Ringe  
verloren hat, bitte sich bei  
Regenstern (Hilf. Straße mit  
vollem Namen) mitbringen, wird  
gebeten, ihn dort abzugeben.

**Zu verleihen.**  
Geld-Darlehen. 200 Mk. aufw.  
erhält. Verp. j. St. abh. Verp.  
jed. Standes (auch Damen), zu  
4 1/2 % u. monatl. 4 Mk. Rückzahl.,  
prompt u. direkt durch Sig.  
Reubauer, Anticard, Excompte-  
Bureau, Bubapost VII 21,  
Barclaysstraße 6. (Retourer. erb.)

**Anzuleihen gesucht.**  
Beste Kapitalanlage!  
Anzuleihen gesucht 1. Mai  
hiesiger, größtenteils erstklassige  
Stadt- und Landhypotheken:  
35000 Mk., 20000 Mk., 18000 Mk.,  
16000 Mk., 15000 Mk., 12500 Mk.,  
2x 10000 Mk., 9000 Mk., 2x  
8000 Mk., 2x 7500 Mk., 7000 Mk.,  
2x 6000 Mk., 8x 5000 Mk.,  
4500 Mk., 4500 Mk., 4400 Mk., 3x  
4000 Mk., 3500 Mk., 3400 Mk., 2x  
3000 Mk., 2500 Mk., 2x 2000 Mk.,  
1800 Mk., 1700 Mk., 1500 Mk., 3x  
1000 Mk. u. i. w. - Zinsfuß  
4-4 1/2 %. Prompte Rinszahlung.

**Bernhard Schwarting,**  
bedingter Antiquator,  
Geestien - Oldenburg,  
Gede Hauptstraße - Marienweg.

Anzuleihen am 15. Juli  
3000 Mk. auf 1. Hypothek. Off.  
u. S. 459 an die Exped. d. Bl.

Anzuleihen gesucht 1. Mai  
1908 auf minderbessere Land-  
hypothek 15000 Mk.  
Offerten unter S. 480 an die  
Exped. d. Blattes.

Christ. Handwerker bittet um  
ein Darlehen d. 100 Mk. monatl.  
Rückz. Off. S. 461 Exp. d. Bl.

Anzuleihen gesucht 1. Mai  
d. 3. 3500 Mk. a. G. S. d. 1. d. Stabt  
unter Brandstraße. Off. u. S. 451  
an die Exped. d. Bl.

Kaffede. Auf erste sichere  
Hypotheken luche ich zum 1. Mai  
anzuleihen: 2000, 3000 u. 4000 Mk.  
Reiner luche ich auf sehr gute  
Hypotheken anzuleihen: 2500 und  
4500 Mk.

**G. Oes, Nechmannstr.**  
Anzuleihen genau 3000 Mark  
auf sichere Hypothek. Offert. u.  
S. 475 an die Exped. d. Bl.

Anzuleih. 1500 Mk. auf 5 Jahre.  
Zinsen 6%. Risiko ausgeschlossen.  
Inneb. u. S. 476 an Exp. d. Bl.

**Miet-Gesuche.**  
3. miet. gel. H. Laden. gut. Ge-  
schäftsl. Angebote postl. B. 500.

Gez. 1. April eine geräum.  
Wohnung m. etwas Gartenland.  
Sonnenstr. 25.

Denkter luche zum 1. März  
möbl. Zimmer, am liebsten mit  
voller Pension. Off. unter H. 1  
an die Filiale, Langestr. 20.

Gez. 1. Mai 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8.  
Wohnung in der Stadt. Näher.  
in der Exped. d. Bl.

Gez. unmöbl. Zimmer m. ober-  
ohne Kammer. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8.  
110 Filiale, Langestr. 20.

Zu mieten gesucht e. möbl.  
Zimmer m. Bett i. d. Nähe d.  
alten Kaserne, b. einst. Leuten,  
w. wirtl. Luft haben, e. jg. Mann  
freundl. aufzun. Gef. Off. un-  
t. 82 an Wüttners Ann.-Expd.

**Zu vermieten.**  
Zu verm. zum 1. Mai keine  
Oberwohnung. Geult. 4.  
Zu vermieten Stube u. Kam.  
Kurwiderstr. 39.

Zu verm. eine Unterwohnung  
mit Land. Näh. Hochhebern. 208

Zum 1. Mai d. 36. die  
Unterwohnung im Hause  
Hochhebern Nr. 212,  
besteh. aus 2 Stuben,  
Küche, Kammer, Keller,  
Bodenraum, Stall und  
Gartenland, preiswert zu  
vermieten.

Willy Müller, Antiquator  
H. Kirchenstr. 4a.

Oldenburg. Zu vermieten  
zum 1. Mai eine schöne Woh-  
nung mit Obst- und Gemü-  
seland und 4 Scheffel Land  
beim Hartsteinweg Gut Neu-  
Lette. Schloffer oder Schmie  
bevorzugt, welcher in der Fabrik  
ständig Arbeit hat.

Geiz. Gräber, Nollenstr. 25.  
Logis für j. Mann. Wallstr. 22.

Zu vermieten eine kleine Unter-  
wohnung, passend für 2 Personen.  
Näheres Laborstr. 33.

Nadorff. Zu vermieten eine  
Wohnung mit Land.  
Kreienstr. 61.

Billig zu vermieten schöner  
**Laden mit Kabinett.**  
Wenn gemüthl. 1. Stube bei-  
gegeben werden. Kaufend f. ein-  
z. Dame oder eins. Herrn.  
Näheres Filiale, Langestr. 20.

Zu verm. 1. Mai 1. Ober-  
wohnung, 2 Stuben, 3 Kammern,  
Stall, Balkon, Gas- und Wasser-  
leitung, mit oder ohne Land.  
Bereinsungstr. 3,  
beim Geestien Dolg.

Zu verm. 2. Unterw., St., R.,  
K. u. etwas Gartl. zu Mai.  
Obernburg, Bienenstraße 3.

Gut möbl. Wohn- nebst Schlif-  
f. für 2 Damen o. Herren,  
mit o. ohne Pension. Näheres  
Filiale, Langestr. 20.

M. Zimmer a. v. Kurwiderstr. 13  
Zu v. 1. Mai e. Unterw. mit  
etw. Gartl. Donnerstr. 64. 27

Zu verm. möbl. Stube mit  
Bett. H. Kirchenstraße 10.

Zu verm. hies. 1. Wohnung  
mit ca. 2 Sch.-S. Land zu  
Mai d. 3.

Nadorff. D. G. Diecks.  
Zimmer mit Bett zum 1. März  
oder später zu vermieten.

Näheres Filiale Langestr. 20.

Zu vermiet. zum 1. April oder  
Mai geräumige Unterwohnung,  
7 Räume, Keller u. Bodenraum,  
450 Mk., im Hause Wilschtr. 12a.  
Näheres dabeist. oben.

Zu verm. H. Oberm. m. Land.  
D. Harms, Hochhebernweg.

**Gläth.** An der Haupt-  
geschäftsstraße ist  
hier ein  
**Laden nebst Wohnung**  
zum 1. Mai zu vermieten.

**Kuh- und Modewaren-  
Geschäft**  
ist hier ein günstiger Platz, da  
das einzige jetzt betriebene Ge-  
schäft dieser Branche zu Mai d.  
36. aufgegeben wird.  
Offerten erbitte ich.  
Chr. Schröder, Markt.

Bester möbl. Wohn- u. Schlaf-  
zimmer s. v. 1. April o. Mai.  
Katharinenstr. 1.

Zu verm. a. 1. Mai H. Oberm.  
für einseitt. Veri. Nr. 100 A.  
Katharinenstraße 2.

Wegen Erbverfalls zu vermiet.  
kleine Oberwohnung, St. 2, a. G.  
R. (Wasserl.), Nr. 160 A. a. G.  
ob. 1. Mai. Wilsch. Damm 7, bei  
der Wasserstraße.

**B. d. frdl. Logis, Ebernstr. 12**  
Freundl. Logis, Saarenstr. 4, o.  
Zu verm. a. 1. Mai abgechl. ar-  
Unterwohnung mit Zubeh. Gar-  
tenstr. Näheres dabeist. 25a.

**Zu verm. zum 1. Mai**  
H. Oberwohnung.  
Otto Heilmann,  
Saarenstr. Nr. 2.

Zu verm. zum 1. April ein  
schön möbl. Zimmer m. Kam-  
1 Zimmer mit Bett a. 15. März-  
Mottenstr. 5.

Freundl. Logis, Bergstraße 2.  
Bismitmattstisch für 5 bis 6  
junge Leute. Näheres Filiale,  
Langestraße 20.

**Stellen-Gesuche.**  
Günstige Haushälterin, Ende  
30er, erfahren in allen Hausar-  
und Kochen, luche zum 15. März,  
April od. Mai Stellung b. einer  
Dame od. Herrn hier od. ausm.,  
langj. gute Zeug. Off. unter  
S. 474 an die Exped. d. Nachr.

**Tüchtige holländ. Arbeiter,  
Schmiede- und Zimmer-  
gehilfen**  
sind stets zu haben bei  
F. S. Guntt. 2a, Mühlbureau,  
gegründet 1891,  
Winkelstraße (Holland).

Junger Beamter luche Besch-  
äftigung mit schriftl. Arbeiten.  
Off. u. S. 477 an die Exp. d. Bl.

Empfehle 25 Knechte für Land-  
wirtschaft, 5 Metzler, Großknechte,  
Fahrtleute, Hausrecht, Familie  
fürs Land. Rich. Dieckhoff,  
Bremen, Jakobstr. 18, Stellen-  
vermittlung.

Suche weggangshalber für mein  
zuverlässiges Mädchen  
zum 1. April eine Stelle  
in Oldenburg in gutem Hause.  
Frau A. Fahrens,  
Hobentienchen.

Ein älteres Frä. luche wegen  
Lob ihres Herrn auf sofort oder  
später Stellung als Haushälterin  
oder Pflegerin bei einem alten  
Herrn oder einer Dame. Zeug-  
nisse vorhanden. Offerten un-  
t. E. B. 45 an G. Krüger, Delmen-  
horst, Bismarckstraße.

Häbgr. j. Mädchen luche zum  
1. Mai Stellung a. G. d. Dausb.  
bei Familienanw. Ich. un. Ichl.  
Off. u. A. 472 postl. Oldenburg.

Suche im Anfa. März andere  
Stelle als Müller.  
Georg Karohl. Oldenburg,  
Leichenstr. 13.

Verheirat. unterf. u. solider  
Mann luche auf gleich oder spät.  
dauernde  
Beschäftigung als Arbeiter.  
Off. u. S. 471 a. d. Exp. d. Bl.

Wästerin luche noch wech. Beschäft.  
a. d. Hauje. Bürgerstr. 6.

**Junger Kaufmann**  
luche Stellung in einem Kolonial-  
waren-Geschäft, am liebsten mit  
Gehilfenarbeit verbunden.  
Offerten unter S. 466 an die  
Exped. d. Bl.

Suche 1. Mai für ein Gut  
**ein jung. Mädchen,**  
fam. Stellung, Gehalt 600 Mk.,  
Fran G. m. a. Graf,  
Marktstraße.

**Reisender,**  
30er, Kolonial-Branch, seit neun  
Jahren Großh. Oldenburg, Ost-  
friesland, Prov. Hannover, mit  
Erfolg bereist, luche per 1. April  
a. c. dauernde Stellung.

Offert. unter C. 3633 an Wilsch.  
Scheller, Nonnenen - Expedition,  
Bremen.

**Offene Stellen.**  
**Männliche.**  
Kaffede. Gesucht auf sofort  
**1 Zylindergehele.**  
Fr. Peters.



# 2. Beilage

zu Nr. 52 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Sonnabend, 22. Februar 1908.

## 30. Landtag des Großherzogtums.

9. Sitzung.

Präsident Schröder eröffnet um 10 Uhr die Sitzung. Der Schriftführer, Abg. Falz, verliest das Protokoll, Abg. Voss-Gutin die Eingänge.

Am Regierungstisch sitzen: Minister Willich, Reg.-Rat Calmeyer-Schmedes, Reg.-Rat Wilms, Geh. Ober-Reg.-Rat Scheer. Erster Punkt der Tagesordnung war der Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr.

### Aenderung des Wogelzuggesetzes (2. Lesung).

Abg. Ahlhorn-Osternburg macht darauf aufmerksam, daß der Reichstag sich mit einem Wogelzuggesetz für das deutsche Reich beschäftigt, dahingehend, daß der Dohnenküie im ganzen deutschen Reich verboten werden soll. In der Kommission sei das Gesetz bereits angenommen worden, und er zweifle nicht daran, daß es auch im Reichstag zur Annahme gelangt. Er erhebt die Frage, ob es nicht möglich sei, das Gesetz für das deutsche Reich aufzuheben.

Abg. Dr. Driver erwidert, man sei sich noch nicht sicher, ob das Gesetz wirklich Reichsgesetz werde. Wenn es aber der Fall sei und der Krametzvogel verboten werden sollte, falle unter Gesetz eben fort. Es sei aber kein Grund, es jetzt nicht zu verabschieden.

Das Gesetz wurde in 2. Lesung beschlossen.

### Petition der Dielenschiffer der Gemeinde Berne auf Erlangung eines Sandlagers.

Die Antragsteller, D. Siebje, Dreifelsen, und 22 andere Dielenschiffer, sind durch die Verleerfortsetzung gesädigt worden, indem sie ihren Bedarf an Sand, den sie früher aus dem verfallenen Beseitigungsentwurf entnehmen konnten, jetzt im geregelten Strome nicht mehr vorfinden.

Der Regierungsvorsteher, Geh. Ober-Reg.-Rat Scheer, erklärte, daß nach Befreiung der Sandplaten in der Weise die Vereinfachung von Sandlagerplätzen für einen Teil des Beseitigungsbereichs und besonders für die Dielenschiffer der Gemeinde Berne von großer Bedeutung sei. Die Staatsregierung werde bei den stehenden Verhandlungen mit Bremen über die geplante weitere Verleerung der Unterweier die Interessen der Petenten berücksichtigen und darauf hinwirken, daß dem Sandbedürfnis genügt werde.

Der Verwaltungsausschuß (Berichteratter Abg. Koch) glaubt, daß ein Billigkeitsanspruch der Antragsteller gegen den Staat besteht, die Unzulänglichkeiten, die ihnen die Verleerfortsetzung verursacht hat, nach Möglichkeit zu beseitigen. Da sich noch nicht absehen läßt, wann der neue Vertrag mit Bremen aufkündigen wird, so wird es erforderlich sein, schon vorher Abhilfe zu schaffen. Die Möglichkeit, ohne Anwendung unerschwinglicher Mittel Abhilfe zu schaffen, erscheint dem Ausschusse zu bestehen. Er beantragt daher, der Landtag wolle die Petition der Dielenschiffer der Staatsregierung zur Berücksichtigung übermitteln.

Abg. Wente bittet dringend um Annahme des Antrages; es sei im Interesse der Dielenschiffer sehr notwendig, daß Wandel geschaffen werde.

Der Antrag wird angenommen.

### Die Einführung des direkten Landtagswahlrechts.

1. Gesetz für das Großherzogtum, betr. Aenderung des Staatsgrundgesetzes.
2. Gesetz für das Großherzogtum, betr. die Wahl der Abgeordneten zum Landtage.

Mit der Vorlage der besagten Gesetzentwürfe entspricht die Staatsregierung den wiederholt geäußerten Wünschen des Landtages. Diese traten zuerst im 28. Landtage bei der Beratung des selbständigen Antrages des Abg. Ahlhorn-Osternburg auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts für die Wähler der Abgeordneten zum Landtage hervor. Der Antrag fand damals nur eine knappe Mehrheit. Er wurde in demselben im 29. und 30. Landtage wiederholt und vereinte schließlich die überwiegende Mehrheit der Stimmen auf sich. Zu dem selbständigen Antrage des Abg. Ahlhorn-Osternburg stellte der Abg. Feldhus einen Verbesserungsvorschlag, die Wahlrechte einzuengen, daß die Zahl der zu wählenden Abgeordneten derjeniger der Wahlkreise entsprechen. Auch dieser Antrag wurde im Landtage angenommen.

Der Minister des Innern erklärte in der ersten Versammlung des 30. Landtags, daß die Staatsregierung, die sich anfangs ablehnend verhalten hatte, bereit sei, in eine nähere Prüfung der Frage einzutreten, ob und unter welchen Voraussetzungen sie einer Aenderung des Wahlrechts, durch welche unmittelbare Wahlen eingeführt würden, zustimmen könne. Das Ergebnis dieser Prüfung sind die vorliegenden Gesetzentwürfe. Sie wurden im Ausschusse im allgemeinen mit Genehmigung aufgenommen. Wir haben den Ausschussbericht des Abg. Tanzen leinzeit veröffentlicht u. a. m. und beschränken uns hier auf die Anträge.

### 1. Die Aenderung des Staatsgrundgesetzes.

Artikel 1: Der Landtag besteht aus Abgeordneten, welche durch allgemeine, unmittelbare und geheime Wahl berufen werden.

Die Vorlage lautet weiter: Wählbar zum Abgeordneten ist jeder Deutsche, welcher zur Zeit der Wahl das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Jahren im Großherzogtum seinen Wohnsitz hat.

Ein Teil der Mehrheit des Ausschusses hält es für gerechtfertigt und nützlich, den Frauen mehr als bisher die Möglichkeit zu geben, ihre Kraft in der Öffentlichkeit zu betätigen. Sie hält es aber für richtiger, damit in der Gemeinde den Versuch zu machen, statt in der gesegneten Körperlichkeit. In der Gemeindeverwaltung gibt es weite Gebiete, auf denen die Frau daselbst, zum Teil sogar Besseres als der Mann zu leisten vermag. So das Armenwesen, die Krankenpflege, die Waisenfürsorge usw. Hier hat nach der Ansicht der Mehrheit die Gesetzgebung zunächst einzusetzen zum Zwecke der Erweiterung der politischen Rechte der Frau. Das wird am wirksamsten geschehen können bei einer etwaigen Aenderung der Gemeindeordnung. Für die Verleihung des Wahlrechts zum Landtage an die Frau hält dieser Teil der Mehrheit die Zeit noch nicht für gekommen.

Ein anderer Teil der Mehrheit ist grundsätzlich der Ansicht, daß die Tätigkeit der Frau sich auf das Haus zu beschränken hat und ihre politischen Rechte nicht zu erweitern sind.

Der Minister des Innern erklärte auf eine Anfrage, daß die Staatsregierung der Einführung des Frauenwahlrechts für die Landtagswahlen ein rundes Nein entgegenzusetzen müsse, da eine solche Aenderung ohne jede historische Grundlage im Deutschen Reiche sei.

Die Mehrheit (Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Driver, Falz, Grabe, Hollmann, Koch, Pfeiffer, Rodenbrock, Schwarting, Tanzen, Taphorn, Voss-Pansdorf) stellt den Antrag 3:

Zwischen die Worte „Deutsche“ und „welcher“ werden die Worte „männlichen Geschlechts“ eingefügt. Der Artikel 15 des Entwurfs gibt abweichend von der jetzt geltenden Bestimmung denjenigen, die ohne einen eigenen Verb. bei anderen in Kost und Lohn stehen, das Wahlrecht, und knüpft dieses allgemein an die Bedingung, daß der Wähler seit mindestens drei Jahren seinen Wohnsitz im Großherzogtum gehabt hat. Dagegen ist der Nachweis der Staatsangehörigkeit nicht mehr erforderlich. Die Mehrheit ist mit dieser Bedingung einverstanden. Sie stellt den Antrag 4 auf Annahme.

Die Minderheit hält die Wartezeit von drei Jahren für zu lang. Sie glaubt, daß ein Aufenthalt im Großherzogtum von einem Jahre ausreicht, um die Aneignung der für die Ausübung des Wahlrechts erforderlichen Kenntnis der Verhältnisse zu ermöglichen.

Der Minister des Innern erklärte eine solche Aenderung für unannehmbar und fügte hinzu, daß die Fassung „seit mindestens drei Jahren“ seit mindestens drei Jahren ohne Unterbrechung bedeuten solle.

Die Minderheit (Schulz, Zeidler) beantragt: Artikel 5: Im Artikel 15 werden die Worte „drei Jahren“ durch die Worte „einem Jahre“ ersetzt.

Dieselbe Minderheit hält ferner die Herabsetzung der Wahlmündigkeit von fünf und zwanzig Jahren auf das einundzwanzigste Lebensjahr für erwünscht und gerechtfertigt. Die Staatsregierung erklärte auch diese Aenderung für unannehmbar. Die Minderheit (Schulz, Zeidler) beantragt in Artikel 6 entsprechend.

Nach Artikel 7 wird dann der ganze Artikel angenommen.

Nach dem Entwurfe sollen die wegen eines nach der Volkssacht entzehrten Verbrechen oder Vergehens Verurteilten von der Wahlbarkeit nicht mehr ausgeschlossen werden. Dagegen bleiben diejenigen Personen ausgeschlossen, über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet ist, während der Dauer des Verfahrens. Und ebenso ruht das Wahlrecht derjenigen, welche öffentliche Armenunterstützung erhalten oder innerhalb des letzten der Anordnung der Wahl vorhergegangenen Jahres erhalten und diese zur Zeit des Abschlusses der Wählerliste nicht wieder erlangt haben.

Die Minderheit des Ausschusses hält die Ausschließung von Personen, welche in Konkurs geraten sind oder Armenunterstützung erhalten, nicht für gerechtfertigt.

Die Minderheit (Abg. Schulz und Zeidler) beantragt also die Streichung der Bestimmung in Artikel 8.

Die Mehrheit (Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Driver, Falz, Grabe, Hollmann, Koch, Pfeiffer, Rodenbrock, Schwarting, Tanzen, Taphorn, Voss-Pansdorf) stellt den Antrag 9 auf Annahme des Artikels.

Der Entwurf will die bisherige dreijährige Wahlperiode in eine fünfjährige verwandeln. Die Mehrheit des Ausschusses kann sich in diesem Punkte der Begründung zu der Regierungsvorlage nicht anschließen.

Die Staatsregierung erklärte, an der fünfjährigen Wahlperiode festhalten zu müssen. Dennoch glaubt die Mehrheit des Ausschusses (Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Driver, Grabe, Koch, Pfeiffer, Schulz, Schwarting, Tanzen, Taphorn, Zeidler) die Beibehaltung der dreijährigen Wahlperiode empfehlen zu sollen. Sie beantragt in Artikel 10 entsprechend.

Die Minderheit (Falz, Hollmann, Rodenbrock, Voss-Pansdorf) stimmt der Regierungsvorlage zu und beantragt Annahme der fünfjährigen Periode in Artikel 11.

Darum wird der ganze Entwurf angenommen. (Muss eine Aenderung des Staatsgrundgesetzes zwei Landtage passieren.) Die Petitionen zu dieser Vorlage werden für erledigt erklärt.

### 2. Bei Beratung des eigentlichen Wahlgesezes wurde zunächst die Wahlpflicht erörtert.

Die Staatsregierung hat eine Frage des Ausschusses, ob sie bereit sei, die Frage der Einführung der Wahlpflicht zu prüfen, bejahend beantwortet, dabei aber bemerkt, daß die Beteiligung an den unmittelbaren Wahlen voraussichtlich eine verhältnismäßig starke sein werde, und daß daher ein Bedürfnis für die Einführung der Wahlpflicht nicht vorliege. Auch sei es sehr fraglich, ob nicht die mit der

Wahlpflicht verbundenen Belästigungen und Weiterungen die Vorteile, welche sie bringen könnte, überwiegen würden.

Die Mehrheit des Ausschusses (Falz, Grabe, Hollmann, Koch, Pfeiffer, Schwarting, Tanzen, Voss-Pansdorf) stellt den Antrag 1:

Die Staatsregierung wird ersucht, die Frage der Einführung der Wahlpflicht für die weitere Verordnung des Wahlrechts zu prüfen.

Die Minderheit (Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Driver, Rodenbrock, Schulz, Taphorn, Zeidler) stellt den Antrag 2:

Ablehnung des Antrages der Mehrheit.

Die Vorlage geht davon aus, daß bei der unmittelbaren Wahl die Wahlfreie kleiner werden müssen. Sie begrenzt dieselben deshalb enger, und zwar in der Hauptsache im Anschluß an die staatlichen Verwaltungsbezirke. Die Folge ist, daß die Zahl der Abgeordneten in den einzelnen Wahlkreisen zwischen 1 und 4 schwankt, wie folgt:

Für die Wahl der Abgeordneten werden folgende Wahlkreise gebildet (Zahl der Abgeordneten dahinter): 1. die Stadtgemeinde Oldenburg (3), 2. das Amt Oldenburg (4), 3. das Amt Westerheide (2), 4. das Amt Varel und die Stadt Varel (2), 5. das Amt Zeven und die Stadt Zeven (2), 6. das Amt Nürtingen (4), 7. das Amt Butjadingen (2), 8. das Amt Brake (2), 9. das Amt Elsfleth (1), 10. die Stadtgemeinde Delmenhorst (2), 11. das Amt Delmenhorst (2), 12. das Amt Wildeshöfen (1), 13. das Amt Recha (4), 14. das Amt Cloppenburg (3), 15. das Amt Friesoythe (1), 16. das Fürstentum Lüneburg (4), 17. die Bürgermeistereien Birkenfeld, Niederbrombach und Wölsfelden (2), 18. die Bürgermeistereien Oberstein, Zaar und Herrstein (3), zusammen 44 Abgeordnete.

Die Mehrheit des Ausschusses ist der Ansicht, daß diese Einteilung dringender einer Aenderung bedarf durch die Abgrenzung eines Wahlkreises für jeden einzelnen Abgeordneten.

Die Minderheit glaubt, daß bei einer solchen Aenderung die örtlichen Interessen der Einzelwahlkreise in den Landtagsverhandlungen zu sehr in den Vordergrund würden geloben werden.

Eine andere Minderheit hält die jetzige Aenderung für gerecht und möchte sie nicht ohne Not preisgeben.

Die Staatsregierung hat auf die an sie gerichteten Fragen die folgenden Erklärungen abgegeben:

1. Bezüglich der Einrichtung von Einzelwahlkreisen: „Die Staatsregierung trägt aus den in der Vorlage angegebenen Gründen Bedenken, der Einrichtung von Einzelwahlkreisen zuzustimmen. Dagegen ist sie bereit, zu prüfen, ob sich eine Teilung der Wahlkreise, in denen nach der Vorlage vier Abgeordnete zu wählen sein würden, empfiehlt.“

2. Ueber die Einführung der Verhältniswahl: „Bei den in der Vorlage abgegrenzten Wahlkreisen, in denen höchstens vier Abgeordnete zu wählen sind, würden die Vorzüge der Verhältniswahl nicht zur Geltung kommen. Die Staatsregierung hält die Einführung dieser Wahlart nicht für zweckmäßig.“

3. Hinsichtlich der Zahl der zu wählenden Abgeordneten: „Auf die Festlegung einer bestimmten Zahl der in jedem Wahlkreise zu wählenden Abgeordneten durch das Gesetz kann die Staatsregierung aus den in der Vorlage angegebenen Gründen nicht verzichten.“

Die Mehrheit (Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Falz, Grabe, Hollmann, Koch, Pfeiffer, Rodenbrock, Schulz, Schwarting, Voss-Pansdorf, Zeidler) stellt den Antrag 3:

Die Staatsregierung wird ersucht, den Gesetzentwurf dahin zu ändern, daß jeder Abgeordnete in einem besonderen Wahlkreise gewählt wird.

Die Minderheit (Driver, Taphorn, Tanzen) beantragt den Antrag 4: Ablehnung des Antrages 3 der Mehrheit.

Im Falle der Annahme des Antrages 4 stellt eine zweite Minderheit (Falz, Grabe, Koch, Schulz, Tanzen, Zeidler) den Antrag 5:

Die Staatsregierung wird ersucht, in den Gesetzentwurf Bestimmungen aufzunehmen, nach welchen in Wahlkreisen, in denen mehr als ein Abgeordneter zu wählen ist, die Wahl nach den Grundätzen der Verhältniswahl vorzunehmen ist.

Eine zweite Mehrheit (Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Driver, Hollmann, Pfeiffer, Rodenbrock, Schwarting, Taphorn, Voss-Pansdorf) beantragt Artikel 6: Ablehnung des Antrages 5 der Minderheit.

Im Falle der Annahme des Antrages 4 stellt ferner eine dritte Minderheit (Schulz, Tanzen, Zeidler) den Antrag 7:

Die Staatsregierung wird ersucht, den Gesetzentwurf dahin zu ändern, daß für die Berechnung der Einwohnerzahl, aus der sich die Zahl der zu wählenden Abgeordneten ergibt, die der Wahl vorhergehende Volkszählung maßgebend ist.

Eine dritte Mehrheit (Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Driver, Falz, Grabe, Hollmann, Koch, Pfeiffer, Rodenbrock, Schwarting, Taphorn, Voss-Pansdorf) beantragt Artikel 8: Ablehnung des Antrages 7 der Minderheit.

Im Falle der Annahme des Antrages 3 beantragt eine Mehrheit (Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Driver, Falz, Grabe, Hollmann, Koch, Pfeiffer, Rodenbrock, Schwarting, Tanzen, Taphorn, Voss-Pansdorf) Artikel 9:

Die Staatsregierung wird ersucht, in den Gesetzentwurf eine Bestimmung aufzunehmen, nach welcher in Zwischenräumen von 20 Jahren die Notwendigkeit der Neueinteilung der Wahlkreise nach Maßgabe der inzwischen eingetretenen Aenderung der Bevölkerungsziffer zu prüfen ist.

Eine Minderheit (Schulz, Zeidler) stellt den Antrag 10:

Die Staatsregierung wird ersucht, in den Gesetzentwurf eine Bestimmung aufzunehmen, nach welcher alle 20 Jahre die Einteilung der Wahlkreise durch Gesetz neu zu regeln ist.

Die Petitionen werden für erledigt erklärt.

Die Debatte.

Abg. Langen führt aus, über die Richt- und Schattenseiten des direkten Wahlrechts sei schon soviel geschrieben und gesprochen worden, daß er sich wohl sparen könne, hierauf einzugehen. Er wolle es aber nicht unterlassen, zum Ausdruck zu bringen, daß die Einbringung der Vorlage im vorigen Herbst in den weitesten Kreisen des Landes Verwirrung herbeigeführt habe. Das gute Vertrauen, das das Staatsministerium dadurch zu dem gesunden Sinn der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht habe, habe wohlwiegend berührt, um so mehr, wenn man die Stellungnahme anderer Regierungen, zur Zeit Preußens, in dieser Frage in Rücksicht ziehe. Es habe viel Mut und Mäßigkeit dazu gehört, unter solchen Verhältnissen in benachbarten Staaten die Vorlage einzubringen. Das wird nie vergessen bleiben! Wenn die Vorlage Gesetz werden sollte, was ich glaube, wird es mit Recht heißen: „Oldenburg in Deutschland voran!“ Sie werden aus dem Ausdrucksbericht ersehen haben, daß einige Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht sind, die jedoch bei einigem guten Willen nicht in der Lage sein werden, die Vorlage zu gefährden. Der Redner bezieht sich im übrigen auf den Bericht.

Abg. Aylhorn-Osternburg kann sich den Ausführungen nur anschließen. Er ist hochinteressiert gewesen, als die Vorlage von der Regierung an den Landtag gebracht worden ist. Er hat kaum zu hoffen gewagt, daß die Regierung dem von ihm wiederholt gestellten Anträge in weitestgehender Weise entsprechen werde. Sie ehre nicht nur die Regierung, sondern das ganze oldenburgische Volk. Oldenburg mag ja oft von sich reden, aber in der Gesetzgebung beweise es wieder einmal, daß es allen Staaten voran sei. Bei Besprechung seines Antrages habe er wiederholt Gelegenheit genommen, auf die Gründe, die für das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht sprechen, hinzuweisen, er wolle sich heute deshalb darauf beschränken, einige Bedenken der Bestimmtheit zu zerstreuen. Die Trägheit und grenzenlose Gleichgültigkeit der Wähler gegenüber der Ausübung ihrer Wahlpflicht sei nicht der einzige Grund für die geringe Wahlbeteiligung gewesen; das habe vielmehr an dem Wahlsystem gelegen. Auch in anderen Staaten habe man die Erfahrung gemacht, daß die Verringerung des Wahlsystems einen großen Einfluß auf die Wahlbeteiligung ausgeübt habe. In Sachsen sei die Wahlbeteiligung bei Verringerung des Wahlsystems in fortschrittlicher Hinsicht von 35 auf 50 Prozent gestiegen, als man das Gesetz aber in reaktionärer Weise geändert habe, sei die Beteiligung wieder auf 29 Prozent zurückgegangen. In Bayern habe die Wahlbeteiligung auf dem alten Wahlsystem 39, ja 29 Prozent betragen, jetzt weise dagegen Bayern die größte Wahlbeteiligung auf. In Württemberg habe man bei Verringerung des Wahlsystems ebenfalls einen bedeutenden Zuwachs zu verzeichnen gehabt, und zwar betrage die Wahlbeteiligung dort ohne Wahlzwang über 80, in einigen Bezirken sogar 96 Prozent. Preußen dagegen mit seinem rückständigsten aller Wahlsysteme habe die schwächste Wahlbeteiligung, sie schwänze zwischen 18 und 40 Prozent; in einigen hundert Wahlbezirken sei sie überhaupt so schwach gewesen, daß eine Wahl unterbleiben mußte. Die Praxis beweise, daß gerade die direkte Wahl eine höhere Wahlbeteiligung hervorruft. Es werde zwar nicht gelingen, alle Wahlberechtigten an die Wahlurne zu bringen; in erster Linie müßten ja die Kranken ausgeschaltet werden; dann die sog. Vergesslichen, die an alles andere denken als an die Wahl. Eigentlich seien das ja glückliche Menschen (Geisterfrei), aber schlechte Staatsbürger. Andere seien zu bequem, ihnen sei das Weiter entweder zu oder zu schlecht, oder noch andere führten als Entschuldigungsgrund an: ich habe ein Weib genommen. Es gäbe außerdem auch noch solche, die es nicht als zum guten Ton gehörend betrachteten, mit jedermann an der Wahlurne zu erscheinen. Für alle diese sei es gut, wenn ein gewisser Zwang ausgeübt werde, damit ihnen eingeprägt werde, daß man neben Rechten auch Pflichten habe. Unter denen, die der Wahlurne fernblieben, habe man die größten Stänker, die über alles räsonnierten und in Wut gerieten, wenn der Steuerzettel komme. Aber die Verhältnisse bessern wollten sie nicht. Sie hielten es nicht für nötig, ihre moralische Pflicht dem Staat und Volk gegenüber zu erfüllen. Die Gegner der Neuregelung fragten, weshalb man das Wahlsystem denn eigentlich ändern wolle, es sei doch bisher ganz gut gegangen. Dem sei entgegengehalten, daß das bisherige Wahlrecht ein verkümmertes und verärmtes Wahlrecht sei. Und weil es das sei, könne bei der indirekten Wahl nie die Rede sein von einer Wahlpflicht. Bei der indirekten Wahl bedeute der Wahlzwang einen brutalen Eingriff in die Willensfreiheit des einzelnen Wählers. Die Gegner des direkten Wahlrechts wendeten ferner ein, durch das neue Wahlverfahren werde die Sozialdemokratie im Landtag zur Herrschaft gelangen. Das sei eine törichte, kindische Angst. Er hat das feste Vertrauen zu dem oldenburgischen Volk, daß es den gefunden Sinn für die eigene Heimat nach lange Zeit bewahren wird; und so lange werde die Sozialdemokratie bei uns im Landtage nicht zur Herrschaft gelangen. (Abg. Schulz: Das wollen wir hoffen!) Geben Sie sich nur keinen Hoffnungen hin. (Abg. Schulz: Ueberlassen wir das doch getroßt der Zukunft! Abg. S. u. g.: Wir dürfen doch auch noch hoffen!) Durch das indirekte Wahlsystem kann man die Sozialdemokratie auch nicht zurückhalten. Auf Grund des alten Wahlrechtsverfahrens könne sie ebenogut zuzunehmen, wie bei der direkten Wahl. Wenn die Sozialdemokratie die Mehrheit erlangt, dann verbannt sie das nicht ihren Leistungen und Zielen, sondern der Wahltätigkeit und Gleichgültigkeit, und die verschwinden müssen. Wenn man, wie bisher, nur Rechte, aber keine Pflichten haben will, wenn man selbst nichts tut, aber alles vom Staat verlangt, so ist das eines Staatsbürgers unwürdig. Die Wahlbeteiligung wird aber durch die direkte Wahl unstrittig viel stärker werden. Die Wähler werden selbst die Männer wählen, die von dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen sind. Durch die Annahme des Gegenentwurfs werden wir beweisen, daß der Grundtat: „Gleiches Recht für alle“ bei uns noch auf Wahrheit beruht. Die Gegenentwurf angenommen wird, dann werden die Bürger vieler Bundesstaaten bewundernd ausrufen: „Glückliches Oldenburg.“ Redner freut sich, daß sich der Gegenentwurf an das Reichstagswahlrecht anschließt; dadurch komme zum Ausdruck, daß der Einheitsgedanke, der Reichsgedanke, bei uns Wurzel geschlagen und eine Wohnstätte gefunden hat. Die Regierung habe bisher die Gepflogenheit gehabt, sich an Preußen anzuschließen; Redner freut sich, daß sie das in

diesem Falle nicht getan hat. Sie habe es auch nicht gemacht, da wir Preußen bereits voraus gewesen seien. Man soll sich nun des Vertrauens, das die Regierung in das oldenburgische Volk setze, würdig erweisen und den Dank dadurch absetzen, daß man sich an der Wahl reger beteilige. Man solle sich frei halten von den extremen politischen Bestrebungen und solche Männer ins Parlament wählen, die den guten Willen hätten, nach bestem Können mitzuarbeiten an der Wohlfahrt des Landes.

Minister Willisch ist mit dem Abg. Langen darin einer Meinung, daß es heute nicht mehr nötig ist, die allgemeinen Vor- und Nachteile des neuen Wahlverfahrens zu erörtern, da sie schon mehrfach zur Sprache gebracht worden seien. Er wolle aber doch den allgemeinen Standpunkt der Regierung, die Tendenz der Vorlage noch kurz skizzieren. Zunächst wolle er darauf aufmerksam machen, daß die heutige Beschlußfassung eine endgültige ist. Die Vorlage müßte allerdings noch vor den nächsten zu wählenden Landtag gebracht werden, aber endgültig sei die Beschlußfassung insofern, als der neue Landtag ganz denselben Beschluß fassen müsse, er dürfe nicht von dem jetzigen abweichen. Wenn die Staatsregierung die Vorlage vorgelegt hat, so müßte sie daran die Hoffnung und Erwartung, daß die Wähler bei der direkten Wahl von dem Wahlrecht regen Gebrauch machen, daß die Wahlbeteiligung eine sehr lebhaft werden wird. Die Regierung hat jedoch nicht verfehlt, in der Vorlage auf die Nachteile, die das direkte Wahlrecht mit sich bringen wird, hinzuweisen. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Wähler in direkte Beziehungen zu dem Gewählten und der Gewählte in ein direktes Verhältnis zu den Wählern tritt. Die Folge davon wird eine lebhaftere Wahlbewegung sein. Ich brauche kaum die unangenehmen Begleiterscheinungen einer lebhaften Wahlbeteiligung hervorzuheben. Da ist in erster Linie die Beeinträchtigung der Wähler durch Agitatoren, die vielfachen Entstellungen, die persönlichen Anspannungen, die oft zu persönlicher Gefäßigkeit führen. Jeder muß zugeben, daß das unerfreuliche Begleiterscheinungen sind, die auch bei uns schwerlich ausbleiben werden. Wenn die Regierung doch dem Wunsch entspreche und eine Vorlage betr. die direkte Wahl gemacht hat, so konnte das nur geschehen, wenn die Gesetzesvorlage Bestimmungen enthielt, die den unangünstigen Folgen entgegenzuwirken und sie auf ein möglichst geringes Maß herabzudrücken geeignet sind. Es ist davon abgesehen, dem Landtage das Vorkaufsrecht vorzuschlagen, weil man damit noch keine Erfahrungen gemacht hat und die Verhältnisse bei uns zu klein sind, um Erfahrungen damit zu machen. Die Vorschriften, die die unangünstigen Folgen herabsetzen sollen, sind in drei Punkten enthalten. Als erste Forderung ist aufgestellt, daß jeder Wähler längere Zeit im Lande gewohnt haben muß. Zweitens soll die Zahl der Abgeordneten für jeden Wahlkreis durch das Gesetz festgelegt und so verhält werden, daß die Zahl ohne weiteres durch die wachsende Einwohnerzahl sich erhöht. Mit Recht ist bei den Erörterungen über die neueren Wahlsysteme hervorgehoben, daß für den Staat neben der Zahl der Bevölkerung auch der Umfang der Fläche von Bedeutung ist. Darans folgt, daß die Einwohnerzahl nicht allein den Maßstab abgeben sollte, nach dem dem einzelnen Wahlbezirk ein Einfluß auf die staatliche Verwaltung und Gesetzgebung eingeräumt wird. Dieser Gesichtspunkt tritt in neuerer Zeit stärker hervor, jemehr die Freigültigkeit und die Industrie manchmal das rasche Anwachsen der Bevölkerung an einzelnen Orten mit sich bringt. Der alleinige Einfluß der Einwohnerzahl ist dann um so weniger berechtigt, als eine so angewachsene Bevölkerung vorwiegend eine nicht sesshafte, sondern eine wechselnde ist und in demselben Maße ihr Interesse und Verständnis für die Verhältnisse des Wahlbezirks und für das Gesamtwohl des Landes ein geringeres sein muß. Es würde die Gefahr entstehen, daß die Zahl der Abgeordneten, die ein einzelner Bezirk in die Landesvertretung entsendet, allzu groß, d. h. so groß wird, daß sie nicht mehr im richtigen Verhältnis steht zu dem Interesse dieses Bezirks im Vergleich mit den Interessen der übrigen Bezirke und der Gesamtheit des Landes. Die Stetigkeit bei der Wahrnehmung der Landesinteressen fordert, daß die Zahl der Vertreter eines jeden Wahlbezirks für längere Zeiträume Bestand hält, daß eine Verschiebung dieser Zahl nicht mechanisch allein nach der Einwohnerzahl geschieht, daß sie daher der Gesetzgebung vorbehalten ist. Drittens fordert die Regierung, daß die Wahlperioden künftig 5 Jahre lang sein sollen. Im Reich und in Preußen ist die Wahlperiode im Jahre 1888 von drei Jahren auf fünf Jahre ausgedehnt worden, weil die Abagitationen im politischen Leben einen zu breiten Raum einnehmen, und eine längere Dauer der Parlamente die sachliche Behandlung der Geschäfte fördern werde. In Bayern, Sachsen, Württemberg und Hessen werden die Abgeordneten auf 6, in Baden auf 4 Jahre und in England sogar auf 7 Jahre gewählt. Bei allzu langen Wahlperioden geht leicht die notwendige Fröhlichkeit des Abgeordneten mit seinen Wählern verloren, doch sollten in Ländern mit bundesstaatlicher Verfassung die Wahlperioden nicht zu kurz sein, weil in ihnen nicht nur Wahlen für die Reichs-, sondern auch für die einzelnen Landesvertretungen stattfinden, und wenn beide nahe zusammenstreffen, infolge der damit verbundenen Abagitation leicht Wahlmüdigkeit eintritt. Außerdem erleichtern längere Wahlperioden es den Abgeordneten, sich in ihrer immer schwieriger werdende Aufgabe hineinzuarbeiten und ein selbständiges Urteil in allen zur Verhandlung stehenden Angelegenheiten sich zu bilden. Die Staatsregierung hat sich nur unter diesen Voraussetzungen entschließen können, die Vorlage vorzulegen. Sie legt Wert darauf, daß die ganze Vorlage als Ganzes behandelt wird, und sie kann überhaupt die Verantwortung übernehmen, wenn diese Voraussetzungen nicht erfüllt werden. Sie glaubt nicht darauf verzichten zu können, die drei Bestimmungen mit in das Gesetz hineinzubekommen.

Abg. Schulz erwidert dem Abg. Aylhorn, wenn es wahr wäre, daß die Sozialdemokratie bei der indirekten Wahl besser fahren würden, müßten sie ja eigentlich wünschen, daß die direkte Wahl nicht das Richt der Welt erblicke. Er wolle aber sagen, daß er und seine Freunde die direkte Wahl als einen bedeutenden Fortschritt erachteten. Grundbedingung ist die Sozialdemokratie für das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ein, und sie hätten deshalb diesen Punkt als eine ihrer ersten Forderungen auf ihr Programm geschrieben. Wie sie bei der Wendung der Dinge fahren, möge man ruhig abwarten. Er und seine Freunde erkennen es dankbar an, daß die Regierung dem Wunsch des Volkes entsprochen hat, zumal man in Preußen sich zu keinem

Zustandnisse verziehen wolle. Seine Parteigenossen begrüßten es mit großer Freude, daß die Regierung den Kreis der Wahlberechtigten erweitert habe, indem sie die Wahlberechtigung erweitert habe auf die Personen, denen das Wahlrecht nicht zugestanden worden sei, nämlich die Personen, die, ohne einen eigenen Verdienst zu haben, bei andern in Kost und Logis waren. Wenn man auf der einen Seite die Verbesserungen anerkenne, so müsse er auf der anderen Seite andererseits ihrem Abwärtigen darüber Ausdruck geben, daß eine Bestimmung aufgenommen werden solle, die ganz entschieden eine Verschlechterung bedeute, nämlich die Bestimmung, daß eine dreijährige Parteiliste verlangt werde. Bisher sei die Wahlberechtigung an keine Parteiliste gebunden gewesen. Er müsse die Parteiliste entschieden als zu lang bezeichnen, ein Jahr genüge vollständig; in Preußen würden nur 6 Monate verlangt. Es dürfe doch angebracht sein, daß man in diesem einen Punkt nicht gar zu sehr hinter Preußen zurückstehe. Unter dieser Bestimmung haben gerade die unteren Schichten der Bevölkerung zu leiden, die um ihr Auskommen zu finden, von Ort zu Ort ziehen müßten. Mit der fünfjährigen Wahlperiode kann Redner sich nicht befremden, der Einfluß der Wähler auf den Abgeordneten würde dadurch um ein bedeutendes Maß schwinden. Auch mit der Bestimmung, daß die Zahl der Abgeordneten durch das Gesetz festgelegt wird, kann Redner sich nicht befremden. Es würde dem Volksempfinden mehr entsprechen haben, wenn die Zahl der Abgeordneten eine Steigerung erfahre durch das Anwachsen der Bevölkerung. Dann kommt Redner auf das Frauenstimrecht zu sprechen. Man hätte das Reformwerk durch die Vereilebung des Wahlrechts an die Frauen führen sollen. Der Ruf der Frau nach der Vereilebung des Wahlrechts werde nicht mehr vernehmen. Man werde daraufhin die Käufe schütteln, daß man sich hier so gegen das selbstverständliche Recht gestürzt habe. In Bezug auf das Alter, in dem das Wahlrecht erlangen solle, wäre es besser gewesen, wenn man das 21. Jahr statt des 25. Jahres festgelegt hätte. Nach dem bürgerlichen Recht gelte der Mann doch auch mit dem 21. Jahr als majoranz. In einem noch früheren Alter verlange man die Erfüllung der Militärpflicht. Im Dienst des Militärs verlange man von dem jungen Mann im 20. Jahre, daß er nicht nur gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen den inneren Feind, gegen seine Klassengenossen, wie es beim 21. Jahre der Fall ist, kämpfe. Wenn man von dem Staatsbürger verlangt werden soll, kämpfe, worauf er der einen Seite verlange, ein Maß von Verantwortung auf der anderen Seite verlange, so sei es doch bedenklich ein Maß ausgleichender Gerechtigkeit, daß ihm diesen Pflichten gegenüber ein Maß von Rechten eingeräumt werde. Von seinen Freunden sei ein Antrag gestellt worden auf Streichung der Bestimmung, wonach Personen, über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, während der Dauer des Verfahrens, und Personen, welche öffentliche Anwesenheit erhalten oder innerhalb des letzten der Anordnung der Wahl vorhergegangenen Jahres erhalten und diese zur Zeit des Abschlußes der Wählerliste nicht wieder erstattet haben, nicht wahlberechtigt sein sollen. Es sei doch unrichtig, wenn Bürger, die ohne ihre Schuld in Not geraten sind, ohne weiteres als Staatsbürger 2. Klasse degradiert werden. Der Abg. Langen habe in schönen Tönen das Lob der Frau gesungen, leider vermisse man in seinen Ausführungen die notwendige Konsequenz. Heute liegen die Sozialdemokraten die einzigen, von denen die Forderung des Frauenstimmrechts erhoben werde. Die Liberalen seien nicht mehr imstande, selbständig vorzugeben. Es habe eine Zeit gegeben, in der die Bourgeoisie in gerührten Tönen das Frauenstimmrecht gefordert habe. Das sei lange her; das sei der Frühling des Liberalismus gewesen. Heute sei der Herbst gekommen, grauer Novemberregen riesele hernieder. Ein liberales Blatt nach dem anderen falle herab, und nur eine gebornene Säule sei übrig geblieben. (Geisterfrei.) Die Grundlage der Frau sei heute eine andere geworden (Geisterfrei), er wolle sagen: Die Pflichten der Frau hätten sich geändert. Im Deutschen Reich habe man jetzt 8 Mill. erworbensfähige Frauen, die der Gesellschaft und dem Staat ein großes Maß von Pflichten zu erfüllen hätten, aber ihre Rechte würden ihnen verknümmert. Können Sie deshalb der Frau das ihr zukommende Wahlrecht ein. Der Redner hat seine Redezeit überschritten, der Präsident greift deshalb zur Glocke. „Herr Präsident, ich bitte Sie, nicht zu klingeln.“ (Geisterfrei.) Ich hoffe, daß Sie unterem Antrag zustimmen werden, und den Ruf nach politischer Gleichberechtigung der Frau nicht überhören. Sie wird sich ihr Recht erkämpfen, und es, wenn auch noch schwerer Kampf, erreichen. Sie wird den Ruf nach dem ihr zukommenden Recht immer wieder ertönen lassen, und zwar so lange, bis man ihrer berechtigten Forderung entsprochen hat.“

Abgeordneter von Frisen hat seit dem Augenblick, wo der Landtag mit 30 gegen 6 Stimmen den Antrag, die Regierung wolle ein neues Wahlsystem vorlegen, angenommen hat, verfaßt seine Ansicht in Bezug auf das direkte Wahlrecht zu revidieren, es ist ihm aber nicht gelungen. (Abg. S. u. g.: Unverheißlich.) Er frage sich, ob die Zusammenfassung des Landtages eine derartige sei, daß die Interessen des Staats gefährdet würden. Darauf müsse er mit „nein“ antworten, ebenso wenig seien die Interessen der Wähler verletzt. In der Volksvertretung seien alle möglichen Grundfälle vertreten, alle Wünsche könnten dort zum Ausdruck gebracht werden, alle Gruppen wirtschaftlicher und politischer Art seien hier vertreten. Wenn nun alle Interessen ihrer Vertretung gefunden hätten, weshalb wolle man dann das Gesetz ändern? Was gewinne dann der einzelne Wähler? Es würden sich Wahlmitleiden bilden, die dem einzelnen Wähler einen Stimmgeld in die Hand drücken würden. Er würde also einen Kandidaten wählen, der vom Wahlkomitee diktiert worden sei. Die freie Wahl der Kandidaten höre damit wieder auf.

Abg. Teus gehört zur Minorität. Er glaubt, daß die Sozialdemokraten alle vier Wahlkreise im Fürstentum Lübeck erhalten werden. Ihm persönlich sei das gleichgültig, da er doch nicht wieder kandidieren wolle. Ich halte es für ein Übel, wenn das Fürstentum nur durch Sozialdemokraten vertreten werde, aber — so fährt er fort — für ein noch größeres Übel, wenn vier Leute Ihres Schlags, Herr Aylhorn, in den Landtag einzeln würden.

Der Präsident: Den Ausdruck muß ich rügen. Abg. Teus: Wenn man glaubt, es würden bessere Brüder in den neuen Palast einziehen, dann täuscht man sich.

Abg. Müller ist der Ansicht, daß die Kartellen der Regierung zu erfüllen sind. Die Forderung, der Wähler solle mindestens drei Jahre im Herzogtum wohnen, ist voll berechtigt. Es sei richtig, daß die Frau sich sehr große

Verdienste um den Staat erworben habe; aber von dem Wahlrecht werde die Mehrzahl der Frauen nie und nimmer Gebrauch machen. Die Frau gelöre ins Haus.

Abg. vom Dieck hat sich in den letzten Wochen viel mit der Verleihung des Wahlrechts an Frauen beschäftigt, hat sich aber nicht für die Minderheitsanträge erklären können, da er von der Schwierigkeit der Durchführung überzeugt ist. Er hat sich aber freuet, daß man der Frau in der Gemeindevertretung Rechte einräumen will.

Abg. Fehlbuss kann sich nicht mit der Wahlkreis-einteilung bereuen; er hat stets dagegen geredet und somit sich heute nicht davon überzeugen, daß sie zu empfehlen ist. Der Frau gönnt er gern zwei Stimmen im Hause, aber in der Politik keine einzige.

Abg. Gerdes hält es für sehr gut, wenn einige Sozialdemokraten im Landtage sitzen. (Auf: Nur nicht zu viel!) Die Mehrheit erlangen sie nur dort, wo Regierung und Volk ihre Pflicht verletzen. Er hält die dreijährigen Wahlperioden für besser als die fünfjährigen. Es sei nicht nur gut, wählen zu können, sondern man müsse den Abgeordneten auch wieder loswerden können. Der Frau sei reichlich Gelegenheit gegeben, in der Kranken-, in der Waisen- und in der Armenverwaltung tätig zu sein. Sie sei aber noch zu wenig ernsthaft, um in politischen Fragen mitzuwirken.

Abg. Schulte erklärt, das alte Wahlrecht habe den Vorzug, daß die Gemeinden nach ihrer Selbstdarstellung daran beteiligt wären, indem die Zahl der Wahlmänner sich demnach richtete. Ueber das Frauenstimmrecht wolle er gar nicht erst reden. Redner macht eine wegwerfende Handbewegung. (Seiterteil.)

Untertrag 1 wird angenommen.

Abg. Wolf-Eutin erklärt, er sei für das Frauenstimmrecht. (Auf: Sehr gut!) In bezug auf die Frauenfrage sei in der öffentlichen Meinung ein Umbruch eingetreten. Als vor zwanzig Jahren die Frau die Forderung nach Erweiterung ihrer Erwerbs- und Bildungsmöglichkeiten erhoben habe, sei darüber gelacht worden. Heute werde die Forderung aber schon als berechtigt anerkannt. So werde sich auch die Forderung nach Erteilung des Wahlrechts immer mehr Geltung verschaffen. Es gebe viele Gründe, die dafür sprächen. Redner hat oft Gelegenheit gehabt, mit Frauenrechtlerinnen zu debattieren. Er hat dabei stets gefühlt, daß er seiner früheren ablehnenden Haltung nicht für wenig Erfolg dabei abgeschrieben habe. Wenn die Männer sich nicht entwickeln könnten, der Frau die von ihr verlangten Rechte einzuräumen, dann sei das hauptsächlich Sache des Geistes. Es entspräche nicht dem Idealbilde, das der Mann sich von der Frau und der Mutter mache, wenn die Frau in den politischen Kampf hineingezogen werde. Der Mann fühle sich mehr zu einer Frau hingezogen, die für öffentliche Fragen keine Zeit habe. Die Frau habe hierauf aber zu erwidern: Was geht mich Ihr Gefühl an? Die Frage ist nicht nur von Standpunkte des Geistes, sondern von dem des Verstandes zu beurteilen. Wenn der Richter in einer Frage vom Standpunkte des Geistes entscheiden sollte, so würde man entgegengesetzten dagegen protestieren. Die Frau könne verlangen, daß ihre Gründe durch bessere Gründe widerlegt würden, und bessere Gründe ließen sich nicht finden, wenn man den Standpunkt der Logik nicht verlassen wolle. Der Grund, daß die Frau erst politisch errogen werden müsse, indem man ihr zunächst das Gemeinbewußtsein verleihe, sei nicht überzeugend. Was würde man sagen, wenn die Männer zunächst eine politische Vorstufe durchzumachen hätten. Redner hat die Überzeugung, daß es eine Aufzuchtfrage sei, die nicht mehr verurteilt werden könne. Es werde dahin kommen, daß der Kulturstand eines Volkes schließlich daran gemessen werde, wie es zu dieser Frage stehe. Es müße nichts, daß man den Kopf in den Sand stecke, sondern man solle die Forderung der Frau erfüllen und ihr das politische Wahlrecht gewähren.

Reg.-Rat. Calmejer-Schmedes will auf die schmerzlichen Ausführungen des Abg. Schulz mit einigen niedrigeren Worten erwidern. Wenn Abg. Schulz von den 8 Mill. erwerbstätigen Frauen im Deutschen Reich gesprochen habe, so wolle er lieber bei Oldenburg bleiben. Es sei besser, daß die Frau den politischen Wahlkäuffen fern bleibe. Der Kampf werde jedenfalls lebensfähigster geführt werden. Es bestände Gefahr, daß der Friede des Hauses und damit die Grundlage des Staates gefährdet werde. Unter den 175 000 Personen weiblichen Geschlechts im Herzogtum Oldenburg befänden sich 75 000 Ehefrauen und Witwen. Die überaus größte Zahl unter ihnen sehe sich gar nicht nach dem Wahlrecht. Eine reiche Hausfrau erkläre: ich habe genug mit meinem Haushalt zu tun; das Wählen überlasse ich dem Mann und den Söhnen. Viele suchen auch ohne Stimmzettel den nötigen Einfluß auf die Wahl zu gewinnen. (Seiterteil.) Unter den 100 000 ledigen Frauen befänden sich die Kinder und die jüngeren Mädchen unter 24 Jahren, die nicht in Frage kommen; es bleibe also nur eine geringe Zahl übrig. Es gibt nach den Angaben der Gewerbinспекtion in den Fabriken u. v. 2030 erwerbstätige Frauen über 21 Jahre. Dazu kämen noch einige, die noch anderweitig tätig seien. Nach einigen weiteren Ausführungen erklärt Redner, es liege ja nichts im Wege, die Frauen in Armenkommissionen zu wählen, wie es in Oldenburg und Delmenhorst ja bereits geschehen sei.

Abgeordneter Tanken führt aus, die Frauenwahlrechtsfrage habe eine Reihe von Revisionen ergeben, die darauf hinwiesen, daß die Rechte und Pflichten der Frauen ungleich verteilt seien. Die Ansichten seien darüber weit auseinander gegangen, wie weit es geboten erscheine, die Rechte zu erweitern. Es gäbe Gebiete, wo die Frau viel besser wirken könne als im Parlament; z. B. in der Waisenkommission. Wenn man bei der Erteilung des Landtagswahlrechts anfragen wolle, so sei das ähnlich, als wenn man einen Baum baue und beim Dach aufsehe. Es sei der Versuch gemacht worden, die Frau, im Zweige der Wohlthätigkeit zu wirken, mit heranzuziehen, und man habe gute Erfahrungen damit gemacht. In bezug auf den Antrag der Minderheit, die Wartezeit von drei Jahren auf ein Jahr herabzusetzen, habe die Mehrheit bezweifelt, ob es in einem Jahre möglich sei, so viel politische Kenntnisse zu erwerben, um in Landestagen richtig zu urteilen. Wer mit Erfolg im Landtag wirken wolle, müsse die Verhältnisse genau kennen. Was nun die Frage anlangt, daß das Wahlmündigkeitsalter auf 25 Jahre festgesetzt werden solle, so dürfe man doch nicht vergessen, daß die Lebenserfahrung eine große Rolle spiele. Die habe man sich aber mit 21 Jahren noch nicht erworben, das habe wohl jeder Abgeordnete am eigenen Leibe erfahren.

Abg. Schulz ist über die Haltung des Abg. Koch erfreut und begrüßt ihn als Bundesgenossen. (Seiterteil.) Was die Entgegung des Regierungskommissars anbelange, so sei sie allerdings sehr nüchtern gewesen. Er habe aus den von ihm vorgebrachten Zahlen, die er im Augenblick allerdings nicht nachprüfen könne, entnommen, daß in unserem Lande eine große Zahl von erwerbstätigen Frauen und Mädchen vorhanden sei, wenigstens im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Die Befürchtung, daß durch das Frauenwahlrecht der Friede des Hauses gefährdet werde, sei grundlos, in den Staaten, die das Frauenwahlrecht hätten, sei es ja auch nicht der Fall gewesen. Aber der Einwand werde den Freunden des Frauenwahlrechts ja stets entgegenhalten, und deshalb brauche man eigentlich kaum darauf einzugehen. Auf den ersten Streich falle kein Baum, das wolle man sich zum Troste sagen. Man werde mit der Forderung aber wiederkommen. Die Frauen könnten unter den jetzigen Verhältnissen mit der Debatte sehr zufrieden sein.

Abg. Galz erwidert dem Abg. Koch, wenn das wahr sei, daß die Staaten mit dem Frauenwahlrecht der Brennpunkt des kulturellen Lebens seien, dann müsse Australien in bezug auf die Kultur ja vorbildlich sein, jeder, der aber längere Zeit dort gewesen sei, müsse das bestritten. Der natürlichste und höchste Wunsch des Weibes müsse sein, Gatten und Mutter zu werden; sie habe deshalb ihre Aufgabe zunächst in der Familie zu erfüllen. Aber ihr sei auch Gelegenheit gegeben, an den sozialen Bestrebungen mitzuwirken; dazu sei ihr in der Gemeinde ein schönes Feld gegeben. Den Antrag, betr. Uebertragung des Wahlrechts auf die Frau, müsse er ablehnen. Redner ist mit der Forderung, die Wahlperiode auf fünf Jahre zu verlängern, einverstanden.

Abg. Koch hält die Frauenfrage für eine sehr große Kulturfrage, die nicht durch schönwolkige Reden abgetan werden könne, sondern eine nüchterne Beurteilung erfordere. Er hat die Erfahrung gemacht, daß die Frau sich in Zweigen, in denen sie zur Mitarbeit herangezogen worden sei, durchaus bewährt hat. Die Stadt Delmenhorst sei dem Beispiel Oldenburgs in dieser Beziehung gefolgt, und dort scheine jetzt nachkommen zu wollen, was er aus dem Umfange der Sache, daß man die Frau zur Hilfe im Haushalten erbeten habe, Man habe die Frau zur Hilfe im Haushalten erbeten, wo sie sich vorzüglich bewährt habe. Im übrigen müsse man es der Entwicklung der Dinge überlassen, ob die Frau durch die demselben herausgedrängt werde. Es beständen im einzelnen noch einige Unklarheiten, auf die Redner näher eingehen. Was ihm die Entscheidung über das Wahlrecht bei uns noch keinen Boden gefaßt habe. Man solle doch das Wahlrecht nicht gewähren, wenn man nicht danach verlange. In bezug auf die Wartezeit sei doch der Grundbaß gerechtfertigt, daß von einer Gewöhnung von Rechten solange keine Rede sein könne, als jemand noch Fremdling in unserem Lande sei.

Abg. Koch erwidert dem Abg. Galz, er habe nur gesagt, daß die Frauenfrage zu einer Kulturfrage werde. Er muß zugeben, daß die Frauenfrage bei uns noch nicht recht Boden gefaßt hat, aber die Forderung werde zunehmen. Es sei nicht richtig, zu sagen: wenn die Frauen nicht nach dem Wahlrecht rufen, brauchen wir es ihnen auch nicht zu geben. Daraus zwingt man sie nur, sich zu organisieren. Vor 50 Jahren sei in Rußland der Ruf nach dem Wahlrecht auch noch nicht erklingen, er ist überzeugt, daß es nicht so lange dauern wird, bis die Frau allgemein den Ruf nach Erteilung des Wahlrechts erhebt. Redner spricht dann über die Verhältnisse in Schweden, England, Finnland, Italien, Belgien u. v.

Abg. Althorn-Osternburg ist der Meinung, daß es zur Zeit unüberwindlich ist, der Frau das Wahlrecht zu erteilen. Wenn man heute beschließen wolle, daß die Frau zum Landtag wählen solle, so würde das Umwälzungen nach sich ziehen, die bedeutliche Folgen haben könnten. Wenn man die Rechte der Frau erweitern wolle, müsse man mit dem Gemeinbewußtsein beginnen. In der Armen-, Schul- und Kirchenkommission könne sie sehr Gutes leisten. Sie fände mit der Schule in enger Beziehung als der Mann. Redner ist prinzipiell kein Gegner davon, die Rechte der Frau zu erweitern, doch müßten sich die Verhältnisse von selbst entwickeln. Die Zeit komme von selbst, wo man die Frau garnicht mehr entbehren könne. In der Frage, ob die Wartezeit auf 5 Jahre zu bemessen sei, äußert sich Redner wie folgt: Es sei doch ein großes Entgegenkommen, daß nicht mehr verlangt werde, zunächst die oldenburgische Staatsangehörigkeit zu erwerben, es komme nicht einmal auf die Staatsangehörigkeit an, sondern nur darauf, ob der Wähler sich die genügende Kenntnis der Verhältnisse erworben habe. Wenn drei Jahre Aufenthalt gefordert würden, so sei das sehr möglich, er würde es für fünf Jahre sein. In bezug auf das Wahlmündigkeitsalter schließt er sich dem Abg. Tanken an. Die Hauptsache sei doch die Erziehung, die könne ein junger Mann, der eben die Lehre verlassen habe, noch garnicht haben. Wenn man es ihm aber auch wirklich mit 21 Jahren gewähren wolle, so könne er ja in den seltensten Fällen davon Gebrauch machen, da er in dem Alter zum Militär einberufen werde.

Nach einigen kurzen Ausführungen von Abg. Schulz nimmt Abg. Sug das Wort: Er gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß in dieser Frage im Landtag ein merklicher Fortschritt zu verzeichnen ist. Als er vor etwa neun Jahren bei seinem Einzug in den Landtag in ganz zarter Weise die Frauenfrage berührt habe, da sei man über ihn hergefallen. Mit der ganzen Herbe, der der Abg. Aurlage fähig sei, habe er diese Anregung bekämpft. Das sei heute anders geworden. Mit Erläuterungen habe er gelesen, wie auf dem Katholikentage ein Dominikanerpater frei und offen erklärt habe, daß man der Frau das Wahlrecht nicht länger vorenthalten könne. Und der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim sei auf dem Katholikentage und im bayerischen Landtag zum Schrecken seiner Kollegen für das Frauenwahlrecht eingetreten. Wenn man von jener Seite solche Auffassungen höre, so sei das sehr auffallend, und man habe doch die Freude, daß es vorwärts gehe. Redner hat sich gewundert, daß selbst in den Gemeinden das Frauenwahlrecht nicht verwirklicht werden soll. Wenn er Staatsminister gewesen wäre, wozu er so allerdings gesteht wenig Lust hat, würde er sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß man der Forderung auf die Dauer doch keinen Damm entgegenzusetzen kann. Wenn man gesagt habe, die Wartezeit müsse eher noch verlängert, als herabgesetzt werden, so müßte er in bezug auf den Abg. Tanken sagen: „Wach du, Brutus, bist mit dabei.“ Von dem Abg. Althorn habe er nichts anderes erwartet. Herr v. Hammerstein habe einmal sehr richtig gesagt, Herr Althorn sei der freisinnige Mann mit dem

nationalliberalen Programm. Redner hat kürzlich im „Simplicissimus“ ein Bild gesehen, auf dem zwei prächtige Adler, zwei recht schwarze Kerle, dargestellt seien, von denen jeder ein Kind im Arm gehabt habe. Das eine Kind habe den Schnabel aufgemacht und geschrien. Das andere Kind habe geschlafen. Zu dem schlafenden Kinde habe der Adler mit Bezug auf das Wahlrecht gesagt: Das Kind schläft und braucht es nicht, und zu dem schreienden: Das Kind schreit und kriegt es nicht. Das liebe sich sehr gut auf die heutige Debatte anwenden. Er weiß, daß er und seine Freunde doch nicht zu ihrem Recht kommen, aber er freut sich, daß von verschiedenen Seiten anerkannt worden ist, daß es sich bei dem Frauenwahlrecht um eine gerechte Forderung handelt.

Abg. Koch verbreitet sich ausführlich über die Stellung der Frau im Erwerbsleben. Dann wendet er sich gegen den Abg. Sug. Zwischen Schreien und Schlafen gebe es noch ein Mittelbing, und das sei, ruhig und mit sachlichen Argumenten das sagen, was richtig ist.

Abg. Tanken weist den Vorwurf des Abg. Sug zurück, daß er rückständige Ansichten vertreten habe, indem er dafür eingetreten sei, das 25. Lebensjahr statt des 21. Jahres als Wahlmündigkeitsalter festzusetzen. Auf das Alter komme es nicht so sehr an, sondern auf das Maß der Lebenserfahrung, die man mit 21 Jahren noch nicht zur Genüge bejuge.

Abg. Althorn-Osternburg führt aus, Abg. Sug habe die Jörneshalle über ihn ausgegossen, weil er die Kühnheit gehabt habe, mit dem Abg. Tanken für das 25. Jahr als Wahlmündigkeitsalter einzutreten. Er und der Abg. Tanken hätten ihren Standpunkt doch wenigstens noch begründet, aber von dem Abg. Sug habe er kein Wort der Begründung gehört. Abg. Sug habe ihnen rückständige Ansichten vorgebracht; das habe man schon so oft gehört und werde es auch noch öfter hören. Als Abg. Sug in den Landtag gekommen sei, sei er lieblich für Herrn Sug gewesen. Er sei es gewesen, der ihm nachgelaufen sei. Er sei ganz entzückt von ihm gewesen, und die Begeisterung des Abg. Sug sei so weit gegangen, daß er verschiedene Liberale zu einer Besprechung gebeten habe. Man habe damals über den Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes gesprochen. Nachdem sich nun der Antrag zu einer Vorlage vermindert habe, die man im nächsten Augenblicke zu verabschieden hoffe, gelte man plötzlich als rückständig. Aber das kommt davon, wenn wir nicht weiß wie Wasch in Ihrer Hand sein wollen. Ich muß mich wundern, daß Sie so sehr Wert auf unsere Hilfe legen; wenn die Zukunft in Ihren Händen liegt, dann brauchen Sie uns doch nicht. Der Kampf zwischen uns und Ihnen muß deshalb ausgeschieden werden, weil unser Liberalismus so sehr verschieden ist. Ihr Liberalismus ist rückständig, weil er nur für Sie sorgt, unser Liberalismus ist für alle.

Abg. Sug erwidert, Abg. Althorn sei nun wieder das unerschöpfliche Kamm, das niemand etwas zu leide tue. Er sei es gerade gewesen, der, als er seine Vaterpflicht zu der Vorlage dokumentiert habe, gegen die Sozialdemokratie ansässig geworden sei. Man habe ja die Erfahrung, daß Abg. Althorn sich stets auf Gemeinplätze bewege, die weitab liegen von den Grundfragen, die er hier vertreten soll. Die Frage, ob das 25. oder das 21. Lebensjahr die Grenze sein solle, sei doch von einiger Bedeutung. Man sage, daß die Lebenserfahrung vorhanden sein müsse und daß man die Grenze noch lieber hinauf als herabsetzen wolle. Da hätte man doch wirklich wohl das Recht, den Standpunkt zu bekämpfen und zu kritisieren. Das Wahlrecht solle doch auf Jahre festgelegt werden, und da juche man doch zu retten, was zu retten sei. Von Heruntermachen könne doch keine Rede sein. Er kritisiere doch nur die Anschauung, die hier vertreten werde. Jetzt könne man nach 6 Wochen die oldenburgische Staatsangehörigkeit erwerben und sei damit mit einem Male der kluge Hans, der wählen könne, während man in Zukunft einige Jahre warten soll. Man wolle doch nicht etwa diejenigen, die eben erst 21 Jahre alt geworden seien. Sie lassen sich doch beraten, die Männer zu wählen, die ihnen von erfahrenen Männern empfohlen werden. Er sei den Herren stets dankbar gewesen, daß sie ihm zu Beginn seiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter mit Rat und Tat zur Seite gestanden hätten; das entbehe ihm aber doch nicht der Pflicht und des Rechts, ihm nicht sympathische Maßnahmen zu kritisieren. Er, Redner, sei das böse Gewissen des Liberalismus, wenn er gegen liberale Forderungen verstoße. Abg. Koch habe etwas vom Kauf an sich, wenn es geht, als Ritter ohne Furcht und Tadel gegen ihn zu kämpfen.

Abg. Althorn-Osternburg: Wenn Abg. Sug mir vorwirft, ich bewege mich in Gemeinplätzen, so hat er das wohl von sich selbst abgenommen. (Abg. Heimann: Retortenschuß!) Er habe das Wort „Sozialdemokrat“ in einem besonderen Sinne gebraucht, aber das würde auf die Herren wie das rote Tuch auf den Stier.

Abg. Koch: Abg. Sug hat sich über die Empfindlichkeit des Abg. Althorn beklagt. Herr Sug, sollten Sie nicht auch etwas von der Empfindlichkeit in Ihrem Herzen haben? So lange man im Glasseise sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen.

Dann wird abgestimmt. Antrag 2 wird gegen 6 Stimmen abgelehnt; gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und die der Abg. Wolf-Eutin und Damm.

Antrag 3 wird angenommen.

Antrag 4 wird angenommen.

Antrag 5 und 6 werden abgelehnt, Antrag 7 angenommen.

Darauf (um 1,30 Uhr) tritt eine Mittagspause ein, die bis 4 Uhr dauert.

Nachmittags-sitzung.

Abg. Schulz: Die Gründe, die zur Stellung des Antrages 8 maßgebend gewesen sind, habe ich schon auseinandergesetzt. Sie zu bitten, den Antrag anzunehmen, würde nutzlos sein; deshalb unterziehe ich mich gar nicht der Mühe. Abg. Tanken: Der Antrag der Minderheit hat ja etwas Besprechendes. Es muß aber berücksichtigt werden, daß es selbstverschuldete und nichtverschuldete Fälle gibt; die Grenze ist aber schlecht zu finden.

Abg. Galz fragt an, wie sich die Regierung dazu stellt, daß Personen, über die Konturs beantragt, aber wegen Mangel an Masse abgelehnt ist, und den böswilligen Schuldnern das Wahlrecht gleichfalls entzogen wird. Er behalte sich einen Antrag in dieser Richtung zur 2. Lesung vor. Reg.-Rat. Calmejer-Schmedes glaubt nicht, daß es

zweckmäßig sein wird, die Bestimmung zu erweitern, aber die Anregung könne ja geprüft werden.

Der Minderheitsantrag 8 wurde abgelehnt. Der Antrag 9 wurde angenommen.

**Dauer der Wahlperiode.**

Abg. Feldhus: Wenn wir direkte Wahl haben, werden die Geister oft aufeinanderberaten, wie es bei der Reichstagswahl der Fall war. Er spricht sich für die 5jährige Wahlperiode aus. (Antrag 10.)

Abg. Grape ist für den Mehrheitsantrag. Es sei eine Einschränkung der Volksrechte, wenn die Wahlperioden auf 5 Jahre verlängert würden. Außerdem werde das Recht des Landtages geschnitten. Man möge bei den 3jährigen Wahlperioden bleiben. Es würden sich schwer Abgeordnete finden, die sich für 5 Jahre verpflichteten.

Minister Wälchli: Die wiederholte Gegenüberstellung des Rechts der Regierung, den Landtag aufzulösen, mit dem Wahlrecht sei nicht gerechtfertigt. Er beziehe sich im übrigen auf die schon in der Vormittagssitzung abgegebene Erklärung.

Abg. Rodenbrock erinnert daran, daß ein Misstrauensvotum gegen einen Abgeordneten, der sich unbeliebt gemacht habe, genüge, ihn zum Abgang zu bewegen. Deshalb könne von einer Einschränkung des Rechts der Wähler keine Rede sein; er spricht für 3jährige Perioden.

Abg. Müller meint, die Frage habe keine praktische, sondern nur eine theoretische Bedeutung. Die meisten Abgeordneten kämen doch nicht mit der Absicht in den Landtag, fünf Jahre oder länger zu bleiben. Man könne den 3jährigen Wahlperioden unbedingt zustimmen. Er befürchtet, die ganze Vorlage werde sonst gefährdet werden.

Abg. Schulte ist ebenfalls für 3jährige Wahlperioden. Er glaubt übrigens nicht, daß der Wahlkampf durch die direkte Wahl gefährdet wird. Bei der Herausforderung der Parteien sei der Regierung bereits entgegengekommen, in bezug auf die Wahlperiode möge man aber fest bleiben.

Abg. Grape glaubt nicht, daß die Wahlkämpfe zunehmen werden in den Bezirken, wo überhaupt von Wahlkämpfen die Rede sein könnte. Er bittet nochmals, es bei der 3jährigen Wahlperiode zu belassen; er teile nicht die Meinung des Abg. Müller, daß sonst die Vorlage gefährdet werde. (Ausschimmung.)

Abg. Feigel ist der Meinung, daß man die 5jährige Wahlperiode unbedingt annehmen könne.

Abg. Tappenbeck ist Anhänger der fünfjährigen Wahlperiode und zwar vom Zweckmäßigkeitsstandpunkte. Die allzu häufigen Wahlkämpfe würden dadurch vermieden und die Arbeit des Landtages würde dadurch in ein ruhiges Fahrwasser gebracht.

Abg. Müller erinnert an die Erklärung des Ministers, daß die Regierung an den Kartellen festhalte. Soll denn nur der Abgeordnete Grundbesitz haben, hat nicht die Regierung das gleiche Recht? (Heiterkeit.) Deshalb sollte man die Vorlage doch wegen dieses Punktes nicht gefährden.

Der Antrag 10 wurde mit 23 Stimmen angenommen. Der Minderheitsantrag 11 wurde gegen 16 Stimmen abgelehnt. Der ganze Artikel wurde hierauf mit der durch Antrag 10 geschaffenen Aenderung mit 23 Stimmen angenommen.

**Wahlpflicht.**

Abg. Dr. Driver ist im allgemeinen kein Freund von Zwang, auch nicht in politischen Dingen, wenn er zu entscheiden ist. Er könne sich nicht dafür erwärmen, den Wähler zu zwingen, seinen Stimmzettel abzugeben. Das schränke die persönliche Freiheit des Wählers zu sehr ein. Wenn jemand nicht zur Wahl erschienen sei, müsse die Polizei nachforschen, ob das Fehlen begründet sei. Zu welchen Schwierigkeiten das führen müsse, liege doch auf der Hand. In keiner deutschen Bundesstaat sei die Wahlpflicht eingeführt, man könne sie nur in einigen skandinavischen, österreichischen und einigen anderen Ländern.

Abg. Tanken glaubt nicht, daß man ohne Zwang ein richtiges Bild von der Volksmeinung erhalte. Deshalb sei die Anregung, die Wahlpflicht zu prüfen, doch erwägenswert. Man lege sich übrigens ja gar nicht fest, man bitte die Regierung ja nur, die Frage zu prüfen. Beachtlich sei mit der Wahlpflicht nur eine stärkere Wahlbeteiligung.

Abg. Rodenbrock ist ein Gegner der Wahlpflicht, wenn er auch verstehen kann, daß man die tragen und Gleichgültigen zum Wählen veranlassen wolle. Man könne sie aber doch nicht zwingen, die entscheidende Frage ernst zu prüfen, ebensowenig könne man sie veranlassen, nachzudenken, welcher Abgeordnete der beste sei. Sie würden schließlich nur, um ihrer Pflicht zu genügen, einen weißen Zettel in die Wahlurne stecken, oder durch ihren Zettel aus Mangel und Verbitterung die Stimmabgabe der ernsten Wähler beeinträchtigen.

Abg. von Dieck: Die Wahlpflicht sei ein gutes Mittel, den Agitatoren entgegenzuwirken, da dann jeder Wähler gezwungen sei, zu wählen.

Abg. Koch: Man wolle doch vom Landtag ein genaues Abbild von der Stimmung der Wählerschaft haben. Das erreiche man nur, wenn auch wirklich alle Wähler ihre Stimmen abgeben; dazu sei die Wahlpflicht ein gutes Mittel. Manche stößen sich an dem Wort „Pflicht“. Der Staat, der von uns die Ableitung der Militär-, Steuer-, Kontrollpflicht usw. verlange, könne doch auch die Wahlpflicht verlangen, ohne daß das nun besonders unangenehm empfunden werde. Besondere Schwierigkeiten würden dadurch nicht entstehen, die Durchführung sei nicht schwieriger als die Kontrolle über das Fehlen bei den Kontrollversammlungen oder das Fehlen als Zeuge vor Gericht. Wenn gesagt worden sei, die zur Wahl Gezwungenen würden aus Wache einen feindseligen Stimmzettel abgeben, so sei das doch zu bezweifeln. „So boshafte Menschen gäbe es garnicht.“

Abg. Fals: Wenn dem Volk ein politisches Recht eingeräumt wird, solle die mit der Wahlpflicht verbundene Unannehmlichkeit ins Gewicht. Deshalb empfehle er, die Regierung um Prüfung der Frage zu eruchen.

Abg. Feigel kann sich für die Wahlpflicht nicht erwärmen; wo sollen die Entschuldigungsgründe anfangen und aufhören. Er glaubt, daß durch die direkte Wahl das Interesse an der Wahl bedeutend gesteigert wird. Die Launen solle man ruhig in der Sojafede lassen.

Abg. Ranje: Wo Recht sei, muß es auch Pflicht geben; Medner spricht sich deshalb für die Wahlpflicht aus.

Reg.-Kommissar Calmege-Schmebes: Die Wahlpflicht habe man eigentlich nur in Belgien; in den anderen Ländern könne man von einer teilweisen Wahlpflicht die Rede sein.

Abg. Rodenbrock glaubt nicht, daß Leute eines Zwanges froh zur Urne kommen und meint deshalb, daß man die Wahlpflicht, sie würden ihrem Unwillen durch die Abgabe eines feindseligen Stimmzettels Ausdruck geben, rechnen müßte.

Abg. Jung meint, wenn man die Wahlpflicht einführen wolle, müsse man die Wahl auf einen gesetzlichen Feiertag legen, damit die Arbeiter durch die Wahl keinen Schaden hätten.

Abg. Gerdes führt aus, daß doch keine Bedenken dagegen vorliegen, die Frage zu prüfen.

Abg. Schulte: Wenn man die Wahlpflicht einführen wolle, könne man das ja auch bei der indirekten Wahl tun. Wozu schaffe man denn die direkte Wahl?

Abg. Koch, Schulz präzisieren noch einmal ihren Standpunkt.

Abg. Alhorn-Osternburg geht ausführlich darauf ein, in welchen Ländern man die Wahlpflicht habe. Wenn man den Wahlzwang haben wolle, so sei Vorbedingung, daß die Wähler zur Anmeldung in die Wählerliste verpflichtet würden. Er glaubt, daß die Agitation durch die Wahlpflicht vermindert wird; sie habe aber den Nachteil, daß der Wähler in seinem freien Willen gehindert würde. Dem Abg. Schulte erwidert Medner, daß es geradezu eine Brutalität sei, jemand zu indirektem Wahl zu zwingen. Die Eisenbahnbeamten, Feienden usw. würden gar nicht in der Lage sein, an einem Tage ihre Wahlpflicht auszuüben; deshalb würde man schon gezwungen sein, mehrere Tage für die Wahl anzusetzen.

Abg. Vollmann macht darauf aufmerksam, daß viele Wähler nach der neuen Wahlkreis-einteilung deshalb kaum in der Lage sein werden, ihr Wahlrecht auszuüben, weil sie zu weit vom Wahllokal entfernt wohnen. Er trägt deshalb das Ersuchen an die Regierung, eine Teilung der Wahlbezirke nicht erst dann einzutreten zu lassen, wenn die Einwohnerzahl 3500 betrage, sondern die räumliche Ausdehnung ausgleichend sein zu lassen.

Abg. Presser äußert sich in ähnlichem Sinne. Der Antrag 1 wurde mit 29 Stimmen angenommen. Der Antrag 2 ist damit erledigt.

**Wahlkreis-einteilung.**

Abg. Tanken regt an, in letzter Stunde zu prüfen, ob man die Gruppeneinteilung nicht beibehalten solle; mindestens die Bestimmung, daß bei dem Wachsen der Bevölkerung die Zahl der Abgeordneten zunehme.

Abg. Dr. Driver führt aus, in größeren Wahlkreisen sei die Stellung der Abgeordneten eine selbständigere als in kleinen. Die kleinsten örtlichen Interessen würden in letzteren in den Vordergrund gehoben werden. Es sei geltend gemacht worden, daß die Einmännerwahl die unbedingte Folge der direkten Wahl sei. Das sei falsch. In einer ganzen Reihe von Staaten habe man trotz der direkten Wahl die Gruppeneinteilung.

Abg. Thornde erwidert die Regierung, die Einzelkreis-einteilung einzuführen. Die Befürchtung, der Kirchturnspolit würde sie Vorrecht leisten, kam er nicht teilen.

Abg. Koch ist für Beibehaltung der Einmännerwahl. Es sei nicht vorgekommen und werde nicht vorkommen, daß ein Abgeordneter die Interessen des ganzen Landes hinter die Interessen seines Wahlkreises zurückstelle. Selbstverständlich sei es die Pflicht des Abgeordneten, sich des Interesses seines Wahlkreises in besonderer Weise anzunehmen. Die Kirchturnspolitik sei bei den größeren Wahlkreisen, in denen mehrere Abgeordnete zu wählen, viel größer. Die Wahlagitation würde durch die größeren Wahlkreise nur gefördert werden. Daß die Einmänner-Wahlkreis-einteilung Schwierigkeiten macht, glaubt Medner nicht.

Minister Wälchli teilt mit, daß die Gemeinden des Stedingerlandes gebeten hätten, daß das Amt Eisleich und die Gemeinde Altfisch zusammen einen Wahlkreis bilden möchten; das werde die Regierung noch prüfen; es würde dann die Zahl der Abgeordneten von 44 auf 45 steigen.

Abg. Wolf-Cutin hält es für richtig, daß im Fürstentum Ribick die Einzelwahlkreise eingeführt werden. Die Sozialdemokratie würde sich allerdings (Abg. Sug: selbstlos), wenn sie für die Einmännerwahlkreise einträte. Auch Herr Tews und seine Agrarier schädigten sich. Sie würden an die Wand gedrückt werden. Ich halte es auch nicht für ein Unglück, wenn Abg. Tews aus dem Landtag verschwindet. Er würde das nicht gelagt haben, wenn Abg. Tews nicht einen so kräftigen Ton gegen die Liberalen angeschlagen hätte. Ein Sozialdemokrat sei ihm immer noch lieber, wie ein so extremer Agrarier als Abg. Tews.

Abg. Müller meint, man solle die Gruppeneinteilung beibehalten, wenn die Zahl höchstens auf zwei festgesetzt würde.

Abg. Fals erklärt, er habe die Ueberzeugung, daß nur durch die Einmännerwahl die wahre Absicht der Wähler zum Ausdruck komme. Die Verteilung der Wahlkreise im Fürstentum Birkenfeld halte er für sehr unglücklich; er eruchte die Regierung, für Birkenfeld fünf Wahlkreise einzurichten.

Abg. Feldhus empfiehlt die Einzelwahlkreise. Abg. Alhorn-Osternburg wird sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Abg. Feigel hält es nicht für richtig, daß die Wahlkreise zu sehr beschnitten werden.

Abg. Tews erwidert Herrn Wolf, nach seinem Ausführungen könne es so scheinen, als ob er im Fürstentum Ribick allein zu sagen habe. Herr Wolf! Sie haben Ihre Haupttruppen nicht mehr hinter sich. Die Sozialdemokraten werden Ihnen den Dienst verlagern.

Abg. Feidler führt aus, wenn die Sozialdemokratie für die Einzelwahlkreise stimme, trotzdem sie Schaden davon habe, so sehe man daraus, wie selbstlos sie sei. Bei der Gruppeneinteilung werde der Wahlkampf so schwierig, daß der

einzelne Wähler sich kaum noch durch die vermorrhren Dinge hindurchfinden könne.

Abg. Wolf hat keineswegs behauptet, daß er den Ausfall der Wahl zu bestimmen habe. Abg. Tews habe einen gewissen Jörn auf ihn, weil es ihm gelungen sei, die agrarischen Elemente auszuscheiden. Das habe einen erzieherischen Einfluß auf die Agrarier ausgeübt. Wo es ihm möglich sei, die extremen Agrarier auszuscheiden, werde er es stets tun. Er habe es nicht getan, um den Sozialdemokraten einen Gefallen zu tun, sondern weil er die extrem-agrarische Richtung für gefährlich halte. Wenn die Liberalen die Hilfe der Sozialdemokraten gesucht hätten, dann sei es deshalb geschehen, weil man sich selbst nicht stark genug gefühlt habe. Daß Abg. Tews schließlich nicht abgeneigt sei, die Hilfe der Sozialdemokratie zu suchen, sei aus dem Ausruf Tews hervorgegangen, daß er einen Sozialdemokraten dem Abg. Alhorn vorziehe. Medner hofft aber, daß die Sozialdemokratie erklären wird: „Geben die Weg von mir, Satan!“ (Wrao! Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Schröder: Ich nehme an, daß der Ausdruck „Satan“ sich nicht auf den Abg. Tews beziehen soll. (Erneute Heiterkeit.)

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Müller und Tanken wird abgestimmt.

Antrag 3 auf Errichtung von Einzelwahlkreisen wird mit 25 Stimmen angenommen. 11 sind dagegen, 1 Stimmenthaltung (Abg. Alhorn-Osternburg).

Für Antrag 3 stimmten mit ja die 25 Abgg.: Alhorn-Osternburg, Dauen, von Dieck, Cuneffing, Fals, Feldhus, Gerdes, Grape, Heitmann, Hollmann, Jung, Koch, Ranje, Mohr, Presser, Rodenbrock, Schröder, Schulz, Tews, Thornde, Wolf-Cutin, Wolf-Pansdorf, Wente, Witten, Feidler; mit nein die 11 Abgg.: Driver, Feigel, von Frieden, Grieb, Müller, Schulte, Schute, Tanken, Tappenbeck, Wessels.

Antrag 4, 5, 6, 7 und 8 erliegen sich damit.

Der Antrag 9 wird mit 9 gegen 20 Stimmen angenommen. (Alle 20 Jahre soll geprüft werden, ob Aenderungen nötig sind.)

Antrag 10 fällt damit. Damit wird das ganze Wahlgesetz angenommen. Ueber die Petitionen des Verbandes für Frauenstimmrecht wird zur Tagesordnung übergegangen.

Zum Schluß kam es zu einer ganzen Reihe von persönlichen Bemerkungen.

Die Mehrzahl der Abgeordneten hatte aber kein Interesse mehr daran und verließ den Sitzungssaal, so daß sich zum Schluß nur noch reichlich ein halbes Duzend Abgeordnete im Raum befanden.

Zunächst wandte sich Abg. Alhorn gegen den Abg. Tews; er weist in längerem Ausführungen den Ausdruck zurück, daß er lieber Sozialdemokraten im Landtag habe, als Männer seines (Alhorns) Schlages. Er nimmt als mitüberrden Umstand an, daß Abg. Tews von Aerger erfüllt gewesen sei und sich nur von dem Gedanken hat leiten lassen, daß seine politische Sonne nun bald untergegangen ist. Er wolle zwar nicht wieder landbieren; weshalb nicht? Es wäre so schön gewesen, es hat nicht sollen sein.

Abg. Sug führt aus, Abg. Alhorn habe Geschmack daran gefunden, persönliche Dinge in die Debatte zu ziehen und mitzuteilen, wie sie miteinander bekannt geworden sind. Die Sache habe so gelegen: Er habe einen Antrag stellen wollen, der weit über den Antrag Alhorn hinausging. Er habe sich mit dem Abg. Alhorn in Verbindung gesetzt und dann seinen Antrag zurückgezogen, um den Antrag Alhorn nicht zu gefährden. Gegen den Abg. Koch bringt er zum Ausdruck, er lehne es ab, daß er (Koch) immer den Jenfor über seine grundsätzlichen Auffassungen spielen wolle.

Abg. Koch erwidert, Abg. Sug habe erklärt, er sei das böse Bewußtsein des Liberalismus; mit demselben Recht könne er sein Jenfor sein. (Seiterkeit.)

Abg. Alhorn führt aus, die Bestimmung, die Wartezeit solle drei Jahre betragen, sei hauptsächlich der Sozialdemokraten wegen aufgenommen worden. Es sei bekannt, daß sie bei den Reichstagswahlen Schiebungen vorgenommen hätten.

Abg. Sug betrittet das ganz entschieden. Abg. Alhorn erwidert, es sei genug bekannt, daß bei früheren Wahlen eine ganze Anzahl Arbeiter von Bremen nach Delmenhorst abgewandert sei. (Abg. Heitmann: Beweise!)

Schluß gegen 7 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag um 10 Uhr.

**Geschäftliche Mitteilungen.**

**Betten**  
in allerbesten Ausführung, aus feinsten Materialien, stabiles Preisverhältnis, zu billigen Netto-Preisen.  
Alex Goldschmidt, Badenerstr. 10, 68110 Mannheim.

Frostbeulen, aufgesprungene Hände, Flechten, kleinen Brand, off. Beine, Hautausschläge, Wunden in (insbesondere bei wunden Kindern), Wolf, Sch eissische, Himorrhoiden, Ischias, Krampfadern u. andere Geschwüre heilt schnell und sicher die von hohen Aerzten empfohlene, im In- u. Auslande mit höchsten Auszeichnungen prämierte

**Wenzelsalbe** per Dose Mk. 1.—  
In allen Apotheken erhältlich oder direkt zu beziehen durch die alleinigen Fabrikanten Chr. Wenzel & Co., Mainz-Mombach.

**Emser Wasser** Kränchen  
per Dose Mk. 1.—  
In allen Apotheken erhältlich oder direkt zu beziehen durch die alleinigen Fabrikanten Chr. Wenzel & Co., Mainz-Mombach.

**Armour's Fleisch-Extrakt.**  
Dunkel von Farbe. — Stark konzentriert. — Sehr ergiebig. — Ueberall erhältlich. — Hergestellt unter ständiger staatlicher Kontrolle  
Engros-Niederlage: Emil Nolte, Oldenburg.

# 3. Beilage

## zu № 52 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Sonnabend, 22. Februar 1908.

### Aus dem Delmenhorster Stadtrat.

**Delmenhorst, 21. Febr.**  
 Gestern Abend tagte in der Aula der Realschule zum ersten Male der nach der Verhältnißwahl neu gewählte Gesamtschulrat und Stadtrat. Bürgermeister Koch führte die neu gewählten Mitglieder mit einer längeren Ansprache in ihr Amt ein. Er führte u. a. aus, daß er, dank dem Proporzsystem, zum ersten Male sagen könne, er begrüße die von der gesamten Bürgerschaft gewählten Mitglieder. Er hoffe, daß das neue, für Delmenhorst einzig richtige System immer mehr befriedigen werde, und wenn auch Gegenstände vorhanden seien, die augenblicklich für unüberwindlich gälten, wenn auch ein gegenseitiges Ueberzeugen in politischen Sachen ausgeschlossen sei, so sei ein gemeinsames, leidenschaftsloses Zusammenarbeiten für das Wohl der Stadt recht wohl möglich. Wir stehen ja vor der Aufgabe, mit geringen Mitteln viel zu erreichen. Da gilt es ruhigen Muthes an der Zukunft Delmenhorsts zu arbeiten. (Beifall.)

Bei der nun erfolgenden Verpflichtung der neu eingetretenen Mitglieder zeigte sich ein der von sozialdemokratischer Seite für das Stadtgebiet gewählten Mitglieder so schwerhörig, daß es trotz mehrmaligen Vorgesprechens seitens des Vorsitzenden und der benachbarten Herren die Worte: „Ja, das gelobe ich“, nachzusprechen nicht imstande war. Erst nachdem ein gefälliger Nachbar die Formel zu Papier gebracht hatte, konnte die Verpflichtung glücklich zu Ende geführt werden!!!

Kompliziert war die Neuwahl des Vorsitzenden und hätte es zu einem sozialdemokratischen Siege geführt. Die sozialdemokratischen Mitglieder stimmten im Verein mit 3 bürgerlichen Stadtratsmitgliedern für Kaufmann W. Mühlendorff. Sie hatten fertige Stimmzettel gleich mitgebracht. Zwei bürgerliche Mitglieder fehlten, und so entstand nach zweimaligem Wahlgang Stimmengleichheit zwischen Mühlendorff und dem bisherigen Vorsitzenden, Lehrer Rabe. Das Los entschied für letzteren. Bei der Wahl zum zweiten Vorsitzenden rivalisierten Kaufmann Leffers und der Sozialdemokrat Joh. Schmidt. Letzterer unterlag, so daß beide Vorsitzenden wiedergewählt sind. Für die Leitung des Stadtrats wurden beide Herren per Affirmation ebenfalls gewählt. (Im Stadtrat ist das Verhältnis der bürgerlichen Mitglieder zu den Sozialdemokraten erheblich günstiger, nämlich 18:6.)

Lehrer Rabe übernahm nun den Vorsitz, indem er für die Wiederwahl dankte und versprach, nach wie vor unparteiisch, ohne Ansehen von Person und Partei die Verhandlungen zu leiten und um alleseitige Unterstützung zu sprechen die nicht wiedergewählten Herren der Dank der Stadt aus für ihre selbstlose Arbeit im Dienste derselben. In beiden Kollegien erfolgte alsdann die Verteilung der Geschäfte wie folgt:

- A. Gesamtschulrat.** 1. Armenkommission: Nordbruch, Niemann, Gyl, Rehmeier, Jordan. 2. Vorstand der kaufm. Fortbildungsschule: Leffers, Voßten. 3. Vorstand der gewerblich. Fortbildungsschule: Niemann, Kerl. 4. Visitation in der Stadtkämmerei: Rabe, Leffers. 5. Finanzausschuß: Rabe, Leffers, Eienfolt, Jordan, Kerl. 6. Wege- und Wasserbausausschuß: Garjehulen, Warrelmann, Fr. Meyer, Ränge, Mühlendorff. 7. Restaurationsschuß: Sabighorff, Dohmann, Gesse, Sidert. 8. Verwaltungsausschuß: Gesse, Rabe, Niemann, Kerl, Leffers. 9. Ausschuß zur Prüfung der Unterbringung der Fortbildungsschulen: Garjehulen, Rabe, Mühlendorff. 10. Ausschuß zur Vertheilung der höheren Schulen: Garjehulen, Döhmann, Eienfolt. 11. Ausschuß für den Abschluß der beschlossenen Anleihe von 500 000 Mark: Leffers, Voßten, Mühlendorff.
- B. Stadtrat.** 1. Gaskommission: Voßten, Wehrhahn, Gloystein und Senje. 2. Ausschuß zur Prüfung der Regelung des Abfuhrwesens: Dohmann, Nordbruch, Böning, Garjehulen. 3. Straßenausschuß: Böning, Rabe, Leffers, Sabighorff, Garjehulen, Galmorfen, Rehmeier, Dohmann. 4. Ausschuß zur Prüfung der Errichtung eines städtischen Wasserwerkes: Böning, Nordhoff, Schmidt, Nordbruch. 5. Geschäftsordnungsausschuß: Jordan, Rinken, Rabe.

### Aus dem Großherzogtum.

Der Redaktor unterwirft sich bereitwillig den Beschlüssen der Redaktion, welche die Verantwortlichkeit für die Redaktion überläßt, aber keine Verantwortung für die Redaktion überläßt.

**Odenburg, 22. Februar.**  
 \* Spielplan des Großherzogl. Theaters. Sonntag, 23. Februar. 7. Vorst. im Ab. Freireise haben keine Gültigkeit. „Die lustige Witwe“. Operette in 3 Akten von Lehár. Anfang 7 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. — Dienstag, 25. Februar. 81. Vorst. im Ab. Freireise haben keine Gültigkeit. „Die lustige Witwe“. Anfang 7 1/2 Uhr. — Mittwoch, 26. Febr.: 6. Abonnements-Konzert der Großherzogl. Kapelle. — Donnerstag, 27. Februar. 84. Vorst. im Ab. Freireise haben keine Gültigkeit. „Die lustige Witwe“. Anfang 7 1/2 Uhr. — Freitag, 28. Februar. 75. Vorst. im Ab. „Das letzte Wort“. Theaterstück in 4 Akten von Franz v. Schönthan. Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonnabend, 29. Februar. Auser Ab. zu gewöhnlichen Preisen. Freireise haben keine Gültigkeit. Zum Besten des Theater-Pensionsfonds. Zum letzten Male: „Die lustige Witwe“. Anfang 6 Uhr. — Sonntag, 1. März. 76. Vorst. im Ab. Zum ersten Male: „Herodes und Marianne“. Tragödie in 5 Akten von Hebbel. Anfang 7 Uhr.

\* Zur Ablösung von Mannschaften der südwestafrikanischen Schutztruppe werden voraussichtlich Mitte April und Mitte August Transporte abgeandt werden. Für die Ablösung kommen in erster Linie aktive Mannschaften in Betracht. Kann durch aktive Mannschaften der Bedarf nicht gedeckt werden, so werden Mannschaften der Reserve, und zwar in erster Linie diejenigen ausgewählt werden, die der Schutztruppe bereits angehört haben. Anmeldungen von Reservisten nehmen die Bezirkskommandos entgegen. Landwehrleute kommen nicht in Frage.

R. Kirchliche Nachrichten. Die am letzten Weihnachtsfeste zum Besten der Erbauung eines Erziehungsheimes für

verwaistete Kinder veranstaltete Kirchenkollekte hat einen Reinertrag von 2286,54 M.bracht, nur etwa 20 M. weniger als die bisher höchste Weihnachtskollekte vom Jahre 1904, die für die Kapelle in Dämme bestimmt war.

\* **Osternburg, 21. Febr.** Der hiesige „Bergnügungsclub“ machte diese Jahres die Kohlpforte nach Gude. Bis Büdingen benutzte man die Bahn und wanderte dann zu Fuß nach dem Bestimmungsort des Wirtes Seent-Gude. Nach einem frühlichen Besuche man die Ruinen des Klosters. Der Kohl mundete vortrefflich. — Sonntag findet eine kleine Nachfeier in Form eines Langtranzens im Vereinslokal bei G. Barkmeyer (Drielaker Hof) statt. (Siehe Zml.)

vr. **Gruppenbüren, 21. Febr.** Der hiesige Männergesangsverein beabsichtigt am 3. März ein diesjähriges Stützungsfest, bestehend in Aufführungen, Konzert und Ball, abzuhalten. Die Vorbereitungen dazu sind in vollem Gange. Es werden zwei lustige Einakter und verschiedene Kapuzen und Gesangsstücke zur Aufführung gelangen. Der Verein, der sich in der ganzen Umgebung großer Beliebtheit erfreut, wird, wie alle Jahre, auch dieses Mal ein volles Haus haben. — Am nächsten Sonnabend findet der dritte und letzte Verkaufstermin in der „Sommerfrische zum Esarbrück“ statt. Geboten sind vom jetzigen Jahrgang Herrn Ernst Holte 30 500 Mark. Unter der Hand sollen aber schon 35—36 000 Mark geboten sein. Gejammt sieht man dem Ergebnis entgegen, da man ungern den beliebten Wirt von hier scheiden läßt.

# **Delmenhorst, 21. Febr.** Auf dem heutigen mit 733 Tieren betriebenen Schwoinemarkt wurden bei flottem Handel für tragfähige Sauen 80 bis 110 M. und für Ferkel pro Alterswoche 2 M. und darüber bezahlt. Wieder mußte ein Bremer Gejammt mit ca. 20 Schweinen vom beamteten Tierarzt wegen Seuchenverdachts vom Markte verwiesen werden. — Die in den Vorstand des Bürgervereins gewählten Herren haben nunmehr sämtlich die Wahl angenommen. — Die Delmenhorster Linoleumwerke „Ankermark“ werden nach Vorschlag des Aufsichtsrats wiederum 22 Prozent Dividende verteilen. Auch die übrigen großen Fabriken werden im großen und ganzen mit ihren Dividenden nicht hinter dem Vorjahr zurückbleiben; von einem Niedergang in der Konjunktur kann nirgends die Rede sein, und so wie das Geld nur noch etwas mehr fließt, wird die so lange geplante vierte Linoleumfabrik in Angriff genommen.

### Stimmen aus dem Publikum.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber keine Verantwortung!

#### Odenburg droht Gefahr!

(Ein ernstes Wort in letzter Stunde zum 7 Millionen-Projekt.)

Die Verlegung des Rangierbahnhofs von Odenburg nach der Strecke Osternburg-Sandring scheint jetzt wohl ziemlich beschlossene Sache zu sein. In diese Verlegung absolut notwendig? Ein stiller Beobachter der Eisenbahnverhältnisse würde sagen: nein. Der Ausbruch „Umbau“ des Rangierbahnhofs könnte endlich in „Ausbau“ umgewandelt werden. Wenn nämlich die Privatwohnungen aus dem Hauptgebäude entfernt würden, gäbe es schon erheblich mehr Platz.

Die Vorhalle könnte vergrößert werden zwecks Tunnelung, die Wartefläche könnten zurückgelegt werden für Schalterräume, die ersten beiden Gleise in der Halle durchgeföhrt werden für diezüge Esnarbrück-Beer und umgekehrt.

Neben der jetzigen noch gut erhaltenen Halle würde eine zweite gleichartige aufgeführt zum Gleis Bremen-Wilhelmshaven und umgekehrt, und das fünfte Gleis an der Halleseite würde für die Brauerzüge genügen. Wenn diese Bahnsteige durch einen schönen, breiten Tunnel miteinander in Verbindung kämen, würde ein ganz erheblicher Personenverkehr bewältigt werden können. Außer diesem würde je ein Tunnel auf beiden Enden der Halle für die Post, Güter und Gepäckförderung genügen; sie könnten mit elektrischen Fahrplänen ausgerüstet werden. Der Rangierbahnhof würde unter den vorher beschriebenen Verhältnissen absolut keine Gleise missen brauchen. Wenn noch die Einfahrtgleise für Brauerzüge, Güter- und Personenzüge etwas weiter nach der Hunte hinausgelegt und dann etwa bei den neuen Engländern in Gleis fünf münden würden, könnte von da aus der Verkehr über den ganzen Bahnhof geleitet werden; der ganze jetzige Rangierbahnhof würde isoliert liegen und könnte noch erheblich vergrößert werden; die Rangierarbeiten würden nicht durch die ein- und ausfahrenden Brauerzüge gehöhrt. Unter diesen Umständen würde der Rangierbahnhof auf jeden Fall noch auf lange Zeit genügen. Einflußreiche Männer haben übrigens konstatiert, daß die Zeit der Hochkonjunktur überschritten sei, deshalb wäre Vorsicht doch hier wohl am Platze.

Wenn nun auch etwas Mangel an Platz wäre, so könnten an der Donnerstschwerstraße noch je zwei gute Ladegleise angelegt werden, die Güter könnten dann sofort vom Rangierberg dahin abrollen; daß diese Plätze begehrt würden, beweist das Thorgleis bei der Eisenbahndirektion. Es wäre fernerzeit überhaupt besser gewesen, den Produktentwurf nach der Donnerstschwerstraße zu verlegen und die Werksflächen nach dem Stau, dann wären doch diese kolossalen Wagenkipperetten überflüssig gewesen, was doch dauernd sehr Hörend auf den ganzen Bahnverkehr wirkt. Außerdem hat es den Anschein, als ob die Güterzüge nicht so lange und nicht so oft vor dem Bahnhofe zu halten bräuchten. Der Grund wird wohl in einer gewissen Gleichgültigkeit der Aufsichtsbearbeiter zu suchen sein. Oder liegt eine gewisse Absicht darin, um die Notwendigkeit des neuen Rangierbahnhofs besser beweisen zu können?

Wenn wir denselben erst haben, wird man die dummen Gesichter sehen können, und damit komme ich auf den Hauptpunkt.

Die größere Anzahl der Eisenbahnbetriebsbeamten

wird im Güterverkehr beschäftigt, und von diesen Beamten hat die Mehrzahl ihren Wohnsitz nördlich des Pferdemarktplatzes, im Heiligengeistviertel; es wird deshalb auch nicht ohne Grund Eisenbahndirektion genannt. Wenn nun der neue Güterbahnhof nach Osternburg-Sandring verlegt würde, müßte doch die Mehrzahl dieser Beamten mit ihren Familien ihren Wohnsitz wechseln, denn bei dem Güterzugdienst, der hauptsächlich in der Nacht erfolgt, ist es ganz unmöglich, soweit von seiner Dienststelle zu wohnen. Wenn z. B. das Personal der frühen Güterzüge, deren Arbeitszeiten zwischen 2 Uhr bis 3 30 Uhr morgens liegen, erst einen so großen Weg machen sollte, könnte es keine Dienstpflicht bis nachmittags 6 Uhr mehr aushalten.

Der Weg von der Ecke der Akerstraße durch die Akerstraße ist genau südlicher Richtung und beträgt bei flottem Gange 35 Minuten bis zur Gacelerbrücke, von da nach der Haltestelle Osternburg 15 Minuten. Dann ist der Bahnhof 3 Kilometer lang, dort werden die Güterzüge nach Richtung Esnarbrück auf dem südlichen Ende aufgestellt, 3 Kilometer à 10 Minuten sind 30 Minuten, macht zusammen 35 + 15 + 30 Minuten = 80 Minuten. Ebenso muß das den Dienst verlassende Personal diesen Weg machen. Der einzige Ausweg wäre eine Anlehnung auf der Osternburg.

Jetzt hat von dem Odenburger wohnenden Personal eine große Anzahl sich ein eigenes Heim gegründet. Wenn nun aber eine große Auswanderung von Eisenbahnbeamten nach Osternburg stattfinden würde, wer will ihnen dann die Häuser abkaufen oder wer will dann die Wohnungen mieten? Wie viele kleine Handwerker arbeiten für die Eisenbahner, wie gerne steht man bei den Kaufleuten die Eisenbahnerfrauen. Nachher ist alles vorbei, und wenn man sich dann nachher noch den Wahlspruch der Detailisten zu Herzen nimmt (Kauf am Platze! nämlich in Osternburg), welchen Schaden wird die Stadt Odenburg davon haben?

Der Ort Osternburg könnte, sobald das Projekt genehmigt ist, sofort ein Gutepostenbezirk verankert und mit dem Bau einer neuen Kirche und Mittelstraße beginnen. Wenn jetzt auch noch nicht der Bau eines Lokomotivschuppens auf dem neuen Güterbahnhofe vorgesehen ist, so wird doch wegen des Platzmangels in dem jetzigen Schuppen, trotz des neuen Anbaues, mit dem Neubau gerechnet werden müssen, also das ganze Lokomotivpersonal würde dann aus Odenburg gedrängt werden.

Wenn selbst die Regierung die neuen, in der Vorlage benannten Aufstellungen für den erheblichen Personalverkehr zwischen dem alten und dem neuen Bahnhof vorgesehen hätte, würde doch der Schiffverkehr auf der Hunte ganz lahmgelegt werden, weshalb eine elektrische Schwebbahn vorzuziehen wäre.

Daß die Personalvertheilung keine geringe ist, wird aus nachstehender Personalbenennung zu ersehen sein. Es kommen in Frage: Güterverwalter, Assistenten, Bureauassistenten, Stationsverwalter, Stationsassistenten, Lademeister, Güterbodenarbeiter, Rangierer, Rangierbremser, Bahnmeister mit Streckenarbeitern, Stellwerkswärter, Weichenwärter, Wagenrechner, Zugführer, Bremser, Lokomotivführer, Lokomotivbeisitzer, Wertmeister, Zeughausausseher, Lokomotivputzer, Wagenmeister und Wagenreparaturschlosser. Außerdem zur Reparatur der Maschinen Betriebschlosser, Kupfer Schmiede und Klempner.

Man muß außerdem bedenken, wie viele Angehörige dabei noch berücksichtigt werden müssen. Darum, Herr Oberbürgermeister, verehere Handelskammer und Gewerkskammer, die Augen auf! Hoher Landtag, ein klarer Blick und ein kräftiges „Nein“; das Wohl vieler ist gefährdet.

Sollte denn an der Wilhelmshavener oder Bremer Strecke kein Land zu bekommen sein, wo ein fester Boden zur Verfügung stände, wie das alte, trügerische Osternburger Moor?

Ein täglicher Beobachter.

### Briefkasten.

N. N. Die Staatliche Kreditanstalt gewährt Darlehen auf Grundbüden und selbständige Wohngebäude, deren derzeitige Verwertbarkeit genügend gesichert erscheint. Sie beuhnt a. B. 4 Prozent Zinsen und einen jährlichen Abtrag auf das Kapital von mindestens 1/2 Prozent bei landwirtschaftlichen und 1 Prozent bei Gebäudefdarlehen. Außerdem wird augenblicklich ein einmaliger Kurzzinszuschlag von 2 1/2 Prozent erhoben, welcher mit je einem Fünftel an den fünf ersten Zinstermimen zahlbar ist. Der Darlehensnehmer hat ferner für die ersten 10 Jahre auf sein Kündigungsrecht zu verzichten. Im übrigen hat der Schuldner das Recht der Kündigung mit halbjähriger Frist, während die Darlehen von Seiten der Anstalt bis auf gewisse Ausnahmen un kündbar sind. Im Geschäftsbüro der Anstalt (Schloßplatz 2a), wo die Darlehen auf Grundbüden in Stadt und Amt Odenburg mündlich zu beantragen sind, wird bereitwillig jede weitere Auskunft erteilt. Für Darlehen auf Grundbüden anderer Bezirke ist der Antrag bei dem betr. Großherzoglichen Amt einzubringen.

P. N. S. Das „Versicherungswesen“ ist eine sehr ausgedehnte Institution mit staatlicher oder privatrechtlicher Organisation. Ueberwiegend sind die privaten Gesellschaften, meist Aktiengesellschaften. Für diese ist selbstredend eine bestimmte Vorbildung nicht vorgeschrieben, auch für staatliche Verwaltung ist nicht absolut maßgebend. In den höheren Stellungen befinden sich meist Personen mit juristischer, nationalökonomischer, technischer oder kaufmännischer Ausbildung; zu Fachleuten werden sie erst durch ihre Tätigkeit und Erfahrung in diesem Berufe. Es kann ein junger Mann, der etwa durch den Einjährigen-Schein genügende Schulbildung nachweist, durch eigene Tätigkeit mit besonderer Rücksicht auf das Fach sich selbstredend bessere Ausbilden lassen.

G. E. Darf der Richter, wenn er manchmal 14 Tage, 3 Wochen und noch mehr bereift, die Haustür zur Oberwohnung schließen und den Schlüssel mitnehmen? Was sagt das bürgerliche Gesetzbuch in diesem Fall? — Das V. O. B. sagt über diese Frage begrifflicher.

weise garnichts; wie der Verfasser aber über dieselbe dachte, dafür mag Ihnen ein Satz aus dem Reichstagskommissionsbericht einen Anhalt geben. Zu der Bestimmung, daß der Vermieter dem Mieter den Gebrauch der vermieteten Sache gewähren muß, ist bemerkt: „Nach der erfolgter Kündigung darf Vermieter ohne Erlaubnis des Mieters dessen Wohnung nicht betreten, um sie Miethülftigen zu zeigen. Doch ist, wie allseitig anerkannt worden, der Mieter ungewissheit verpflichtet, nach eingetretener Kündigung dem Vermieter die Vorweisung der Wohnung an Miethülftige in angemessener Zeit zu gestatten.“ Daraus ergibt sich, daß das Ausrecht dem Mieter zusteht, und daß es besonderer Gründe bedarf, um dem Vermieter einen Anspruch auf Betreten der Wohnung zu verschaffen. Folglich kann der Mieter auch die Wohnung durch Abschließen unzugänglich machen. Treten besondere Umstände ein, nach denen vernünftiger Weise dem Vermieter der Zugang gestattet werden muß, z. B. notwendige Reparaturen, so hat der Vermieter den Mieter zu ersuchen, diesem Bedürfnis zu entsprechen. Mit dieser Verpflichtung steht es im Zusammenhang, daß bei längerer Abwesenheit des Mieters der Vermieter wenigstens an eine geeignete Stelle verweisen sein muß, welche ihm die Wohnung aufschließen kann.

M. 5. Wie viel beträgt die Gebührentaxe für eine 1. Entbindung: a) ohne, b) mit nachfolgenden Besuch? 2. Müssen Nachbesuche gemacht werden und wie viele? 3. Ermöglicht sich die Taxe, wenn die Hebamme einen kurzen Weg hat? oder ist sie immer gleich? 4. Erhält die Hebamme die Verbahrwarte u. u. umsonst vom Staate geliefert?

I. Allgemeine Bestimmungen. 1. Die niedrigsten Gebührensätze kommen zur Anwendung, wenn nachweisbar Unbemittelte, Armenverbände oder Kasien, welche einer gesetzlichen Krankenversicherung dienen, die Zahlungspflichtigen sind. 2. Im übrigen richtet sich der in Rechnung zu stellende Gebührensatz nach den örtlichen Verhältnissen, nach der größeren oder geringeren Wohlhabenheit beziehungsweise den Erwerbsverhältnissen des Zahlungspflichtigen, sowie nach der besonderen Wüstenhaltung und Selbstbesammlis, die mit der einzelnen Verrichtung für die Hebamme verbunden sind. 3. Bei Besuchen nach Orten, die mehr als 2 Kilometer von dem Mittelpunkt des Wohnortes der Hebamme entfernt liegen, hat sie freie Beförderung oder eine Wegegebühr von 0,20 M. für jedes angelegene Kilometer des Hin- und Rückweges zu beanspruchen. 4. Unter Nacht im Sinne der Gebühren-Ordnung wird die Zeit von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verstanden.

II. Gebühren für einzelne Verrichtungen. 1. Für eine leichte und natürliche Geburt 5-12 M.; 2. für eine solche, wenn dabei Tag und Nacht zugebracht werden, 7-15 M.; 3. für eine Zwillinggeburt 7-15 M.; 4. für die Hilfe bei einer Geburt, die durch einen Geburtsfehler beendet werden muß, 7-15 M.; 5. für eine im Notfall unternommene geburtschifflige Operation neben den unter 1-3 erwähnten Gebühren 5-10 M.; 6. für die Hilfe bei einer Frühgeburt 3-5 M.; 7. für die tägliche Pflege der Wöchnerin und des Kindes wöchentlich 3,50-10 M.; 8. für jeden besonders verlangten Besuch 0,50-1 M.; 9. für einen Besuch bei Nacht 1-2 M.; 10. für eine Nachtwache bei einer Entbundenen 3-5 M.; 11. für die Untersuchung einer Person 1-2 M. Wird

ein Bericht über die Untersuchung verlangt, das zweifache dieses Satzes; 12. für das Sehen von Kathetern, Anlegung des Katheters, ärztlich angeordnete Scheiden-Auspülungen und ähnliche Dienstleistungen, außer der Zeit der Geburt und des Wochenbetts, 1-2 M.; 13. für Schröpfen, Umsetzen von Blutegeln 1-2 M.

Ungenannt. Friedrich Dr. ennus dankt für Ihr Schreiben, das Sie durch unsere Vermittlung an ihn gesandt haben. Heute ging uns von ihm eine Antwort zu, die Sie, bitte, in der Redaktion in Empfang nehmen wollen.

F. 5. Die Beantwortung der Frage, ob Ihr Gewerbe als ein in das Handelsregister eintragungspflichtiges anzusehen ist, hängt von einer eingehenden Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse ab, für die Ihre Angaben nicht ausreichen. Eine offene Handelsgesellschaft u. u. können die „Gebrüder“ nicht eingehen, ohne in das Handelsregister eingetragen zu werden. Die Firma, unter der sie Ihr Geschäft zu betreiben beabsichtigen, deutet offenbar an, daß dasselbe über den Rahmen eines landwirtschaftlichen Nebengewerbes hinausragt, den Charakter eines kaufmännischen Betriebes trägt und sich, vollends bei dem gemeinschaftlichen Betriebe durch mehrere (gleichberechtigte?) Personen, der Eintragungspflicht der Firma, unter der es betrieben wird, nicht entziehen darf.

Herrn v. B., v. D. und v. F. Vor der Öffentlichkeit können wir Ihnen Ihre Frage nicht beantworten. Wenden Sie sich persönlich an den Chefredakteur, der wird Ihnen den Wunsch erfüllen können, natürlich gegen das Versprechen der Discretion.

F. B., Metzendorf. Die Unteroffizierschulen haben die Bestimmung, junge Leute, welche sich dem Militärstande widmen wollen, zu Unteroffizieren heranzubilden. Der Aufenthalt in der Unteroffizierschule dauert in der Regel drei, bei besonderer Brauchbarkeit zwei Jahre, in welcher Zeit die jungen Leute gründliche militärische Ausbildung und solchen Unterricht erhalten, welcher sie befähigt, bei sonstiger Eignung auch die bevorzugteren Stellen des Unteroffizierstandes (Feldwebel u. u.), des Militär-Verwaltungsdienstes (Unterzahlmeister, Zahlmeister u. u.) und des Zivildienstes zu erlangen. Der Unterricht umfaßt: Lesen, Schreiben, Rechnen, Deutsche Sprache, Antertigung aller Arten von Dienstschreiben, militärische Rechnungsführung, Geschichte, Geographie, Naturlehre, Stenographie, Homb- und Planzeichnen. Der in die Unteroffizierschule Einzutretende muß mindestens 17 Jahre alt sein, darf aber das 20. Jahr noch nicht vollendet haben. Der Einzutretende soll 154 Zentimeter groß, vollkommen gesund, frei von körperlichen Gebrechen, sowie wahrnehmbaren Anlagen zu chronischen Krankheiten sein. Eine taubstille Führung ist Hauptbedingung. Ferner muß der Einzutretende lateinische und deutsche Schrift mit Sicherheit lesen und schreiben können und die ersten Grundlagen des Rechnens mit unbekanntem Zahlen kennen. Der Eintritt in eine Unteroffizierschule kann nur dann erfolgen, wenn sich der Freiwillige zuvor verpflichtet, nach erfolgter Ueberweisung aus der Unteroffizierschule an einen Truppendeitel noch vier Jahre im aktiven Heere zu dienen. Wer in eine Unteroffizierschule aufge-

nommen zu werden wünscht, hat sich bei dem Bezirkskommandeur seines Aufenthaltsortes, für den Amtsbezirk Oldenburg bei dem Oberleutnant z. D. v. Debschitz, persönlich zu melden und dabei vorzulegen: a) einen von dem Zivilvorstandenden der Ersatzkommission seines Aufhebungsbezirks ausgestellten Meldebchein, b) den Konfirmationschein bezw. einen Ausweis über den Empfang der ersten Kommunion, c) etwa vorhandene Schulzeugnisse, d) eine amtliche Bescheinigung über die bisherige Beschäftigungsweise, über früher überlandene Krankheiten und etwaige erbliche Belastung. Diejenigen Freiwilligen, welche den Eintritt nachgesucht haben, erhalten durch Vermittlung des zuständigen Bezirkskommandos den Anmahmeschein von der Unteroffizierschule, welcher sie zugeteilt worden sind. Unteroffizierschulen befinden sich in Biebrich, Tretow (Rega), Ettlingen, Marienwerder, Jülich, Potsdam und Weisenfels. Eine Einstellung findet indessen bei den Unteroffizierschulen in Jülich, Potsdam und Weisenfels nicht mehr statt, da dieselben sich aus Unteroffizier-Vorschülern ergänzen. Die Einstellung findet entweder am 1. April oder 1. Oktober statt. Die kostenlose Verpflegung ist eine durchaus gute und bürgerliche. Die Speisen werden durch Frauen zubereitet. Behandelt werden die Unteroffizierschüler von den Vorgesetzten, wie es die militärischen Gebräue vorschreiben. Wer sich gut führt und stets die Befehle befolgt und dieselben, so gut er es kann, ausführt, wird eine angenehme Dienstzeit auf der Unteroffizierschule haben. — Selbstverständlich muß Lust und Liebe zum Soldatenstande vorhanden sein.

Langenflaggen. Die Langenflaggen, welche die Mannschaften des oldenburgischen Dragoner-Regiments führen, bestehen aus blau und rotem Tuch, den oldenburgischen Landesfarben. Aus dunkelblauem Stoff sind Langenflaggen der Unteroffiziere dieses Truppenteils gefertigt. In der Mitte dieser Flaggen befindet sich der preussische Adler in gelber Farbe. In einigen Bundesstaaten des Reiches, z. B. in Mecklenburg, befindet sich in den dunkelblauen Langenflaggen der Unteroffiziere aber das Landeswappen. Bei preussischen Kavallerie-Regimentern ist der Adler in den Langenflaggen weiß.

G. 1. W e i ß e r P o l i s wird mit Wasser zu einem dicken Brei angerührt, aufgetragen und bis zum Hartwerden sitzen gelassen. Nach dem Abnehmen derselben werden die D e l f e d e aus der Warmplatte herausgenommen sein. 2. Die andere Anfrage werden Sie im nächsten Briefkasten beantwortet finden.

Wasferade. Einen weißen, mit Rot gestreiften Wasferadenanzug färbt man schwarz durch „Brauns Reformschwarz“.

G. 3. 101. Zeitungen für Uhrmacher sind: „Deutsche Uhrmacherzeitung“ (Karl Marfels M.-G.), Berlin S. W. 12, Zimmerstraße 8; „Leipziger Uhrmacherzeitung“ (Wilhelm Driebener), Leipzig.

F. 2. Es gibt verschiedene Flüssigkeiten, wodurch man Glasplatten ungetrenntlich miteinander verbinden kann. Um Ihnen nähere Auskunft geben zu können, müssen Sie vorher angeben, zu welchem Zwecke Sie die Glasplatten gebrauchen wollen.

# Total-Räumungs-Verkauf!

Mein großes Lager ist in allen Artikeln reich sortiert und treffen noch täglich große Posten Waren ein, welche ich sofort mit dem ganzen Lager zum Verkauf stelle.

Ich gewähre auf sämtliche Artikel

→ **15 Prozent Rabatt** ←

in bar oder auch 10 Prozent in bar und 5 Prozent in Rabattmarken.

Man versäume nicht die günstige Gelegenheit zum Einkauf von

**Konfirmanden-Ausstattungen.**

Für Brautleute ist es jetzt Zeit zur Anschaffung von

**Braut-Aussteuern.**

Bettfedern und Dauen in anerkannt nur bestbewährten Qualitäten, garantiert staub- und geruchfrei.

— Preise sind staunend billig! —

**A. Kistenmacher,** Langestrasse 48, h. Rathaus.  
Mitglied d. Rabattsparrvereins.



Zu verkaufen mehrere gut erh. Pumpen u. 2 Bogenlampen für Gas. ...

Gelegenheitskauf!! Große jährige Frz. Cath.-Pflaumen, empfielt Paul Danckwardt.

Delikaten Sauerkohl, Salzschnittbohnen, Konserven i. Büchsen empfielt Paul Danckwardt.

Moorriemer weiße Bohnen, bei Paul Danckwardt.

Prima Heringe, bei Paul Danckwardt.

Futtermehl, 100 Pfd. m. Sack Mk. 6.70, Feinmehl, 100 Pfd. mit Sack Mk. 8.50, ...

Paul Danckwardt. Odenburg. Da für die Behrensische Besingung, ...

Spar- u. Darlehnskasse Rastede. General-Versammlung am Dienstag, den 25. Februar d. J. ...

Donnerstag, 27. Febr. cr., nachm. 4 Uhr anfr., 40 beste Butjäd. Buchschafe

Wille's Maraschino, beliebt. Damenlikör. Käuflich: Stauffn. 10, Kaiserstraße 13 u. in Kolonialwaren- u. Delikat.-Geschäften.

Rastede. Für Einlagen mit 6monat. Kündigung vergüten wir jetzt 4% p. a. Rasteder Bankverein.

Strickhansen. Zu verkaufen von 2 Bernhardsinerhunden einer nach Wahl sowie einige junge dito. Einr. Ehlers.

Odenburg. Zu verkaufen eine beste dreijähr. Düene und eine Kuh, die in 8 Tagen kalben muß. Cloppenburgerstr. 26.

Haus- u. Land-Verkauf.

Elstleth. Die folgenden, zum Nachlasse der Witwe des Provicriars Jürgen Gerhard Grube zu Oberree gehörenden Besitzungen sollen öffentlich meistbietend verkauft werden, und zwar:

- 1. die zu Oberree in unmittelbarer Nähe Elstleth's direkt an der sehr verkehrsreichen Chaussee Elstleth-Odenburg schön belegene Besitzung, bestehend aus massiv gebautem zweistöckigen, herrschaftlichen Wohnhause mit großem Lust- und Gemüsegarten, sowie vielen Obstbäumen, mit Antritt auf sofort oder 1. Mai 1908. ...

- 2. die im Burwinkel selbe belegenen, in der Mutterrolle der Gem. Warbenleth zu Nr. 381 verzeichneten Ländereien, mit Antritt zum 10. November 1908, als: Brodweid groß 1,1537 ha, ...

Diese Ländereien, die an vorzüglicher Lage belegen, sind allerbeste Fettweiden. Die Kaufobjekte kommen geteilt und zusammen zum Verkauf. Dritter und letzter Verkaufstermin sieht an:

Sonnabend, den 29. Febr. d. J., nachm. 4 Uhr, in Aplers Gastwirtschaft zu Sünthebrück.

Zu diesem Termine wird der Zuschlag bei irgend annehmbarem Gebote bestimmt erteilt werden. Kaufliebhaber laden freundlichst ein

Elstleth, B. Gloystein, Nachschlepfer, S. Fels, Aukt.

Großenmeer. Feuerhausmann J. S. Büfing zu Moorleite hierleth läßt umzugshalber

Montag, 2. März cr., nachm. 2 Uhr anfr., 1 Sengheiter, W. Hartbine, Nr. 13990, B. Ehrenfried, ...

3 milchende wieder bel. Kühe, 3 beste belegte Düenen, 11 jährige Ochsen, ...

25 beste trachtige Buchschafe, ferner: Motorwagen mit Anzug, ...

Wiederkäufer, 2 Mooreggen, Drechmaschine mit Göpel, ...

einige feinsten Dachstroh und was sich sonst vorfindet auf Sachungsfrist meistbietend verkaufen.

Wieh kann in Futter stehen bleiben. C. Saake, Aukt.

Schützenjoppe und Hut, wie neu, für 15 M zu verk. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Verkauf. B. v. e. schönes Bullenkalt. Alexander-Str. 40. Wegen Platzmangel billig zu verkaufen eine Sitzbadewanne. Kaiserstraße 23, unten.

Meßinglängen für Treppenläufer zu kaufen gef. Off. unter V. 370 an Bittale, Langestr. 20.

Auktion.

Bardeleth, Frau Landwirtinrich Witte Witte, dajelst läßt Eterefallshaber am

Sonnabend, den 14. März d. J., nachm. 1 Uhr anfr., in und bei ihrem Hause:

- 7 Milchkühe, teils wieder belegt, 12 jähr. Ochsen, 15 jährige Ochsen und Quenen, 15 Kuh- u. Ochsenrinder, 7 Milchfäßer, mehrere Schweine und Schafe, 1 zweijährig. Stutzpferd, 1 Stutzfüllen, großer Posten Hen und Stroh,

erner: 1 Drechmaschine, 4 Motorwagen, 1 Kuchwagen, 1 Schweißelstein, 1 Häckelmaschine, ...

Das Vieh kann bis zum 15. April unentgeltlich in Fütterung bleiben. Kaufliebhaber laden freundlichst ein

B. Gloystein, Aukt., Elstleth.

Herr Gastwirt D. Kempen hier, beauftragte mich, seinen am Pferdemarktplatz hierf. sehr günstig belegenen

Gasthof, bestehend aus den Wohn- und Wirtschaftsbauwerken nebst Stallung, zwei Regelpbahnen u. schönem Zier- und Gemüsegarten, groß 66 Ar 22 Dm, ...

zum Antritt auf den 1. Mai 1908 freiwillig öffentlich meistbietend zu verkaufen.

Die Ausbietung soll im Ganzen und geteilt erfolgen, wobei auch der Wechselstempel besonders zum Ausgabebet gelangen wird. Der Gasthof hat eine gute Stadt- u. Landbuschdacht; der jährliche Umsatz kann durch Vorkaufszugabe nachgewiesen werden.

Den Versteigerungstermin habe ich auf

Mittwoch, 4. März cr., nachmittags 3 Uhr, in dem zu verkaufenden Gasthofe anberaumt, wozu Kaufgegnigte eingeladen werden.

W i r i d, den 18. Febr. 1908. Königlich Auktionator.

Russischer Allasch (Doppel-Kämmel), süß und kräftig. Käuflich: Stauffn. 10, Kaiserstraße 13 und in Kolonialwaren- u. Delikat.-Geschäften

Carl Wille, Odenburg. Großenmeer. Haussohn Joh. Schwaring hierleth läßt bei Scheel's Gasthause hierf.:

Sonnabend, 29. Febr. cr., nachm. 3 Uhr anfr., 50-60 beste Butj. Buchschafe

öffentlich meistbietend verkaufen. C. Saake, Aukt.

Gute Subdirektion bedeutender alter Versicherungs-Aktien-Gesellschaft (Leben, Unfall, Haftpflicht, ohne Volksversicherung) für Odenburg, Bremen u. angrenz. preuss. Gebiete an praktisch erprobten und bewährten Fachmann zu vergeben. Hohes festes Einkommen wird zugesichert. Leitung und Einrichtungen suchender Gesellschaft entsprechen in reichem Masse allen neuzeitlichen Anforderungen. Gest. Offerten beliebe man unter H. W. 2598 an Rudolf Mosse, Berlin S.W. einzureichen. Auf Wunsch bereitwilligst Wahrung völliger Diskretion!

Geschäfts-Anzeige. Hierdurch erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich die der Frau Wm. Wönnig, Sonnenstraße Nr. 25, gehörende Tischlerei mit Dampftrieb käuflich erworben habe. Die Anlage soll zur Umfertigung von Maschinenfabrikern, ...

F. Weiss. Odenburg, den 18. Februar 1908.

Kaffee Borgstede's Kaffees sind beliebt durch ihre Güte und den aromatischen Geschmack. Täglich Versand. Proben gratis u. franko. J. D. Borgstede, Elstleth a. d. W. Kaffee-Gross-Rösterei mit elektrischem Betrieb. Gegründet 1824. Fernsprecher Nr. 4. NB. Wo nicht vertreten, direkter Versand an Private.

C. & G. Ballin, Bank-Geschäft. Eröffnung von provisionsfreien Scheckkonten. Zinsvergütung z. Zt. 3%.

Versende 30 Tage zur Probe

1 Volkstreu-Haarschneidmaschine mit 3 Schnittgängen, 1 Volksfreund-Rasiermesser, 5 Jahre Garantie, ...

Friedrich Wilhelm Engels, Gräfrath-Solingen Nr. 350. Weibbekannte Stahlwarenfabrik und Versandhaus. Seidhamperle b. Wieselfe. Zu verk. fast neues Damenrad, billiger. Vöndstr. 29. Kleiner g. ech. Dampfbrenner zu f. gef. Off. S. 479 Exp. d. Bl.

Moorhauken b. Altenhunteort. Zu v. e. nahe a. Kalb. sich. beste Milchkuh. Wm. Danken. Meppige Büste! Schöne volle Körperform ...

Schützen-Verein Petersfehn. Am Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr: Versammlung im „Schützenhof“.

Männer-Gesangverein Nadorst. Am Freitag, den 28. Febr. 1908: 12. Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Gesangsvorträgen und --BALL--

Edewecht. Am Sonntag, den 1. März 08: Ball, wozu freundlichst einladet O. A. Gehrels.

Nadorst. Am Sonntag, den 28. Februar: Groß. Bockbierfest mit Ball.

Klub „Germania“. Oberlethe. Am Sonntag, den 23. Febr. d. J. nachm. 8 Uhr: Versammlung in G. Albers' Wirtschaft zu Oberlethe ...

Konzertanzeige. Das sechste Abonnements-Konzert der Götterherzoglichen Hofkapelle findet

Mittwoch, den 26. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im Theater statt.

Violin-Solo: Herr Joan Manón aus Barcelona. Programm: Kaiserlicher von H. Wagner, ...

Kaffepreise: Fremdenloge 4 M., 1. Rang 3 M. 50 S., Parquet u. 2. Rang 3 M., ...

Der Biletverkauf findet am Tage des Konzerts mittags von 12-1 Uhr und an der Abendkasse in der Vorhalle des Theaters statt.

Das Hofkapell-Direktorium.



stehende noch die un menschliche Moseit, seine Wut an den un schuldigen Tieren in so gemeiner Weise auszulassen. 5. Die zwei Militaerpflichtigen S. und V., welche ohne Erlaubnis der militaerlichen Behoerde ausgemandert sind, werden je zu 150 M Geldstrafe verurteilt. 6. Die Marktbesitzer B. und F. waren angeklagt, auf dem Feseler Markt ohne behoerdliche Erlaubnis Waren feilgeboten zu haben, indem sie Kinge, welche mit Wuerfeln gemonnen werden konnten, in den Gasthoesen den Gaestern anboten. Der B. gestand ein, dies getan zu haben. F. bestritt es aber auf jeden Fall, auch konnten die ersehdnen Zeugen nicht beweisen, das F. gehandelt haette. F. will nur zum Vergnuigen dort gewesen sein; weil er keinen guten Platz bekommen hatte, haette er gar nicht aufgetaucht. Urteil: V. 30 M Geldstrafe, B. 6 Tage Haft; F. wird freigesprochen. 7. Der Arbeiter B., ein aelter Mann, schon 2 mal vorbestraft, hatte sich beim Uhrmacher Dieder. Maeller in Varel eine Uhr auf Abzahlung gekauft und die ueblichen Bedingungen, welche das Eigentumsrecht des Veraerkauften bis zur vollen Bezahlung maehren, unterzeichnet, maechte aber trotzdem die Uhr zu Gelde und verkaufte sie acht Tage darauf in Reudorf. Der Angeklagte will betrunken gewesen sein und von dem Kaufvertrag nichts wissen. Er wurde jedoch eines anderen belehrt und erhielt 14 Tage Gefaengnis.

**Vermischtes.**

**Wagners Tetralogie hat ein Loeh.** Ein Mitarbeiter des "Sil Blas", offenbar ein muetiger Kopf, feiert Wagners 25. Todestag auf wuerdige Art. Er kritisiert mit bitterem Ernst die Szene im "Aeneidgold", wo Faesner und Folsolt verlangen, das Loeh in dem Goldhauejen, dem Preis fuer Freia, durch das man diese noch sehen kann, solle auch mit Gold ausgefuellt werden. Wotan sieht also seinen Ring vom Finger und legt ihn dazu. Sieht denn hier niemand den Moedinn? Jeder Ring, so magisch er auch sein mag, bleibt doch immer ein Ring, d. h. ein "Loeh mit etwas drum". Wer kann ein Loeh mit einem Loeh ausstopfen! Das, so sagt er, tut Wagner ja keinen Wobruuch; aber nicht stoert es immer. Wenn man mir die Wunderdinge von der Tetralogie erzaehlt und vor Bewunderung vergeht, werde ich immer unruhig. Ich kann — es ist mein Ernst — nicht vergessen, das das ganze Gebaeude auf einem Loeh beruht. — Das nennt man Lieberkeit.

**Heiratschwindel am Telephon.** Aus Juirich wird gemeldet: Auf einen merkwuerdigen Trick ist eine Betruegerin verfallen, die in Juirich verhaftet wurde. Sie hatte, die Stimme eines Mannes nachahmend, durch das Telephon eine allerdings recht platonische Liebchaft mit einer aeltlichen Jungfrau angeknuepft und sich mit ihr sogar verlobt. Allen Wuenschen, ihren Brautigam doch persoenlich kennen zu lernen, wuente Herr Heiratschwindel — so nannte sich die Betruegerin — unter allerhand Unsuelligkeiten zu begegnen — ein Rendezvous auf spaetere Zeit verschiebend. Bald aber sahen es der Braut, als wenn sich ihr telephonischer Geliebter in gedrickter Stimmung befaende. Darum von ihr befragt, aeuert Herr Heiratschwindel feutzend, das er sich in großen Geldsalamitaeten befaende und das dies auch einer der Gruende sei, warum er seiner Angebeteten nicht unter die Augen treten wuente. Diese hatte ihm telephonisch ihr Herz geschenkt, sie sandte ihm auch — ebenfalls durch Vermittlung der Post — ihre Erbpapirnisse in Hoeh von 2000 Mark. Jetzt lieh Herr Heiratschwindel nichts mehr von sich hoeren, und der Polizei gelang es, die Schwindlerin zu entdecken, welche sich mit Hilfe des ergaunerten Geldes inzwischen — wirklich mit einem andern verheiratet hatte.

**Kuelliges Aelterci.**

Kurz und bueendig. Erster Student: "Hoere Du, Du hast doch das Examen bestanden, was wirst Du denn schmeiszen?" — Zweiter Student: "Ganz einfach, ich schmeisze jeden raus, der was von mir will."

**Von der Strae.** Die kleine Gertra: "Komm, Frieh, ich will um und um nicht langen. Von der Kaffe Tuen mich weg, Herr Chef, ich bitte schon." Da sagte der Kaufmann langgeduehnt: "Jetzt — verstehe ich Sie. Nein, solche Gebaenden sollten dem alten Plombert nicht kommen. Wie viel Vorwurfs brauchen's denn?" Schmunzelnd wird an diesem Abend der Kassierer nach Hause gegangen sein und sich gedacht haben: Gut haett Du das gemacht! Und aus dem Vorwurfs wird noch ein Zufalls, wenn nicht alles trugit. Wenn's aber trugit, Schlauchloepf? Bei meiner Kaffe, wenn ich eine haette, lieh ich nicht gern einen Waechter, der von — Gefahr spricht.

**Eine Messung des Mondlichtes.** Neben anderen Moeglichkeiten besteht zur Messung der Staerke einer Lichtquelle ein Mittel besonderer Art in der Benutzung des Elements Selen, das die merkwaerdigen Eigenschaften besitzt, unter dem Einfluss von Lichtstrahlen seinen elektrischen Widerstand zu aendern. Jetzt haben zwei Amerikaner, Stebbins und Brown, versucht, das Selen zur Messung des Mondlichtes zu benutzen. Das Mondlicht wurde mit dem Licht einer Normalkerze verglichen, die unter ganz bestimmten Bedingungen brannte. Um das Ergebnis moeglichst genau zu gestalten, wurden auch Waerte fuer das Verschluenden von Licht beim Durchgang durch die Atmosphaere u. a. in Anrechnung gebracht. Nach ihrem Bericht im "Atrophykal Journal" laemen die Forscher auf Grund ihrer Beobachtungen und Rechnungen zu dem Schluss, das das vom Vollmond abgegebene Licht nur etwa einem Fuenftel einer Normalkerze aus einem Abstand von einem Meter entspricht, genauer dem Betrag von 0,23. Ferner ist die Angabe von Interesse, das der Vollmond nicht etwa nur doppelt so viel Licht ausstrahlt als der Halbmond, sondern etwa neunmal soviel. Besondere Erwaeung verdient auch die merkwuerdige Tatsache, das der Mond zwischen dem ersten Viertel und dem Vollmond heller ist als zwischen dem Vollmond und dem letzten Viertel.

**Der Berliner Goethebund,** dessen Aufloegung bekanntlich faezlich beantragt war, maecht wieder von sich reden. Sein Vorstand, der unter dem Vorsitz von Ludwig Fuld zusammengetreten ist, hat den Beschluss gefasst, in der naechsten Woche eine groeoe Versammlung einzuberufen, in der unter Mitwirkung bedeutender Redner Stellung genommen werden soll zu verschiedenen aktuellen Fragen. In erster Reihe richtet sich die Aktion gegen die Maehregelungen deutscher Professoren durch die Kurie und dann gegen das Vorgehen der Regierung gegen die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung.

**Der kleine Frieh:** "Nee, ich habe mir die Haende verfaucht." — **Die kleine Gertra:** "Na, das maecht doch nichts!" — **Der kleine Frieh:** "Nee? Na, wie soll ich Dich denn da verhaenen?"

**Poesie und Prosa.** Prinzipal (zum Korrespondenten): "Sergott, Mensch, was haben Sie sich denn bloeh fuer einen Stil angewoehnt? Viele und klingende und hochfoerende Worte — und doch hind Ihre Briefe gedankenlos und unbeeindruckt. Sie haben entschieden Ihren Beruf verfehlt, Sie — Lyriker!"

**Immer nobel.** Leutnant: "Wo ist denn heute Ihre Frau Gemahlin, Herr Kommerzienrat?" — Kommerzienrat: "Ach, die hat sich ein wenig erkraelt und muoh auf Anordnung des Arztes das Schloeh kuenen!"

**Anknuepfung.** A. (zu seinem Freunde): "Vor dreiviertel Stunden habe ich einen Ballon steigen sehen, der hatte ganz die Form einer Zigarette." — B.: "Gast du vielleicht eine bei dir?"

**Weiblicher Gast** (nach dem Diner): "Welch schoene faszinierende Ersehung Ihr Gatte ist! Es wundert mich, das Sie gar nicht euerlichlich zu sein scheinen." — **Wirtin:** "D, ich bin euerlichlich. Ich lade niemals Damen ein, die einem halbwegs vernuenftigen Manne gefaehrlich werden koennten."

**Wie? Du willst diese fetteste Witwe, die Moosreich, heiraten? Weist Du denn nicht, das sie eine zweifelhafte Vergangenheit hat?"** — **Das wohl, aber ich habe eine zweifelhafte Zukunft."**

**Erster Bettler:** "Nee sag dir, Aude, Hoelligkeit schadet nicht, et maecht sich bezahlt." — **Zweiter Bettler:** "Nimm immer, Willeen. Reichlich maecht ich nen Tauchsummen. Kommt eener und gibt mir'n Scher. Ich in meine angeborne Hoelligkeit sag: "Danke sehen, Gerraeh!" Um was tut er? Er laest mir verhaften."

**Uch das noch.** Der junge Dichter saeh waehrend der Urauffuehrung seines neuen Staekes in der ersten Vorfeier. Das Staek fiel durch — fiel elendiglich durch. In mitten im dritten Akt wurde die ganze Gesellschaft von der Waehne weggezickt. Wie der junge Dichter nun inmitten all dieses Auftrubens bleich und trostlos dasaeh, beugte sich eine hinter ihm sitzende Dame vor und sprach: "Entschuldigen Sie, mein Herr, aber da ich wuente, das Sie der Autor dieses Staekes sind, nahm ich mir die Freiheit, Ihnen bei Beginn der Vorstellung eine Lode Ihres Soares abzugeben."

**Poesie und Prosa.** (In den Hutterwochen). "Komm, heiligeliebtes, sues Weibchen." — sagte ein junger Gatte innig, "Laeh mich den Welter der Seligkeit von deinen Lippen trinken!" — "Das ihr Maenner doch nicht leben koennt, ohne zu fneuen," erwiderte die weniger poetisch veranlagte Gattin.

**Kirchliche Nachrichten.**

**Lambertikirche.**  
Am Sonntag, den 23. Februar:  
1. Hauptgottesdienst 9 Uhr: Pastor Schneider.  
2. Hauptgottesdienst (10 1/2 Uhr): Pastor Willeen.  
Nach Schluss des Gottesdienstes: Wahl eines Kirchenaeltesten.  
Kinder Gottesdienst 3 Uhr: Pastor Willeen.  
In der Aula der Gaeltienkirche:  
Kinder Gottesdienst 3 Uhr: Pastor Schneider.  
Die Kirchenbuender werden in Oldenburg gefuehrt im Bureau der ersten Pastorei, Amalienstraeh 4. (Stur an Werttagen von 10 bis 1 Uhr).

**Elisabethstift.**  
Am Sonntag, 23. Febr., vorm. 10 1/2 Uhr: Gottesdienst.  
**Garnisonkirche.**  
Am Sonntag, den 23. Februar:  
Gottesdienst (10 1/2 Uhr): Divisionspfarrer Rogge.  
Kinder Gottesdienst (12 Uhr): Divisionspfarrer Rogge.

**Vor dem Automobil.** Die Hoffische Zeitung gibt einige Ausfuhrungen wieder, die Sir Charles Elliot in seinem kuellig beroeentlichten Buch "Letters from the far East" ueber das unterschiedliche Verhalten lebender Wesen vor einem herannahenden Automobil maecht. Sir Charles, der eine Automobilfahrt durch Indo-China gemacht hat, behauptet aus eigener Erfahrung, tropische Laender hoeten zum Studium dieses modernen Problems besonders mannigfaltiges Material dar. Er goegert keinen Augenblick, den Wagen den ersten Preis zuzusprechen, so weit es sich um Kalkultaetigkeit und Geschicklichkeit beim Ausweichen vor den Naebem handelt. Unmittelbar vor der Maschine springen sie ueber den Weg, maehen dann ruhig kehrt und blieden dem dahinjagenden Ungetuim ohne besondere Erregung nach. Naecht ihnen verdienen die Eidechsen in aehnlicher Lage die groeote Anerkennung. Elliot erlaert die Art, wie sie dabei ihre langen Schwaeenze in Bewegung setzen, ueber alles Lob erhaben; da sie sich jedoch sofort unsichtbar maehen, muoh man wohl annehmen, das der Anblick eines Kraftwagens ihnen einen gefaehrigen Schreck einjagt. Hunde zeigen sich bei solchen Gelegenheiten in jeder Hinsicht unvernuenftiger als Waegen, indem sie eine geradezu bejammernswuerdige Koppllosigkeit verraten. Kinder stellt der Verfasser der "Briefe aus dem fernen Osten" in dieser Hinsicht mit Hundeauf eine Stufe; einige freizeihen, andere brueellen und werfen mit Steinen. Elefanten benehmen sich, wie in allen Dingen, mit Waerde und Einigkeit; sie gehen aus dem Wege, aber bedaehtig, als ob sie kalkultierten, wobei ihnen selbst noch der Maschine koenne an einem Zusammenstoeh gelegen sein. Ganzlich aus der Fassung geraten Wuessel, die trotz ihres roubsten Aussehens ein sehr empfindsames Nervensystem zu haben scheinen, denn sie gebaerden sich wie toll beim Anblick eines in schneller Fahrt befindlichen Autos. "Die Schlimmsten von allen aber sind Wuellen und alte Frauen", schreibt Sir Charles Elliot. "Weder die einen noch die andern maehen auch nur Waene, aus dem Wege zu gehen, sondern laufen mit ausgestreckten Armen oder Flaegeln unmittelbar vor dem Motor her."

**Die groeosten Hoehen,** die unser Planet aufweist, sind bisher durchaus noch nicht erklaeren worden. Der hoehste Gipfel der Erde ist bekanntlich der Gaurianker Coveit im Himalaegebirge in Affen, der mit seinen 8840 Metern recht staetlich ist. Bis hier ist es erst gelungen, etwas ueber 7000 Meter dieses Berges zu erklimmen. Im Aufsatze gelangten waegsaellige Forscher (Gairing und Verion) allerdings bis in eine Hoeh von 10 800 Metern im Jahre 1901, und ein Negriererbaue, der

**Osternbuerger Kirche.**  
Am Sonntag, den 23. Februar:  
Gottesdienst 10 Uhr: Kandidat Glemnis.  
**Kirche zu Simele.**  
Am Sonntag, den 23. Februar:  
10 Uhr: Gottesdienst, — danach Kinderlehre.  
**Kirche zu Gerten.**  
Am Sonntag, den 23. Februar:  
Gottesdienst 10 Uhr; — danach Kinderlehre.  
**Kirche in Ofa.**  
Am Sonntag, den 23. Februar:  
Gottesdienst 9 1/2 Uhr, anschlieehend Kinderlehre.  
**Katholische Kirche.**  
Am Sonntag: 1. Gottesdienst 7 Uhr. 2. Militaer Gottesdienst 8 Uhr (alle 4 Wochen). 3. Gottesdienst 9 Uhr. 4. Hochamt 10 1/2 Uhr. 5. Nachmittagsandacht 3 Uhr.  
**Freienkirche.**  
Sonntag, morgens 9 1/2 Uhr und abends 7 Uhr: Gottesdienst vorm. 11 Uhr: Kinder Gottesdienst.  
Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Bibelstunde. Prediger v. Boeh.  
**Baptisten-Kapelle, Steinweg 29.**  
Sonntag, vorm. 9 1/2 Uhr: Predigt, vorm. 11 Uhr: Kinder Gottesdienst, nachm. 4 Uhr: Predigt.  
Abends 8 1/2 Uhr: Erbauliche Unterhaltung.  
Montag abend 8 1/2 Uhr: Bibelstunde.  
Mittwoch abend 8 1/2 Uhr: Bibelstunde.  
Prediger Wupper.  
**Ev. Maenner- und Juenglingsverein,**  
Muehlenstr. 17, oben.  
Sonntag, den 23. Febr., geoffnet von 6 Uhr nachm., um 8 Uhr abends Berammlung. Gaeste willkommen.

**Wer an Erkrankungen der**

Lungen oder des Halses oder an Verschleimung der Luftwege, wie da sind: Hueten, Heiserkeit, Luftroehren-, Lungen-, Naeasen- und Kehlkopfkatarrh, Epistaxisaffektionen, Asthma, Atemnot, Juenglungen, Schnupfen usw. leidet oder dazu neigt, sollte nicht veraehnen, sich den neuen Erzeuger von sauerstoff-reich, ozonreicher Lammenduft: "Aer in eins" (patentantw. resp. isochlorisch) sofort anzuschaffen. Derselbe bereitet in zwei bis drei Minuten die wunderbare Lammenduft in Wohn-, Schlaf- oder Krankenzimmern, so das man sofort die wohlthuende Wirkung empfindet und dadurch leichter abmet. Also ein groeoter und rascher Erfolg. Der Apparat bereitet nicht nur die so angenehme Lammenduft, die befaentlich jedem Menschen dienlich und von jedem Arzt empfohlen wird, sondern er ist nebenbei ein Naechtslicht, eine Erwaermungsvorrichtung fuer Milch, Kaka, Bouillon, Kaffee, Mundspuelwasser usw. und ein Kezzenhalter, so das vier Vorrichtungen vereinigt sind, und besitzt deshalb der Apparat "Aer in eins". Die Erzeugung der sauerstoffreichen Luft kostet fuer einen Tag oder Nacht nur 10 Pf. Der Apparat selbst kostet W. 250, in feinerer Ausfuhrung W. 350. Ernst Wiedemann, Liebenburg a. Saatz 59, ist der Erfinder und Fabrikant und verlaendet den Apparat "Aer in eins" nebst den Lammenduft-Katronen da 10 Pf. nur direkt. Die Zusammenstellung der Katronen wurde von wissenschaftlicher Seite vorgenommen, so das man etwas Besseres und Bequemeres in dieser Art nicht erhalten kann. Wer oetters einen Spaziergang in Lammenduebnern gemacht hat, weih die sauerstoff-reich, ozonreiche Luft fuer seine Gesundheit zu schatzen. Die durch "Aer in eins" erzeugte Luft wirkt schleimloesend, beruhigend und schlafmaechend, sowie luft-reinigend, erfrischend und vermindert etwaige Kopfschmerzen, weil sie den fuir jeden Menschen so notwendigen Sauerstoff resp. Ozon enthaelt und ist daher nicht nur fuir Lungen- und Halskrankte, sondern auch fuir alle Nervoen- und Gelenken und groeoten Werte. Die naturgetreue Abbildung und die schoene Verkleidung koennen die angenehme Wirkung und Brauchbarkeit dieses Apparates nicht so darstellen, wie sie in Wirklichkeit ist. Man veraehme daher nicht, sich sofort einen Apparat zu bestellen.

**Ueber den gegenwaertigen Stand der Moorleichenfunde** gibt die Leiterin des Schleswig-Holsteinischen Museums daterlaendischer Altertuemer bei der Universitaet Kiel, Frau Luise Schroeder, in einer Monographie Auskunft, die sie dem diesjaehrigen Bericht ueber das von ihr geleitete Institut beifuegt. Denach betraegt die Zahl der bis jetzt auf dem Gebiet von Holland bis Dineemar gefundenen Moorleichen 52. Noch im Jahre 1900 waren nur 2 solcher Funde bekannt, deren westlicher, in Ostfriesland gemachter die Vermutung waecherte, das auch im angrenzenden Holland Spuren aehnlichen Brauchs zu finden sein duerften; und tatsaechlich hat man leither in Holland 5 solcher Funde notieren koennen. Von den seit 1900 gemachten Funden entfallen 2 auf Spillstein, 12 auf Juirland, 2 auf Oldenburg, 5 auf Holland und 10 auf die Provinz Hannover. Was die leetereu betrifft, so wurden diese Leichen gefunden im Brillenmoor bei Lehe, im Baedemanns-Moor bei Reutenwalde, im Niener Moor, Kreis Jever, im Moor bei Duering, im Lande Hadeln, im Hingstmoor bei Kreepen, auf dem Godeemoor Gogeheln, Kreis Wurich, in Suendgoezsteden, Kreis Leer, im Feseler Vorreeder Moor, Kreis Leer, und bei Wille Moergens.

**Peter Janßen** f. Einen schweren Verlust hat die Dueseldorfer Hochschule erlitten; Peter Janßen, der Leiter der Dueseldorfer Akademie, ist im Alter von 63 Jahren an den Folgen einer Influenza gestorben. Unter ihm, der dem Grundbesitzer freier Naturforschlichkeit halbtigte, begann vor dreieih Jahren fuir die Dueseldorfer Kunst eine neue Epoche. Die Zahl seiner kuinstlerischen Schuepungen ist sehr groeot; am bekanntesten sind wohl seine Werke im Krefelder Rathaus, in der Aula der Dueseldorfer Akademie, der Universitaet in Warburg und in der Bremer Waehre. Mancher Meister hat zu des Verchiedenen Fuoen gesehen, so Artur Kampf, Eduard Koempfer u. a.

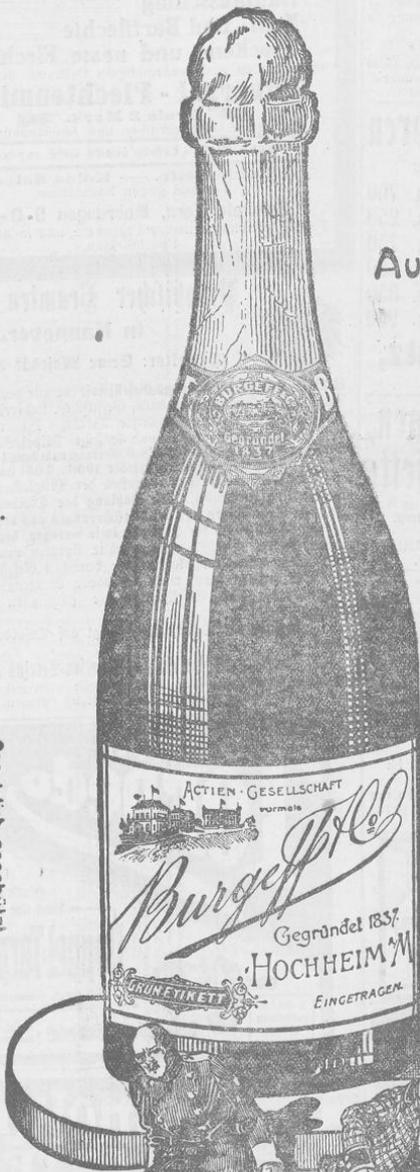
# BURGEFF & CO. HOCHHEIM A/M.

Deutsches Erzeugnis.

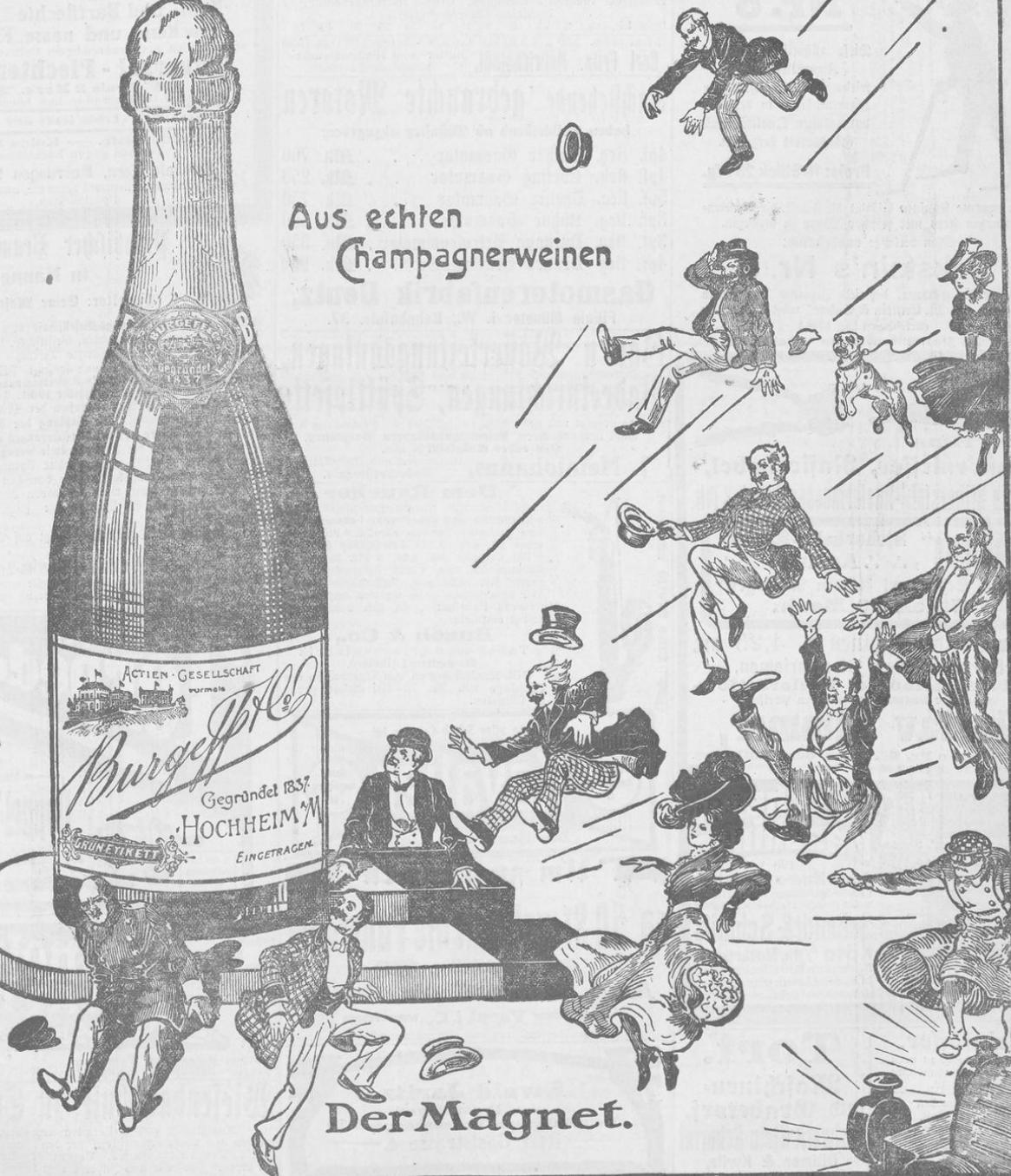
Zu beziehen durch den Weinhandel.

BURGEFF „GRÜN“  
BURGEFF „EXTRA-CUVÉE“  
BURGEFF „JUBILAUMS-CUVÉE“  
„IMMERGRÜN“

Aus echten  
Champagnerweinen



Gesetzlich geschützt.



Der Magnet.

Jeder moderne Schneider kennt den Vorzug von



Dessen Rock ist mit Grosslaub's Patent - Rosshaarstoff geknotet gearbeitet.

# Grosslaub's Patent-Rosshaarstoff geknotet

und verarbeitet solchen ausschliesslich bei seiner feinen Kundschafft.

## Nur der geknotete Rosshaarstoff

ist im Stande, das lästige Durchstechen der Rosshaare aus dem Kleidungsstück zu verhindern.

Der Stoff gibt schneidige Körperformen und selbst bei Hohl- und Flachbrüstigen eine dauern faltenlos schön gewölbte Brust.

Der geknotete Rosshaarstoff ist zu beziehen in jedem besseren Schneiderartikel-Geschäft und bei allen Grossisten der Branche, welche erprobte gute Neuheiten in ihrer Kollektion führen.



Dessen Rock ist ohne Grosslaub's Patent-Rosshaarstoff gearbeitet.

**Patent-Rosshaarstoff-Weberei**  
**Hainichen i. Sa. Carl R. Grosslaub.**

### Raucht Eckstein-Zigaretten!



**Nr. 5**  
Diese rühmlichst bekannte Zigarettenmarke wird auch nach Einführung der Zigarettensteuer in derselben vorzüglichen Qualität und Handarbeit hergestellt.  
**Preis: 10 Stück 25 Pfg.**

Der enorme Konsum befähigt die Fabrik, die Zigarettenhandlungen stets mit frischer Ware zu versorgen.  
Man verlange ausdrücklich:

### Eckstein's Nr. 5

und prüfe genau, daß jede Zigarette die volle Firma „A. M. Eckstein & Söhne“ nebst Schutzmarke trägt.  
(Arbeiterzahl über 1000.)

In Zigarettenhandlungen zu haben.

**PRIMA**

**Rasiermesser, Rasierhobel,**  
**Feinste Silberstahl-Rasiermesser, Stück 2 Mk.**

**„Gillette“ Sicherheits-Rasier-Apparat! . . .**  
**Rein Schleifen! Rein Abziehen!**  
**Stück 20 Mark.**

Haarschneidemaschinen v. 4,25 an.  
Bartmaschinen, Streichriemen,  
Abziehsteine, Rasierseife  
in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

**Gustav Zimmer,**  
Langestr. Nr. 50, nahe dem Rathaus.

**Wäscherei-Maschinen**

für Dampf-Motor- u. Handbetrieb  
in jeder Preislage. Referenzen erster Hotels u. Anstalten. Prospekte u. Kostenanschläge gratis.

**Schmidt & Schmits**  
Köln / Rh. Mozartsir. 11.

Maschinen zum Waschen, Trocknen, Bügeln, jed. Wäsche mit Garantie grösser Schonung. Einzel-Lieferungen sowie Uebernahme komplet. Anlagen für Hospitäler, Garisonen, Hotels etc. etc.

Auszeichnungen: Dusseldorf 1902, St. Louis 1904, Gold-Medaille, Chron. Preis.

**Weinfässer,**  
600-1000 Stc., billig zu verk.  
Carl Wille, Weinhandlung,  
Kaiserstr. 13.

**Frauen-**  
Beschwerden jeder Art, Blut-, Regelstörungen etc. Hilfe diskret.  
W. Sturmli, Mädchen, Wittelsbach-Platz 3, vormals Apothek-Beifiger.

**Torf.**  
**Maschinen- und Grabetorf.**  
Torfwerk Klein-Scharrel  
Dittmer & Kyritz,  
Markt 5, Fernsprecher 326

Die **Molkerei im eigenen Hause** hat jeder kleinere und mittlere Landwirt in mein. neuesten **Milchenträhmungs-Apparaten, K. K. österr. Patent Nr. 20994**, ohne Wasserkühlung, scharfe Entrahmung ohne Kraftbetrieb, Bester u. billigster Ersatz der teuren Zentrifugen. Grosse Butterausbeutung in hochfeine Süssrahmbutter.  
Pr. n. Lit.-Inh.: 2 4 6 8 12 16 20 25 30 40 50  
70 mal prämiert. 2.20 2.75 3.30 3.90 4.50 5.00 5.50 6.00 6.60 8.00 11.00 13.50  
**Carl Fritz, Mellrichstadt, Butter- und Honigschleuder-Maschinen-Fabrik.**

**Nachstehende gebrauchte Motoren**  
haben freibleibend ab Münster abgegeben:

4pf. lieg. Deutzer Gasmotor . . .	Mk. 700
4pf. lieg. Körting Gasmotor . . .	Mk. 250
5pf. lieg. Deutzer Gasmotor . . .	Mk. 750
3pf. lieg. Kühne Gasmotor . . .	Mk. 450
3pf. lieg. Dürkopp Petroleummotor .	Mk. 350
4pf. lieg. Deutzer Benzinmotor . . .	Mk. 950

**Gasmotorenfabrik Deutz,**  
Filiale Münster i. W., Bahnhofstr. 37.

**Gas- u. Wasserleitungsanlagen, Badeeinrichtungen, Spülklosetts**  
werden prompt und gewissenhaft ausgeführt. — Reichhaltige Auswahl in Gashähnen, Beleuchtungskörpern, Gasplätzen, gängendes Gaszählrohr.  
Kleinmünster und Unfallstation, Badenerstr. 4.

**Dem Raucher**

empfehlen wir unsere garantiert ungeschwefelten und daher sehr bekömmlichen und gesunden Tabake, nämlich 9 Pid. Jägertabak Mk. 4.00, 9 Pid. Lehretabak Mk. 5.00, 9 Pid. Canaster Mk. 6.00, 9 Pid. Duisburger Canaster Mk. 7.00, 9 Pid. Amsterdamer Canaster Mk. 10.00 geg. Nachnahme franko. Wir unterlassen jede weitere Anpreisung unseres Fabrikates, da sich solches von selbst empfiehlt.

**Busch & Co.,**  
Tabak- und Zigarrenfabrik  
**Bruchsal (Baden).**  
NB. Musterkistchen von Zigarren in der Preislage von Mk. 30-100 stehen gerne zu Diensten.

Die Perle aller Schuh-Crèmes ist

**Kavalier**

Das Beste vom Besten

Um zu räumen  
verkaufe

**ca. 50 St. gebrauchte Fahrräder**  
spottbillig.

**Aug. Schreiber, Mechaniker,**  
Varel i. O.,  
Fahrräderhandlung und Reparaturwerkstatt.

**Ewald Jaritz**  
(vorm. Ernst Hoyer),  
Kolonialwaren-Konservengeschäft  
— jetzt Gaststrasse 4. —

**Hautausschlag**  
**Kopf- und Bartflechte**  
**Trockene und nasse Flechten**  
verschwinden nach mehrmaligem Gebrauch durch mein  
**Universal - Flechtenmittel**  
Preis 2 Mark.  
Tausende Dankschreiben und Anerkennungen.  
Wenn Nicht - Erfolg sende Geld zurück.  
**Keine Seife. — Keine Salbe.**  
Versand gegen Nachnahme.  
**Reinhold Korn, Mohrungen 9 O.-Pr.**  
Fabrik pharmazeutischer Präparate und medizinischer Spezialitäten.

**Preussischer Beamten-Verein**  
in Hannover.  
(Protector: Seine Majestät der Kaiser.)

Billigste Lebensversicherungs-Gesellschaft für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Ingenieure, Architekten, Kaufmännische und sonstige Privat-Beamten.  
Verhigerum gebildet 310 407 428. A. Vermögensbestimm 107 000 000. A.  
Ueberstieg im Geschäftsjahre 1906: 3 084 046. A.  
Alle Gewinne werden zugunsten der Mitglieder der Lebensversicherung verwendet. Die Zahlung der Dividenden, die von Jahr zu Jahr steigen und bei Versicherungen aus dem Jahre 1877 bereits 80 bis 90 % der Jahresprämie betragen, beginnt mit dem ersten Jahre. Betrieb ohne bezahlte Agenten und deshalb die niedrigsten Verwaltungskosten aller deutschen Gesellschaften.  
Wer rechnen kann, wird sich davon überzeugen, daß der Verein unter allen Gesellschaften die günstigsten Bedingungen bietet.  
Zufendung der Druckfachen erfolgt auf Anforderung kostenfrei durch  
Die Direktion des Preussischen Beamten-Vereins in Hannover.  
Bei einer Druckfachen-Anforderung wolle man auf die Ankündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

**Doppel-Torpedo**

Die größte Erholung bietet eine Fahrt auf **Doppel-Torpedo** mit 2 Ueberströmungen.

In allen Fahrradhandlungen erhältlich. Beste Gehirgs-Freiluftanlage! Ein Meisterwerk deutscher Technik.

**Homokord-PLATTEN**  
Mark 3.-

Doppelseitig bespielt. Größtes Repertoire. Ueberall erhältlich. Katalog gratis u. franko. Bezugsquelle weist nach die Fabrik Homophon Company, G. m. b. H., Berlin C. 77, Klosterstr. 5-6.

**Wiesenbauerschule zu Sanderburg.**

Ausbildung von Meliorationsfachweirern, Meliorationsbaumeistern und Abgabenmessern für den staatlichen Meliorationsdienst. Dreijähriger Kursus. Beginn des Sommersemesters am 28. April. Prospekte und Jahresbericht kostenfrei.  
Der Direktor: **Hillmer.**

# 5. Beilage

zu Nr 52 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Sonnabend, 22. Februar 1908.

## Aus dem Großherzogtum.

Der Nachdruck unserer mit Anzeigenbezugszeichen versehenen Originalberichte ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet. Änderungen und Zusätze über lokale Begebenheiten sind der Redaktion des Blattes vorbehalten.

Oldenburg, 22. Februar.

**\* Kontrollvereinswesen.** Die Milchkontrolle der Käse nimmt im Herzogtum Oldenburg von Jahr zu Jahr zu. Während bisher sieben Milchkontrollvereine in Tätigkeit waren, werden nach einer Mitteilung des „Oldenb. Landw.-Bl.“ am 1. Mai 16 solcher Vereine ihre Tätigkeit aufnehmen. Von den 16 Milchkontrollvereinen entfallen 9 auf die oldenburgischen Meeresküsten, 5 auf das Friesland und je einer auf die Friesische Wehde (Wadhorn) und das Ammerland (Westerhebel). Bemerkenswert ist jedenfalls, daß sich im südlichen Teile des Herzogtums bis jetzt kein einziger Milchkontrollverein befindet, trotzdem die Viehzucht dort doch auch in hoher Blüte steht.

**\* Österreich nach dem Orient.** Zu einem Österreichausflug nach Aegypten und Palästina gibt eine interessante Touristenfahrt Gelegenheit, die der Dampfer „Meteor“ der Hamburg-Amerika-Linie in der Zeit vom 8. April bis 12. Mai — also in einer Jahreszeit, in der die leuchtende Farbenpracht des Südmeyers und der südlichen Gesteine ihren stärksten Reiz ausübt — unternommen wird. Von Venedig ausgehend führt die Fahrt über Malta nach Alexandria. Ein siebenstägiger, einen Teil der Karawane und die Hirtengeit einschließender Aufenthalt im Pharoslande reicht aus, den Reisenden die Kenntnis der hauptsächlichsten Denkmäler altägyptischer Kultur zu vermitteln und ihnen ein interessantes Studium bunten orientalischen Lebens zu ermöglichen. Cairo mit seinen Moscheen, Minarets und Bajaren, die Pyramiden von Gizeh und Sakkarah, das alte Memphis werden in diesen Tagen besichtigt. Von Alexandria trägt das Schiff seine Gäste nach Palästina. Von Beirut aus werden Haalab und Damaskus, von Jaffa aus Jerusalem, Bethleem, Jericho, der Jordan und das Tote Meer besucht. Anschließend sieht der Reiseplan für Palästina einen Aufenthalt von 8 Tagen vor. Die Küstenseite führt über die herrliche Ansehungsstraße auf die Touristen ausgebaut haben, nämlich über Athen und die Akropolis, Korinthus und das Nildelta, Palermo und Monte Reale, Neapel und Pompeji. In Genua findet die folgende abwechselungsreiche Fahrt, die die Küsten dreier Erdteile berührt und viele Berlen an der Schwärze alle jene Stätten vereinigt, die unser geschichtliches, religiöses und kulturhistorisches Interesse wachrufen und fesseln, ihren Abschluß.

**\* Polizeibericht vom 20. Febr.** Am 19. d. M. wurde der vom Großh. Amtsgericht Jever wegen Diebstahls fieschberisch verfolgte Arbeiter Weise aus Altgehardsdorf hier festgenommen. — Am 20. d. M. wurde der vom Amtsgericht Jechim zwecks Verhütung einer gegen ihn erkannten Galtstrafe fieschberisch verfolgte Arbeiter Warmann aus Bremen hier festgenommen. — Seit dem 17. d. M. mußten

7 Personen wegen Obdachlosigkeit in Schutzhaft genommen werden.

**\* Von Zwischenahn, 21. Febr.** Gegen Ostern vollendet die hiesige höhere Privatschule ihr achtstes Schuljahr. Die Befürchtungen, die viele ob der Mitternachtswachen und des Fortbestehens der Schule hegten, haben sich glücklicherweise als unbegründet erwiesen. Der Besuch war stets betriebsmäßig, die Erfolge haben die Erwartungen überbieten. Bei der Weiterbenutzung höherer Schulen erhielt die von dieser Schule abgefandten Schüler durchweg gute Plätze, sie wurden in manchen Fällen in höherstehende Klassen aufgenommen, als man angenommen hatte. Ganz besonders eignet sich die Schule für Mädchen, sie können hier einen abgeschlossenen Bildungsgrad erreichen. Der Leiter unserer Schule kann man besondere Anerkennung ihrer Leistungen nicht versagen. Erst kürzlich hat wieder der Direktor einer ausspärtigen 10klassigen höheren Mädchenschule nach der Prüfung einer aus Gründen familiärer Art von hier gehenden Schülerin seinem Lobes unerschöpflichen Ausdruck gegeben.

**\* Silens, 20. Febr.** Gestern fand bei Tanzen's Gasthause ein Preis- und Konfurrenz-Klooschießen der Verbände I und II aus Stad- und Buzjangerland statt. Es hatte sich eine sehr große Zuschauermenge versammelt, obwohl das Wetter nicht ganz günstig war. Es war vorher beschlossen, eine photographische Aufnahme der vier Werter gegen Ostfriesland zu machen. Diese waren: Lützen-Tetten, Holzen-Schwei, Tanzen-Silens und Duntshale-Nahden. Hieron mußte abgesehen werden, weil Holzen sein Gewehr leihweise abgab. Um 3 Uhr wurde mit dem Wette begonnen. Hieron beteiligten sich 12. Geworfen wurde vom Bod. Um 5 Uhr hatte das Wette sein Ende und fand hierauf im Tanzen'schen Saal die Verlesung des Resultats und Verteilung der Preise statt. Das Resultat lautete: 1. Preis B. Lübben, warf in 6 Würfen 495,20 Meter, größter Wurf 84,10 Meter, im Durchschnitt 82,53 Meter, 135,20 Punkte. 2. Preis G. Tanzen, warf in 6 Würfen 478 Meter, größter Wurf 82,10 Meter, im Durchschnitt 79,81 Meter, 118,90 Punkte. 3. Preis G. Duntshale, warf in 6 Würfen 477,40 Meter, größter Wurf 81,60 Meter, im Durchschnitt 79,56 Meter, 117,40 Punkte. Den 4. Preis erhielt Holzen-Schwei, welcher allerdings nicht anwendbar war, aber in Anbetracht seiner großen Leistung am Wette gegen Ostfriesland mit einem Preise bedacht werden sollte. 5. Preis G. Cornelius-Nahden, warf in 6 Würfen 471 Meter, größter Wurf 83,50 Meter, im Durchschnitt 79,88 Meter, 119 Punkte. 6. Preis: Harbers-Tillwarden, warf in 6 Würfen 445,40 Meter, größter Wurf 75,40 Meter, im Durchschnitt 74,23 Meter, 85,40 Punkte. 7. Preis: Ballmann-Waddens, warf in 5 Würfen 382 Meter, größter Wurf 79,90 Meter, im Durchschnitt 76,40 Meter. Die übrigen Werter erhielten keine Preise. Nachdem die Sieger ihre Preise, welches nützliche Gegenstände waren, in Empfang genommen, begann der Kommerz, welcher die Festteilnehmer bei mehreren Wahlen lüchlich lange in fröhlicher Stimmung besaßen hielt. — Heute wurde auf dem

Grabe des früheren Amtsbahnmeisters Duntshale-Burhave ein Kranz, gestiftet von den Klooschieserverbänden I und II, niedergelegt.

**\* Brack, 20. Febr. (Eingekandt.)** Nach langem Winterurlaub hatten sich die Mitglieder des Vereins der Geflügelzüchter wieder aufgestellt und waren am Sonntag zahlreich in der „Union“ angekommen. Man merkte, daß der alte Jüchtergeist, der nicht das liebe Federvieh seinem eigenen Schicksal überlassen kann, sondern dahin strebt, es auf einen höheren Stand zu bringen, nicht zum Schaden des Jüchters, trotz vieler Widerwärtigkeiten nicht ruhen und rasten will. Der eine rechte den andern an, und so kam das alte, lebhafteste Interesse mal kräftig wieder zum Ausdruck. Der Verein zählt etwa 30 Mitglieder. Neue Mitglieder wurden aufgenommen. Die Kostenverhältnisse des Vereins sind verhältnismäßig gut. Als erster Vorsitzender wurde an Stelle des Gemeindevorsetzers Abdis in Rosenburg, der eine Wiederwahl wegen vieler anberwertigen Geschäfte ablehnte, Alnar Threns, und als zweiter Vorsitzender Gemeindevorsetzer Abdis gewählt. Als Schriftführer wurde G. Deharde und als Kassierwart und Inventarverwalter C. Hartmann wiedergewählt. Es wurde beschlossen, hier im November eine Junggeflügelausstellung für den Amtsbezirk Brack zu veranstalten, worauf schon jetzt auf Rücksicht auf die bald beginnende Brutzeit hingewiesen wird. Wer sich für Geflügelzüchtung interessiert, erhält auf Wunsch über Anarbeiten von den Vorstands- und den Vereinsmitgliedern gern Auskunft und ist als Vereinsmitglied sehr willkommen. Näheres über die Ausstellung wird später beschlossen und bekannt gegeben werden. Die Geflügelhaltung ist manchmal ein Hort; je gewährt Verfrachtung und außerdem wirtschaftliche Vorteile, freilich nicht ohne Fleiß und Mühe.

**\* Jever, 20. Febr. Dienstag, den 25. Februar d. J., nachm.** 3½ Uhr, wird im Hotel zum Erbgroßherzog zu Jever eine gemeinschaftliche Versammlung der landwirtschaftlichen Vereine des 2. Distrikts stattfinden, in der Herr Regierungsbaumeister A. D. Niemeier-Hannover, Leiter der Baustelle der hannoverschen Landwirtschaftskammer, einen Vortrag halten wird über die Förderung des landwirtschaftlichen und ländlichen Bauwesens durch die Errichtung einer Baustelle der Landwirtschaftskammer. Der Vortrag wird mit einer Vorführung von Lichtbildern über von der hannoverschen Baustelle ausgeführte landwirtschaftliche Bauten verbunden sein. Die Teilnehmer an dieser Versammlung sind gleichfalls eingeladen zum Besuch der nach dem Schluß derselben stattfindenden gemeinschaftlichen Versammlung der landwirtschaftlichen Vereine des Frieslandlandes, in der ein Vortrag gehalten wird von Direktor Müller in Jever über die Förderung der Zucht des friesischen Milchschafes, sowie Anträge und Wünsche aus der Versammlung verhandelt werden. Am Tage der Versammlung findet im genannten Hotel ein von den landwirtschaftlichen Vereinen veranstalteter Saalmarkt mit Prämierung des ausgezeichnetsten Saatzgetreides usw. statt.

## Die junge Witwe.

Kriminal-Roman von M. Groner. (Nachdruck verboten.)

„Weil er auf meine Veranlassung hin um diese Zeit auf dem Bahnhofe von Sarajewo festgenommen worden ist.“

Rants helle Augen hatten in diesem Moment einen stahlharten Ausdruck.

Rohn hatte sich erhoben. „Können Sie mir dies sofort beweisen?“ fragte er, ganz nahe an Rant herantretend und ihm ernst in die Augen schauend.

Rant nickte. „Sofort, Herr Staatsanwalt, außer Sie setzen voraus, daß ich allen meinen anderen Verhöfen gegen das Gesetz auch noch die Falschung dieses antiken Dokumentes zugebilligt habe.“

Er reichte, so redend, Herrn v. Rohn ein Dokument, welches das Siegel des Obergerichtes von Sarajewo trug. Es war die dem Privatdetektiv Karl Neumann ausgefertigte Bestätigung, daß auf seine Veranlassung hin der Untersuchungsbeamte Johann Heinrich Langsch aus Larch (oder vielmehr Johann Heinrich Langsch aus Mittelbach) in Haft genommen worden war.

Der Staatsanwalt las die wenigen Zeilen halblaut, dann schaute er auf Rant.

„Dieser Karl Neumann bin nämlich ich,“ erklärte der Schauspieler lächelnd. „Ich habe mich demnach nicht nur der Falschung, sondern auch des Gebrauches eines falschen Namens, eines falschen Charakters sowie noch etlicher anderer Gesetzwidrigkeiten schuldig gemacht.“

„Sogar die Verhöfe haben Sie irre geführt,“ sagte Rohn ebenfalls lächelnd hinzu.

„Ja — sogar die Behörde, was meine Schuld natürlich vergrößert.“

„Die falschen Papiere habe übrigens ich meinem Freunde verschafft,“ bemerkte Doktor Klinger.

Rant sah ihn mit leuchtenden Augen an. „Verstehst du nicht zu sagen, daß Du auch recht viel Geld für mich geopfert hast und — was noch weit mehr bedeutet — daß Du, im Falle es mir nicht gelungen wäre, meine Schuldlosigkeit zu beweisen, auch Deine Ehre verloren hättest, wenn man darauf gekommen wäre, daß Du mein Vertreter gewesen bist.“

„Ja, ich habe viel gewagt,“ sagte Klinger einfach, „aber ich habe, trotzdem Du mir kein Vertrauen zeigst, keine Sekunde lang an Deiner Schuldlosigkeit gezweifelt.“ Hand in Hand standen die beiden jungen Männer da und vergaßen für eine kurze Weile, daß ihre tiefe Bewegung einen Zeugen hatte, einen warm fühlenden Zeugen.

„Jetzt, meine Herren, da alles zwischen uns klar ist, da mir nicht nur die mir übergebene Schrift des Obergerichtes von Sarajewo, sondern vielmehr noch Ihr leibhaftiges Hiersein, Herr Rant, ein Beweis Ihrer Schuldlosigkeit ist — jetzt wollen wir die Formalitäten, die wir später leider wieder einhalten müssen, einwirken wieder aufgeben.“

Rohn wies mit lebenswärtiger Gebärde auf die beiden Seiner, die er für die Herren zurecht gerückt hatte, und ließ sich in dem seitigen nieder.

Als auch die beiden Freunde seinem Beispiele gefolgt waren, mußten sie ihm die näheren Umstände schildern, unter welchen Rants Flucht vor sich gegangen war, und was ihn auf den Gedanken gebracht habe, daß Langsch garnicht tot sei.

„Dieser Gedanke, Herr Staatsanwalt,“ erklärte Rant, „kam mir an dieser Stelle und in Ihrer Gegenwart. Eine Ihrer eigenen Nebenwirkungen war es, die mich zuerst auf diese Idee brachte. Sie können sich vielleicht noch daran erinnern, wie betreten ich zum Schlusse des letzten Verhöres war, dem Sie mich unterzogen.“

„Ja, ja, Ihr Benehmen damals war mir ganz unverkennlich. Sie haben ja auch plötzlich, man möge Sie abhören, Sie mühten allein sein.“

„So ist es. Und in der Stille meiner Zelle durchlebte ich noch einmal jene nächtliche Eisenbahnfahrt. Ich wußte ganz genau zweierlei: Erstens, daß ich an dem Verbrechen nicht teilgenommen hatte, und zweitens, daß ich nicht eine Minute lang Schlaf fand, so sehr ich mich auch danach sehnte. Da ich nun in der kritischen Zeit immer wach war und in meiner Urne auch etliche Male den ganzen Korridor auf und nieder ging, hätte ich, wenn irgend etwas Absonderliches gesehen wäre, dies jedenfalls wahrnehmen müssen. — Es war also überhaupt nichts gesehen, als daß eine Frau in einem verschlossenen Kuppe von ihrem eigenen Manne betäubt worden und dieser Mann mit ihrem Heiratsgute verschwunden war.“

„Sie haben also damals schon den Mann mit dem Gummihantel für Langsch gehalten?“

„Ja, Herr Staatsanwalt.“

„Aber warum haben Sie denn diese Meinung nicht offenbart?“

„Es waren zwischen dieser Erkenntnis und Langsch's Entkommen schon mehrere Wochen verstrichen; ich konnte nicht darauf rechnen, daß man seiner wieder habhaft werden würde.“

„Aber Sie sind ja doch seiner habhaft geworden!“

„Ich freilich habe ihn in meinem allerersten Interesse geliebt. Es hing die Gestaltung meiner ganzen Zukunft davon ab, ob ich ihn finden würde oder nicht. Da jetzt man alle Seelenkräfte in Bewegung, da versäumt man garnichts. Und ich hatte ja einen so treuen Helfer. Allein und ohne die reichen Geldmittel, die mir Herbert gab, hätte ich ja auch nichts zumege gebracht. Und schon zu wissen, daß wenigstens ein Mensch an uns glaubt, daß nichts ihm im Vertrauen an unsere Ehrenhaftigkeit erschüttern kann — schon dieses Wissen macht hart, gibt Hoffnung und Zuversicht. — Herzog, Klinger!“ rief der abermals tief Erachtene aus, — „was müßt ich denn tun

können, um Dir nur das tiefe Erbarmen mit meinem Glende zurückzugeben?“

„Aber Franz haben wir nicht schon zwanzigmal festgestellt, daß wir von einem „Gelman“ nicht mehr reden wollten?“ sagte Klinger lächelnd, und sich dann zu Herrn v. Rohn wendend, fuhr er fort: „Was einzig und allein ist aus meinem tatsächlichen menschlichen Glauben an meines Freundes Redlichkeit zu schließen? Sagen Sie es doch!“

„Daß diese Redlichkeit bisher unerfüllbar war,“ entgegnete Herr v. Rohn. „Mein lieber Rant, Doktor Klinger ist kein Phantast. Sein Mißvertrauen ist ein herrliches Zeugnis für Ihren Charakter. — Nun aber wieder zu unserem anderen Thema. Noch ist es mir nicht klar, weshalb Sie so garricht taten, um uns zu Ihrer Ansicht zu bekehren.“

„Ich hoffte, man würde mir auch so nichts anhaben können,“ antwortete Rant ausweichend.

Da rief Herr v. Rohn: „Haben Sie denn noch immer etwas vor uns zu verbergen? Keine Schuld — ich denke ja garnicht an eine Schuld — jedoch ein Geheimnis irgendwelcher Art, das Ihnen den Anschein des Schuldigen gibt.“

Rant hatte den Kopf gesenkt. „Dieses Geheimnis wird mich immer niederdrücken,“ rief er schmerzlich aus. „Das kann niemand von mir nehmen.“

Da legte Klinger seine Hand auf diejenige des Freundes und sagte herzlich: „Daß Du diese schwere Probe bestanden hast, das macht Dich mir noch lieber.“

Rant schaute Klinger verwundert an. „Was weißt denn Du?“

„Sanna hat mir geschrieben.“

„Sanna? Ja, was weißt denn Du von ihr? Warum schrieb sie? Und was denn?“

„Erlaube, daß ich Dir in verkehrter Reihenfolge antworte.“

„Mein Gott!“

„Nur keine Angst! Es geht ihr ganz gut. Sie schrieb mir von dem Verprechen, das Du Deiner sterbenden Mutter gegeben hast.“

„Davon schrieb sie Dir?“

„Wieder einmal sah Herr v. Rohn einen Freundenschein sich über Rants Gesicht verbreiten. „Wer ist diese Sanna? Ist es die Frau, die Sie nach Hamburg begleiteten?“ wandte er sich an den Schauspieler.

„Ja.“

„Es ist seine Schwester,“ erklärte Klinger. „Ich meine, sie ist mit ihrem Manne nach Amerika ausgewandert, aber sie —“

„Herbert!“

„Franz, laß mich wenigstens hier reden. Sanna selber will es, daß alles offenbar wird.“

„Wozu?“

„Damit kein Schatten auf Deiner Ehre bleibt.“

In Rants Gesicht lag dunkle Räte auf. „Sie weiß nicht, wozu sie mich mit ihrem Briefe zwingt.“

„Wozu denn?“

Seine beiden Zuhörer fragten so zu später Zeit. (Fortsetzung folgt.)

\* **Estin**, 20. Febr. Am Dienstag, den 18. Februar, feierten die Schüler des hiesigen **Gymnasium** ihr Schulfest. Im Saal des Hoftheaters dieses hatte sich eine zahlreiche Menge Zuschauer eingefunden, um den verschiedenen Aufführungen der Schüler beizuwohnen. Eingeleitet wurde das Fest durch ein Trio von Hans Citi für Klavier (Herr Hofmeyer), Violine (Hr. Breder) und Violoncello (ein Schüler). Lauter Beifall belohnte die Aufführungen der Künstler. Darauf folgten turnerische Übungen der Schüler. Die Öffentlichübungen, die Übungen zu dreien und das Stellen der Pyramiden wurden mit Schmeidigkeit und Grazie ausgeführt, so daß der Beifall der Zuschauer fast kein Ende nehmen wollte. Eine Freude war es, zu sehen, wie die jungen Leute mit Eingabe ihrer Sache gerecht wurden. Das Melodrama „Das klingende Lied“ von Martin Greif wurde mit Ausbund vorgetragen und wirkte ergreifend. Als größeres zusammenhängendes Stück folgte „Germanias Rheinwacht“, Bilder aus dem Kriege 1870/71 für gemischten Chor und Deklamation von Müller. Ansprechend klangen die frischen Stimmen der Knaben, und die Zuhörer vergaßen auch hier nicht mit ihrem Beifall. Der zweite Teil des Festes war dem Tanz gewidmet. Lustig wirbelten die Paare durcheinander und konnten natürlich des Vergnügens kein Ende finden. Lange noch wird dieser so schön verbrachte Abend allen Teilnehmern in der Erinnerung bleiben.

**Geschichte unseres Heimatbodens.**

Von **H. Schütte.**

(Fortsetzung.)

**Zweite Eiszeit.**

Noch einmal drang das Inlandeis über die Dfsee vor, diesmal aber nur bis zur Elbe, die jetzt wieder, wie schon zweimal während der ersten Eiszeit, alles Schmelzwasser weit aus dem Osten her der Nordsee zuführte und dadurch ihr weites Tal auswusch.

Diese zweite Vereisung und ihr Bereich sind leicht nachzuweisen, denn sie deckte eine zweite Grundmoräne über die erste, die meist durch Schmelzwasser von ihr geschieden ist. Da nun weiß, von der Elbe diese zweite Grundmoräne fehlt, so wissen wir, daß das Eis bis soweit nicht wieder vorgezogen ist, also auch unser Land nicht erreicht hat.

Für uns gibt es also eigentlich keine Interglazial- und keine zweite Eiszeit, sondern nur die erste, die Hauptvereisung, kommt in Betracht.

Dieser zweiten Vereisung Nordeuropas gehören die Schrammen an, die man jetzt auf den skandinavischen Gebirgen und auf der finnischen Seeplatte findet. Sie laufen meist nach Südost und Süd. Das Eis muß aber zum Teil eine andere Stromrichtung gehabt haben als bei der ersten Eiszeit, wo ein Hauptstrom nach Südwesten ging. Dessen Spuren auf anstehendem Fels sind aber durch die zweite Uebereisung getilgt worden.

Dieser neue Vorstoß des Eises arbeitete die Ablagerungen des ersten vielfach um und häufte viele Endmoränen auf, die sich in weitem Bogen von Schleswig-Holstein her durch Mecklenburg, Pommern, West- und Ostpreußen meist längs der Dfsee hinziehen; eine zweite Reihe ist noch weiter gegen die untere Elbe und die obere Oder vorgeschoben. Sie enthalten viel Geschiebe und Gerölle und dienen an vielen Orten als Steinbrüche.

Endlich wich auch diese Eismasse zurück; das norddeutsche Flachland und all die anderen von weit vorgeschobenen Gletschermassen überdeckten und völlig umgeformten Gebiete wurden eisfrei und blieben es seitdem. Nur die höchsten Gebirge besaßen einzelne Eiszapfen, die heutigen Gletscher.

**Die Postglazialzeit.**

Wie mag nun das von Eise entblößte Land aussehen haben? Zunächst wohl trocklos genug: Weite, öde Sandflächen, über die der Wind frei dahinjagte, den Sand aufwirbelnd und zu Dünen aufstürmend. Dazwischen Seen, Wasserlächer und viele felsige Ströme, sowie Flüsse und Bäche mit häufig wechselnden Betten, kurz, es wird ein ähnliches Bild gewesen sein, wie es Island in der Längezeit seiner Föklar, seiner Gletscher, noch heute bietet.

Aber die wachsende Wärme wirkte bald Leben auf den weiten Flächen und veränderte sie teils in Steppen, teils in Wäld. Die vielen toten Fäukarne und Wasserimpf aber, die nun nicht mehr vom Zustande gelöst wurden, wurden zu Sümpfen, in denen sich das Wasser gefügelt tummelte, wie jetzt in den Saffen der Dfsee, und die Sümpfe wurden, wenn sie erst mit Pflanzen angefüllt waren, zu Mooren.

Die vom Eise verschändete Tierwelt kehrte zurück und besetzte Wälder und Steppen, und mit ihr kam der Mensch der ältesten Steinzeit und machte Jagd auf Mammüt, Renntier, Elch und Lurker.

Damit aber sind wir schon ins Aebium getreten, worüber wir in den beiden letzten Vorträgen hören werden.

**Unser Geseftboden.**

Im letzten Teile des zweiten Vortrages besprach der Verfasser an der Hand vieler Bilder den einheitlichen Geseftboden, seine Urstromtäler, Gewässer, Bodengestalt und Bodenarten und zeigte, wie sich in dem allen die Wirkungen der Eiszeit kundgeben, die unseren Geseftboden herbeischaffte und ihm in der Hauptsache schon sein heutiges Gepräge gab.

Sodann gab er einen kurzen Ueberblick über die Umwandlungen, die die Geseft nach der Eiszeit erfahren hat:

Sandwüste, Steppe, Wald, Entstehung der Moore in den toten Fäukarne und den flachen Geseftniden, Besiedelung durch die Menschen, Anbau und Ausnutzung des Bodens, Anklänge an uraltel Zustände im Hausbau und dergleichen.

Der beschränkte Raum der Zeitung gestattete leider nicht die Wiedergabe in der Ausführlichkeit, wie beim ersten Vortrage.

**Stimmen aus dem Publikum.**

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

**Halbtägiger Unterricht für alle Schulen.**

Endlich nimmt sich der Bürgerverein dieser wichtigen Frage an; es ist geradezu unbegreiflich, wie man für die höheren Schulen als gesundheitschädlich bezeichnen kann, was man den Kindern der Volks- und Mittelschulen jahraus jahrein zumutet. Ganz abgesehen davon, daß diese Ungleichheit in manchen Familien große Störung bringt, so mühte meines Erachtens nach ganz allein der gesundheitliche Faktor bestimmend sein. Und, wie mir der Hausarzt neulich sagte, gibt es kaum einen Arzt, der nicht die ungeteilte Schulzeit der Kinder für zuträglicher hielte. Unsere Kinder sind nervöser als früher und sollten nachmittags das Gefühl der Freiheit haben und Luft und Sonnenschein genießen! Sie würden sicher am andern Morgen frischer sein. Die kleine häusliche Ungewohntheit, wie Verziehung der Mittagszeit, kann doch keine Rolle spielen, wenn es sich um das Wohl und die Frische unserer Kinder handelt. Wäre das nicht eine Aufgabe für den Schulartz?

Frau S.

Bravo, Herr Brennus! Auch Meyhiso gehört zum Menschen und die Sünde liegt auf steigender Bahn! Nun wissen wir es doch, wie es zu machen, die Menschheit zur Glückseligkeit zu führen. Man mache die Welt zu einem Tollhaus, zu einem Sauf- und Kaufhaus, zu einem Tummelplatz der Niederlichkeit und Gemeinheit, zu einem Ausbund der Bosheit. Je eher das gelingt, je eher ist die Menschheit an den Gefilden der Glückseligkeit. Denn die Sünde liegt auf steigender Bahn! Bravo! Herr Brennus. Giref.

**Die Verabreichung alkoholfreier Getränke**

in den Wirtschaften der Stadt läßt sich noch immer viel zu wünschen übrig. Hat mit der stetig steigenden Nachfrage von alkoholfreien Getränken das Angebot auch ziemlich Schritt gehalten, so daß in der Mehrzahl der fädkstlichen Wirtschaften solche Getränke erhältlich sind, so ist es mit der Auswahl, wie insbesondere mit den Preisen der gebotenen Getränke vielfach so mäßig bestellt, daß darüber in den interessierten Kreisen fort und fort Klage geführt wird. Was namentlich den Kostenpunkt betrifft, so ist es unerfindlich, weshalb von dem alkoholfreien Getränke konsumierenden Publikum Preise gefordert werden, die mit dem Selbstkostenpreis vielfach in gar keinem Verhältnis stehen. Der Einwand, daß die Pflege und Verabreichung der alkoholfreien Getränke schwieriger und mehr Aufwendungen erfordere, um den — stellenweise horrenden — Preiszuschlag zu rechtfertigen, ist als durchaus nicht stichhaltig zurückzuweisen.

**Lehrziele und anderes.**

In Nr. 47 vom 17. Febr. heißt es: Sittlichlich der katholischen Lehrer lautete meine Antwort: Bei den jetzigen Lehrern haben wir nichts zu fürchten. Aber was für Lehrer würden demnachst vielleicht kommen, wenn die von Herrn Schwede namens seines Vereins gestellten Forderungen verwirklicht werden? Ich dachte dabei an die Lehrer nach dem Herzen Herrn Schwedes, wie sie, allerdings in einer Minderzahl, unter den katholischen Lehrern in Preußen, zahlreichen schon unter denen in Bayern und noch zahlreichen in Oesterreich und Frankreich sich finden, in demselben Maße zahlreicher, in dem die Schulgesetzgebung des Landes sich Schwede'schen Idealen nähert.

Wenn man statt der „Schwede'schen Ideale“ die bekanntesten Tatsachen einstellt, dann heißt dieser Satz: ... in demselben Maße zahlreicher, in dem die Schulgesetzgebung des Landes dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit unterlag.

Der „Kronzeuge“ leitete sich kürzlich den Satz: Die Forderung der Lehrer führt zur Götter der Vernunft. Die Geschichte aber lehrt, daß die Götter der Vernunft ein Produkt des „alexandrinerischen“ katholischen Frankreichs, also nicht der protestantischen Lehrerschaft war.

In den katholischen Wälktern wird der Protestantismus häufig gemarnt vor den Früchten des Katholizismus durch den Hinweis auf Frankreich.

Fritz Wöhlert.

**An Herrn Müller-Nughorn.**

Aus Ihrer Erwiderung an Herrn J. Müller-Süderhewie geht hervor, daß Sie lehren in den Lehrern in Süderhewie halten. Der Sie ich „Schabe“ werden Sie sagen, dann ist ja der Hauptzweck meines Artikels verfehlt! Denn Sie wollten doch wohl nur den Lehrer treffen?

Ich habe nicht die Absicht, einen Zeitungskampf mit

Ihnen zu beginnen. Warum auch? Daß ich Lehrer bin, können Sie mir doch kaum übelnehmen, und ich halte viel von Ihnen. Gaben Sie mir doch schon manche vergnügte Stunde mit Ihren Zeitungartikeln bereitet. Sie schreiben famos und treffen immer das Richtige. Ist irgen ein Zeitungskrieg entbrannt, sind wichtige Tagesfragen zu erörtern, da frage ich immer: „Wo ist Müller-Nughorn?“ und nach ein paar Tagen kann ich erleichtert ausrufen: „Aha, da ist er!“ Ein wahres Glück, daß wir Sie haben! Es muß ein erhebendes Gefühl für Sie sein, daß Sie auf allen Gebieten des menschlichen Lebens und Wissens mit so sicherer Eleganz den Ausschlag geben können. Wunderbar ist Ihre Geschicklichkeit, mit der Sie in allen Ihren Artikeln den Lehrer heranzuziehen wissen. Sie mögen reden oder schreiben, was und wovon Sie wollen, immer vergessen Sie in rührender Anhänglichkeit der Lehrer; das wird man Ihnen nie vergessen! Nur die Liebergänge sind zuweilen etwas unbeholfen. Verjuchen Sie mal, ob Sie nicht mit etwas größerer Gewandtheit den Gollwäherung, Steuern, Kaufhäuser, Schweinen, Schussoll, Oefen, Aquarellen uhm. auf den Lehrer überspringen können. Ich glaube, Sie lernen es noch; es würde mich freuen. — Für mich sind Sie eine interessante psychologische Merkwürdigkeit. Man lernt ja in der Schule so viele verschiedene Seelen kennen; aber es ist doch auch interessant, dann und wann zu sehen, wie sich die Welt in den Köpfen einiger „Großen“ — dazu rechne ich Sie! — spiegelt. Um so größer ist die Freude, wenn ein solcher diese Spiegelbilder in so lebenswürdiger Weise von sich gibt zur Erheiterung seiner Mitmenschen. Also schreiben Sie nur ja immer weiter! Mir fällt da ein Wort von Feis Reuter ein:

„De Kuckuk singt un of de Sparling, Sing! Du man dächtich, Dokter Barling!“

Süderhewie, den 18. Febr. 1908. J. Mohm, Lehrer.

**Landgericht.**

**Sitzung der Strafkammer I vom 20. Februar, vorm. 9 Uhr.**

**Gemeinschaftliche Körperverletzung**  
wird vorgehalten: 1. dem Bauarbeiter Joh. Augt zu Delmenhorst, 2. dem Bauarbeiter J. D. Schröder daselbst, 3. dem Bauarbeiter J. S. Flach daselbst, jetzt in Bremerhaven. Am 11. September vorigen Jahres kamen die Maurer Angeli, Pellegrini und Cigliani gegen 8½ Uhr abends in die Mensensche Wirtshaus, wo ein Fabrikarbeiterverbandesfest gefeiert wurde, und setzten sich in die ordere Gaststube; hier waren auch noch einige andere Gäste anwesend. Als diese die fremde Sprache der Italiener vernommen hatten, rief einer von ihnen in den Saal: „Da sind ja Italiener!“ Sofort eilten aus dem Saal verschiedene Personen, darunter auch die Angeklagten, herbei, und auf die Maurer losgehend, suchten sie zunächst dieselben zu trennen. Es gelang ihnen auch, den Pellegrini zu isolieren, worauf dieser seinen Revolver zog, um sich damit die Leute vom Hals zu halten. Von Schröder wurde ihm der Revolver entziffen und sollen bei dieser Gelegenheit die Angeklagten die drei Maurer mißhandelt haben. Da die Angeklagten die ihnen zur Zeit gelegte Strafata laugnen, sind zur Verhandlung 11 Zeugen geladen. Nach dem Ausfall der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung der Angeklagten Dingl und Schröder und gegen Flach auf 2 Monate Gefängnis zu erkennen. Der Verteidiger der Angeklagten beantragte deren Freisprechung, welchem Antrage der Gerichtshof stattgab, da die Schuld der Angeklagten nicht nachgewiesen sei.

**Diebstahl**

wur zum Vorwurf gemacht 1. dem Arbeiter W. A. Reents zu Zever, 2. der Hausdienter J. W. Reents daselbst, indem nach der Anlage 1. Reents in der Zeit von Oktober 1906 bis Februar 1907 von dem Pferdebesitzer des Kaufmanns Bernh. Ohmstedt in Zever nach und nach 15½ Fuder im Werte von über 50 M verlor und abfahren ließ, 2. Johanne Reents im Winter 1906—07 von dem Bau des Dampfschiffe ihrer Ziege zu freffen gab. Das Schwurgericht Zever hat am 18. September v. J. deshalb verurteilt den W. Reents zu 3 Tagen, die Joh. Reents zu 1 Tage Gefängnis. Infolge der von den beiden Angeklagten eingelegten Berufung sind zum heutigen Termine 4 Zeugen geladen. Nach der Beweisaufnahme wurde das angefochtene Urteil aufgehoben und die beiden Angeklagten dem Antrage ihres Verteidigers entsprechend freigesprochen.

**Ein Kraftspender und Nervenstärker**

einzig in seiner Art, billig, bekömmlich, angenehm und einfach zu nehmen. Beschreibt bei Kofsch, 21. Juni 07. Das Bionon mit Kakao hat mir ganz vortrefflich gefallen. Es wirkt ohne Zweifel nerkendstärkend und hat — ohne indesten irgendwelche Nebenwirkungen herbeizuführen — den Wohlgeschmack des vorzüglichsten Kakaos. Nach diesen Erfahrungen kann ich Ihr Präparat überall unbedenklich weiter empfehlen. Hochachtungsvoll! Dr. G r e d e r u s, Referendar. Unterföhrst Beglaubigt: Moskau 5. Juli 07. Dr. Viktor Müller, Großherz. Medizin. Notar. Bionon, das beste und billigste für Kranke und Schwache, ist in Apotheken, Drogerien uhm. das Paket zu drei M. erhältlich welches für ca. 14 Tage ausreicht.

Grünkern, Braunkern, beste Ramm-Sternwollen in allen Stärken für Sand- und Maschinenerei!



**Sunlicht Seife**

greift nichts an, nur den Schmutz den aber gründlich! Das wissen alle Putz- und Waschwfrauen, welche diese Seife aller Seifen einmal versuchten und nun immer wieder verwenden! — Beweis: Stetig wachsender Absatz!





### Verkauf einer Besizung in Hatterwisting.

Der Brinlfinger Heinrich Friedrich Ahlers in Hatterwisting hat mich beauftragt, seine daselbst belegene

### Landstelle

mit Antritt zum 1. Novbr. 1908 zu verkaufen.

Die Stelle ist ca. 11 1/2 Hektar groß. Die Gebäude befinden sich in gutem Stande; die Ländereien sind in guter Kultur. Dritter und letzter Verkaufstermin steht an auf

**Wittwoch,**

den 26. Febr. d. J.,

nachmittags 3 Uhr, in Wardenburgs Wirtshaus in Sackburg.

Bemerkung wird, daß die Besizung geteilt, als auch im ganzen zum Verkauf kommt. Käufer ladet ein

**Bernhard Schwarting,** beidiger Auktionator, **Eversten-Oldenburger.**

### Nachfuge.

Osternburg - Neuenwege. In der für den Hausmann Herrn Ahlers daselbst am

**Dienstag,**

den 3. März d. J.,

nachm. 1 Uhr, stattfindenden Vergantung kommt ferner noch mit zum Verkauf:

eine 1901 geborene Stute, fromm und zugest, Vater: Gerold, Mutter: Annstette aus einer Fochter der Prämientiere, die aus einer Tochter der Prämientute Alberta, diese wieder aus der Prämientute Ayo, letztere aus der Prämientute Gebriele.

**Bernhard Schwarting,** beidiger Auktionator, **Eversten-Oldenburger.**

### Verkauf einer schönen herrschaftl. Besizung in Oldenburg.

Oldenburg. Frau Gräfin von Wedel, Czöllens, in Oldenburg, hat mich beauftragt, ihre Edel Besitztümer und Theateraal äußerst günstig zu belegen. schöne große

**herrschaftliche Besizung**

mit Antritt zum 1. November d. J. oder früher unter der Hand sehr preiswürdig zu verkaufen.

Die Besizung besteht aus dem großen herrschaftlich eingerichteten Wohnhause — einschließlich 17 große Räume — und einem schönen Garten. Die Bedingungen sind günstigste und kann der Verkauf sehr empfohlen werden. Käuferhaber wollen ebensamt mit mir in Unterhandlung treten und erteile ich jede Auskunft bereitwillig und unentgeltlich.

**Bernhard Schwarting,** beidiger Auktionator, **Eversten-Oldenburger.**

**Bauplatz, Saarenufer,** Front 40 Mtr., Tiefe 60 Mtr. Nähe des in der Exp. d. Bl.

### Verkauf einer Landstelle in Street (bei Oldenburg).

Street. Der Steinhermiller Heinrich Dammernann in Eversten beabsichtigt seine in Street zwischen Oldenburg und Sandtrug belegene

### Landstelle

mit Antritt zum 1. Mai d. J. oder später durch mich öffentlich zu verkaufen zu lassen.

Die Besizung besteht aus dem schön eingerichteten Wohnhause, den geräumigen landwirtschaftlichen Gebäuden u. 20,5509 Hektar Ländereien, wovon reichlich die Hälfte Grünland, das übrige Ackerland ist.

Die Gebäude sind sämtlich vor wenigen Jahren neu erbaut, praktisch eingerichtet und mit Allgäuleitern versehen. Die Ländereien sind durchweg besser Bonität, liegen in einem Komplex beim Saule und sind leicht zu bewirtschaften.

Die Besizung ist wegen ihrer guten Beschaffenheit sehr zum Verkauf zu empfehlen und sind die Bedingungen günstigste. Dritter und letzter Verkaufstermin ist anberaumt auf

**Wittwoch,**

den 26. Febr. d. J.,

nachm. 3 Uhr, in Wardenburgs Wirtshaus (Bahnhof Sandtrug).

Bei annehmbarem Gebot wird in diesem Termin der Zuschlag sofort erteilt werden. Käuferhaber werden mit dem Bemerkten eingeladen, daß ein weiterer Zuschlag nicht stattfindet.

**Bernhard Schwarting,** beidiger Auktionator, **Eversten-Oldenburger.**

### Verkauf einer Besizung in Eversten IV.

Eversten. Der Brinlfinger Hermann Bruns in Eversten IV beabsichtigt seine hier selbst belegene

### Besizung

mit Antritt zum 1. November d. J. ev. früher oder später durch mich öffentlich zu verkaufen.

Die Besizung besteht aus dem zu 2 Wohnungen eingerichteten Wohnhause nebst etwa 28 Sch. Saat Garten- und Ackerländereien.

Das Wohnhaus befindet sich in gutem Zustande und sind die Ländereien guter Bonität. Die Bedingungen sind günstigste und kann der Verkauf sehr empfohlen werden.

Die Besizung gelangt auf frühmorgens zum Verkauf. Verkaufstermin ist anberaumt auf

**Montag,**

den 24. Febr. d. J.,

abends 6 Uhr, in Herrn Wobens Wirtshaus in Eversten.

Käuferhaber ladet ein **B. Schwarting,** beidiger Auktionator, **Eversten-Oldenburger.**

**Von Montag an** verkaufe ich unter der Hand fortwährend: diverse Bestellen mit Matrassen, Tischdecken, Stühle, Küchengeräte, ferner 1 wenig gebrauchtes, tabellofes Klavier, eine Klaviermaschine, großes und kleines Rasenmäher, Kaffe-Schaugläser, Glasbuchstaben, 1 Handwagen und was sich sonst vorfindet. **Georg Müller,** Schmittmeister.

**Herren-Fahrrad** mit frei. u. Rückr. sofort billig verkauft. **H. Nannen jr.,** Neujährsstraße.

### Verkauf einer schönen Hausmannsstelle in Höven.

Der Hausmann Joh. Clausen das. beabsichtigt seine zu Höven belegene

### Hausmannsstelle,

befehend aus den Gebäuden (Wohnhaus mit angebautem Berg und Nebengebäude) und plm. 50 ha Garten, Acker-, Wiesen-, Weide- und unfrucht. Ländereien, öffentlich meistbietend mit Antritt nach Vereinbarung zu verkaufen und steht hierzu 3. und letzter Verkaufstermin an auf

**Montag, 24. Febr. d. J.,**

nachm. 5 Uhr, in Paradies Wirtshaus in Höven.

Die Besizung liegt an bester Lage an der Chaussee, ca. 2 km von Station Sandtrug und 12-13 km von Oldenburg entfernt. Die sehr ertragreichen Wiesen-, Weide- und Ackerländereien, sowie ein schöner großer Garten mit vielen Obstbäumen liegen in einem Komplex beim Saule. Von den unfrucht. Ländereien ist ein großer Teil Moorland, welches sich vorzüglich zu Weideland eignet. Die Gebäude sind 1903 neu erbaut, massiv und aufs beste der Neuzeit entsprechend eingerichtet.

Wegen ihrer schönen Lage und der leichten Bewirtschaftung kann die Stelle jedem zum Verkauf empfohlen werden.

Jede nähere Auskunft wird sowohl vom Verkäufer als auch vom Unterzeichneten gerne und unentgeltlich erteilt. Bei irgend annehmbarem Gebote wird der Zuschlag erteilt, ein weiterer Zuschlag findet nicht statt.

**Wardenburg. W. Gloystein, Aukt.**

### Bieh-, Hen- und Strohh Verkauf in Littel.

Der Hausmann H. Griebenherl das. läßt am

**Montag,**

den 9. März d. J.,

nachm. 3 Uhr auf,

2 nahe am kalten fleh. beste Milchkuhe,

8 tiefige 3- u. 2jähr. beste Quenen,

meist alsdann nahe am kalten,

2 2jähr. Ochsen,

18 träftige, nahe am Ferkeln fleh. Schweine,

mehrere 1000 Pfund Hen und Stroh

öffentlich meistbietend auf Zahlungstermin zu verkaufen, wozu Käufer einladet

**W. Gloystein, Aukt.**

### Holz-Verkauf.

Zweige. Hausmann H. Gullmann das. läßt

**Freitag, 28. Februar cr.,**

nachm. 2 Uhr anfangend, in den sog. Schaffhöfen:

200 Haufen Tannen

(zu Nischen, Schleifen, Baumstämme, Bohnenhänger) öffentl. meistb. verkaufen. Großhändler. **G. Saake, Aukt.**

### Für Handwerker!!

Huntebrück. Zum öffentlich meistbietenden Verkauf der daselbst an günstigster Lage belegenen, dem Maurermeister H. Münteremann gehörigen

### Besizung,

maßvoll, in gutem Zustande befindliches Haus (auch zu 2 Wohnungen passend) mit großem schönen Gemüße- und Obstgarten, zum Antritt auf Mai d. J. (oder auch früher) findet 2. Verkaufstermin auf

**Dienstag, 25. Febr. cr.,** vorm. 11 Uhr, in Störers Wirtshaus zu Huntebrück statt.

Bei irgend genügendem Gebot erfolgt dann sofort Zuschlag. Großhändler. **G. Saake, Aukt.** Das von d. Haake bewohnte Haus mit ca. 15 Sch.-S. Garten, Acker- u. Wiesenländereien zu Bürgerfeld am Scheidebeck beabsichtige ich zu Mai d. J. zu verkaufen und zu verpachten. Auch versch. einz. Bauplätze. **Nadorf. D. G. Diecks.**

### Vieh-Verkauf in Pethe.

Wildehaujen. Wegen Aufgabe der Nachkum lassen die Gebrüder Habe auf Gut Zehe bei Alhorn zunächst am

**Dienstag,**

den 25. Februar d. J.,

nachm. 1 1/2 Uhr,

10 beste hochtragende Quenen,

guter Abstammung u. Weidung fähig, und

4 belegte do.

öffentlich gegen Meistgebot mit geräumiger Zahlungsfrist durch den Unterzeichneten verkaufen. **G. Wehrhamp, Aukt.**

### Vergantung in Osternburger-Neuenwege.

Neuenwege. Hausmann Ahlers daselbst läßt wegen Aufgabe der Landwirtschaft am

**Dienstag,**

d. 3. März d. J.,

nachmittags 1 Uhr,

in und bei seinem Hause öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist zu verkaufen:



1 schwarze Stute

Orlia II, fromm und zugest,

13 Jahre alt, Mutter Orlia I, Vater Cera, schönes Geispann,

1 schwarze Stute aus Orlia II, 8 Jahre alt,



12 Stück Hornvieh,

als:

6 milchende und belegte Kühe,

4 hochtragende Kühe,

1 hochtragende Quene,

1 Rindstier, 1 1/2 Jahr alt,

4 träftige Marschschafe,

9 Ferkel,

alsdann 7 Wochen alt,

2 Ackerwagen, 1 fast neuen Luwiswagen, Wagensätze,

1 Mähmaschine, 1 Hartmaischeine, 1 Staubsäule, 1 Gage, 2 Schweinefellen, 1 Jauchetrog und -Bunne, 2 Weide-Geschirre, 2 Acker-Flurgeschirre, Mähttransporter und viele andere Haus- und Ackergeräte, auch

mehr. eigene Hauskinder. Käufer ladet ein

**Bernhard Schwarting,** beidiger Auktionator, **Eversten-Oldenburger.**

### Wiesenverpachtung in Wehnen.

Am Freitag, den 28. Februar, nachm. präzis 3 Uhr, werden in Bolles Gashaus in Weterholt'sfelde folgende

### Wiesenländereien

in bisherigen Abteilungen anderweit auf mehrere Jahre zur Verpachtung ausbieten:

1. für Hausmann D. Boedeker in Wehnen die Wiesen Gashaus, auch nördlich d. Bahnh., u. den gr. u. H. Wehnel, auf ca. 45 Juch.

2. für Hausmann G. Boedeker in Wansholt die Wiese Gern, ca. 80 Juch.

Buchhaltige ladet ein **Raabe. J. Degen, Aukt.**

### Nachfuge. Eversten. In der für den Landmann H. Wardenmann, hier selbst, am

**Sonntag,** den 29. Febr. d. J., nachm. 1 Uhr,

stattfindenden Vergantung kommen folgende Gegenstände mit zum Verkauf:

1 starkes 12jähr. fromm im Arbeitspferd,

1 5jähr. Wallach, ischtr,

2 große, beim Kaufe fleh. Schenen zum Abbruch, ca. 20 starke Eichen (Bau-, Wagen- u. Schwellenholz).

**Bernhard Schwarting** beidiger Auktionator.

### Großer Vieh- und Inventarverkauf in Wahlstedt.

Wildehaujen. Der Hofbesitzer G. Gabers zu Wahlstedt läßt wegen Aufgabe der Landwirtschaft am

**Montag,** den 24. Febr. d. J.,

vormittags 10 Uhr,

1 Oldenburger Stute, hochtragend, belegt vom "Reichgraf",

2 träftige Kühe,

4 Milchkuhe,

die vor kurzem kalften,

9 belegte, zum Teil hochtragende Quenen,

2 jährige Bullen,

8 Weiderinder,

5 Kälber,

1 gr. Schaf,

6 Säue mit 3 Wochen alten Ferkeln,

2 güste Sauen,

1 Stenmaschine, 1 Mähmaschine (Selbstbinder), 1 Dängerstreuer,

1 Ferkelwagen, 1 Ferkelwagen, 1 Ackerwagen, 1 Schlitten, 3 Pflüge, 2 Eggen, 1 Dachstuhl,

1 neues Jauchschaf, 1 neue Jauchkuhe, 6 große u. kleine Schweinezüge, 2 Schiefaren, 4 Senen, 2 Ferkelwagen, 20 Kupferten, 1 Buttermaschine, 4 Mähttransporter, 4 Hebelstiel und dergl.,

ferner: 1 Sofa, 4 Kleiderchränke, 1 Küchenschrank, 1 Kommode, 3 Koffer, 4 Tische, 20 Stühle, 3 Lampen, 1 Badtrog, 2 Weidenstühle mit Zuhölzer, 4 Sonnenräder, 2 Haßel, 1 Doppelarm, 1 Ofen, 1 ziemlich neuen Sattel, 1 Fahrrad und mehrere andere Gegenstände

öffentlich gegen Meistgebot mit Zahlungsfrist durch den Unterzeichneten verkaufen. **G. Wehrhamp, Aukt.**

### Verpachtung einer Landstelle

Gisfelth. Landwirt R. Böling zu Wardenburg beabsichtigt wegen Sterbefalles seine zu Wardenburg an der Chaussee äußerst günstig belegene

### Landstelle,

groß ca. 17 Juch., mit Antritt zu Mai d. J. ev. sofort auf mehrere Jahre zu verpachten.

Zugepachtete Wäsländereien können mit übernommen werden. Zudem ich auf diese bei bequemer Bedingung anmerksam mache, erlaube ich Nachliebhaber, sich unverzüglich an mich wenden zu wollen.

**S. Fels,** amtl. Auktionator.

### 9j. schwarz. Wallach

(automobilkommer Gespannener). **Wlle Gansel** b. Rodentkoben. **G. Nannen.**

Billa zu verk. od. zu verl. 2 schöne Maschinenzüge. **Ballaraben** 1. oben.